

S T E N O G R A P H I S C H E S P R O T O K O L L
=====

des
21. außerordentlichen Bundesparteitages
der
Österreichischen Volkspartei

in der
Stadthalle, Wien
7. Juli 1979

I n h a l t

	Seite
<u>1. Eröffnung und Begrüßung</u>	
Bundesparteioobmann Dr. Josef Taus	2
<u>2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse</u>	
a) Feststellung der Beschlußfähigkeit	
Vorsitzender Dr. Taus	3
b) Verkürzung der Einberufungsfrist	
Vorsitzender Dr. Taus	3
c) Genehmigung der Geschäftsordnung	
Vorsitzender Dr. Taus	4
d) Wahl des Tagungspräsidiums	
Vorsitzender Dr. Taus	4
e) Genehmigung der Tagesordnung	
Vorsitzender Dr. Herbert Kessler	6
f) Wahl der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und der Wahlkommission	
Vorsitzender Dr. Kessler	6
<u>3. Bericht von Bundesparteioobmann Dr. Josef Taus</u>	
Vorsitzender Dr. Kessler	8
Bundesparteioobmann Dr. Josef Taus	8
Vorsitzender Dr. Kessler	27

4. Neuwahl des Bundesparteiobermannes

Vorsitzender Dr. Kessler	30
Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission	
Elisabeth Schmidt	31
Vorsitzender der Wahlkommission Robert Graf ..	32
Dr. Erhard Busek	32
Eduard Wallnöfer	39
Andreas Maurer	44
Vorsitzender Graf	49

Unterbrechung der Beratungen 50

Wiederaufnahme der Beratungen 51

Vorsitzender Graf	51
Vorsitzender Dr. Friedrich Niederl	51
Dr. Alois Mock	51
Vorsitzender Dr. Niederl	52
Bundesparteiobermann Dr. Alois Mock	53

5. Diskussion zur Parteireform

Vorsitzender Dr. Niederl	59
Dr. Herbert Kessler	60
Dr. Sixtus Lanner	73
Vorsitzender Dr. Josef Ratzenböck	78
Dr. Hermann Withalm	79
Herta Haider	83

	Seite
Mag. Josef Höcht1	84
Dr. Alfred Maleta	86
Ing. Johann Gassner	89
Dr. Wolfgang Blenk	93
Dr. Andreas Khol	97
Dr. Rudolf Bretschneider	101
Vorsitzender Andreas Maurer	104
DDr. Werner Melis	104
Günther Thaler	107
Univ.-Doz. Dr. Bernd Schilcher	110
Dkfm. Josef Böck	113
DDr. Hans Pitschmann	117
Dr. Michael Graff	119
Ferdinand Manndorff	122
Alfred Kager	124
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Josef Frühwirth ...	127
Fritz Hahn	128
Dr. Heinz Irrgeher	131
Dr. Elisabeth Schmitz	134
Vorsitzender Dr. Erhard Busek	138
Josef Arthold	139
Dr. Heinz Wöber	141
Eleonore Hebenstreit	143
Dr. Jörg Mauthe	145

	Seite
Dr. Gabriele Kössler	148
Karl Pisa	150
Rosemarie Bauer	152
Univ.-Prof. Dr. Hannes Aiginger	154
Vorsitzender Stefan Knafl	156
Ingrid Tichy-Schreder	156
Franz Fuchs	158
Univ.-Ass. Dr. Barbara Wicha	161
Alfred Dirnberger	165
Mag. Helmut Wunderl	168
Heribert Steinbauer	171
Julian Eiter	172
Dr. Norbert Zeger	176
Ing. Rudolf Sallinger	178
Vorsitzender Dr. Franz Sauerzopf	181
Dr. Richard Piaty	181
Johannes Hahn	186
Josef Gstaltmeyr	188
Mag. Roland Minkowitsch	190
Mag. Klaus Schneeberger	193
Matthias Tschirf	195
Dr. Wendelin Ettmayer	196
Dr. Herbert Kohlmaier	198
Franz Stocker	202

Dr. Erhard Busek	205
Vorsitzender Dr. Sauerzopf	212
Vorsitzender Dr. Wilfried Haslauer	213
<u>6. Rede des neugewählten Bundesparteioobmannes</u>	
Bundesparteioobmann Dr. Alois Mock	213
<u>7. Bundeshymne</u>	
Bundesparteioobmann Dr. Mock	245
<u>Schluß der Beratungen</u>	245

Der 21. a.o. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei fand am Samstag, dem 7. Juli 1979 in der Wiener Stadthalle statt; an der Stirnseite des Saales die große Aufschrift "miteinander".

Unter Fanfarenklängen begeben sich die Mitglieder des Parteivorstandes Dr. Josef Taus, Dr. Sixtus Lanner, Dr. Alois Mock, Ing. Rudolf Sallinger, Mag. Roland Minkowitsch, Dr. Herbert Kohlmaier, Herta Haider, Mag. Josef Höchtel, Dr. Hermann Withalm, Dr. Herbert Kessler, Dr. Friedrich Niederl und Dr. Rudolf Gruber zum Präsidium und nehmen dort ihre Plätze ein.

Der Parteitag wird um 9.30 eröffnet.

1. Eröffnung und Begrüßung

Bundesparteiobmann Dr. Josef T a u s : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne den 21. ao. Parteitag der Volkspartei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich auf diesem 21. ao. Bundesparteitag begrüßen. Meine Grüße gelten den zahlreich erschienenen Gästen, den Vertretern des Diplomatischen Korps, den Vertretern von Presse und Rundfunk und allen Delegierten dieses Parteitages.

Wir wollen heute nicht die Übung einer langen Begrüßung fortsetzen, lassen Sie mich aber einen heute hier in diesem Saal stellvertretend für alle anderen begrüßen: Ich begrüße den Altbundeskanzler Altparteiobmann Dr. Josef Klaus.

(Allgemeiner Beifall.)

Und was ich jetzt mache, ist nicht nur eine Begrüßung, sondern eine Herzensangelegenheit. - Auch die Begrüßung unseres Freundes Josef Klaus ist eine Herzensangelegenheit, aber das ist jetzt etwas Besonderes: Ich heiße in unserem Kreise willkommen Frau Grete Schleinzer. (Allgemeiner Beifall.)

2. Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse

Vorsitzender Dr. T a u s : Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Delegierte! Wir kommen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung: Geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse.

2 a) Feststellung der Beschlußfähigkeit

Vorsitzender Dr. T a u s : Als Vorsitzender stelle ich zu Beginn unserer Beratungen die Beschlußfähigkeit des 21. ao. Bundesparteitages fest.

2 b) Verkürzung der Einberufungsfrist

Vorsitzender Dr. T a u s : Zum Tagesordnungspunkt 2 b) hat die Bundesparteileitung in ihrer Sitzung am 21.6.1979 beschlossen, die Antragsfrist mit 29.6.1979 festzulegen.

Außerdem hat die Bundesparteileitung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt, den ich als Antrag an den Bundesparteitag stellen möchte:

Der Bundesparteitag genehmigt als statutengebendes Organ, daß im Hinblick auf die außerordentliche Situation bei diesem Bundesparteitag die Frist für die postalische Zustellung der Einladung und Tagesordnung nach § 13 Z. 4 des Statuts verkürzt wurde. Dieser Beschluß bedarf der Zweidrittelmehrheit. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher alle jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. - Gegenprobe? - Enthaltung? - Der Antrag ist einstimmig und damit auch mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen.

2 c) Genehmigung der Geschäftsordnung

Vorsitzender Dr. T a u s : Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2 c): Genehmigung der Geschäftsordnung.

Der Bundesparteitag vom 28.2.1974 hat zur Vorbereitung und Durchführung kommender Bundesparteitage eine Geschäftsordnung beschlossen. Die Bundesparteileitung vom 21.6.1979 empfiehlt die Annahme dieser Geschäftsordnung, die den Delegiertenmappen beiliegt, auch für den 21. ao. Bundesparteitag. Ich stelle daher den Antrag, diese Geschäftsordnung auch für diesen Bundesparteitag zu beschließen.

Wünscht jemand dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse darüber abstimmen.

Ich bitte jene Delegierten, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Enthaltung? - Danke schön.

Der Antrag ist einstimmig angenommen. Die vorliegende Geschäftsordnung wird den Beratungen des 21. ao. Bundesparteitages zugrundegelegt.

2 d) Wahl des Tagungspräsidiums

Vorsitzender Dr. T a u s : Ich komme zum Tagesordnungspunkt 2 d): Wahl des Tagungspräsidiums.

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt schriftlich in Ihren Mappen. Ich stelle namens der Bundesparteileitung den Antrag, folgende Herren in das Tagungspräsidium aufzunehmen: Erhard Busek, Wilfried Haslauer, Herbert Kessler, Stefan Knafl, Andreas Maurer, Friedrich Niederl, Josef Ratzenböck, Franz Sauerzopf, Eduard Wallnöfer.

Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.
Dann lasse ich darüber abstimmen.

Ich bitte jene Delegierten, die diesem Antrag zustimmen,
um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe. -
Enthaltungen? - Eine Gegenstimme, wenn ich das richtig
gesehen habe.

Der Antrag ist damit angenommen, und ich bitte nun die
Mitglieder des Tagungspräsidiums, ihre Plätze einzunehmen,
und ersuche Dr. Herbert Kessler, den Vorsitz zu übernehmen.

Die Mitglieder des Tagungspräsidiums nehmen ihre
Plätze am Präsidiumstisch ein.

f) Wahl der Mandatsprüfungskommission, der
Antragskommission und der Wahlkommission

Vorsitzender Dr. Kessler: Wir kommen zur Wahl
der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und der
Wahlkommission.

Die Vorschläge über die Zusammensetzung der Mandatsprü-
fungskommission, der Antragskommission und der Wahlkommission
befinden sich ebenfalls in Ihren Tagungsmappe.

Ich stelle den Antrag, die darin enthaltenen Vorschläge
zu genehmigen. Ergibt sich dazu eine Wortmeldung? - Das ist
nicht der Fall.

e) Genehmigung der Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Herbert Kessler : Meine Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2 e: Genehmigung der Tagesordnung.

Die Tagesordnung ist Ihnen, meine Damen und Herren Delegierten, mit der Einladung zu diesem Bundesparteitag zugegangen. Sie befindet sich in den Tagungsmappen.

Ich ersuche Sie, die vorliegende Tagesordnung für diesen 21. außerordentlichen Bundesparteitag zu genehmigen.

Wünscht jemand dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Delegierten, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Ich stelle fest, daß die Tagesordnung beschlossen ist.

f) Wahl der Mandatsprüfungskommission, der
Antragskommission und der Wahlkommission

Vorsitzender Dr. Kessler : Wir kommen zur Wahl der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und der Wahlkommission.

Die Vorschläge über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und der Wahlkommission befinden sich gleichfalls in Ihren Tagungsmappen.

Ich stelle den Antrag, die darin enthaltenen Vorschläge zu genehmigen. Ergibt sich dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall.

Ich bitte jene Delegierten, die diesen Anträgen zustimmen, um ein Zeichen mit ihrer Delegiertenkarte. - Gegenprobe. - Keine Gegenstimme. Die genannten Kommissionen sind daher gewählt. Ich darf die Mitglieder der drei Kommissionen bitten, sich in den Nebenraum zu begeben und die Konstituierung der Kommissionen unverzüglich vorzunehmen.

Bis dahin unterbreche ich die Sitzung auf zehn Minuten.
(Die Sitzung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Wiederaufnahme der Beratungen: 10 Uhr

Vorsitzender Dr. K e s s l e r : Meine Damen und Herren Delegierten! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

3. Bericht von Bundesparteiobmann Dr. Josef Taus

Vorsitzender Dr. K e s s l e r : Punkt 3 der Tagesordnung betrifft den Bericht des Herrn Bundesparteiobmannes.

Ich bitte unseren Parteiobmann Dr. Taus zu Wort.

Bundesparteiobmann Dr. Josef T a u s (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, mein Mandat als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei zurückzulegen. Und ich stehe heute vor Ihnen als einer, der nicht im Affekt gehandelt hat, als einer, der nicht gekränkt-grollend oder gar verletzt den Sessel des Bundesparteiobmannes räumt. Ich stelle meine Position zur Verfügung, weil ich der festen Überzeugung bin, durch diesen Schritt die Tür zur Erneuerung unserer Österreichischen Volkspartei weit zu öffnen.

Das mag paradox klingen, ist es aber nicht. - Warum nicht? Wir alle, die wir viele Jahre in dieser Österreichischen Volkspartei tätig sind, die wir politische Funktionen für diese Partei ausgeübt haben und ausüben, wir alle wissen, daß wir in unserer großen Gesinnungsgemeinschaft vieles ändern müssen - nicht aus einem Justamentstandpunkt heraus, etwa in der Gesinnung, daß irgend etwas geschieht, vielmehr

aus der tiefen Überzeugung, daß in einer so großen Partei, wie wir es sind, einer Partei, die aber seit mehr als einem Jahrzehnt keine entscheidenden politischen Erfolge mehr hatte, einfach ein Diskussionsprozeß in Gang gesetzt werden muß. Und ich habe nun diesen Diskussionsprozeß in Gang gesetzt. (Beifall.)

Aber um hier keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die ÖVP ist in den letzten Jahren nicht allein deshalb weniger erfolgreich gewesen, weil sie sich vielleicht zuwenig um die innerparteiliche Erneuerung gekümmert hat. Denn eine Partei besteht ja bekanntlich aus drei Elementen: aus Personen, aus dem Apparat der Partei im eigentlichen Sinn und aus dem Programm. Hier hat selbstverständlich der Spitzenkandidat eine wesentliche Funktion. Und ich bin der letzte, der nach Ausreden sucht, der die Schuld bei anderen sucht und nicht auch bei sich selbst. Freilich - ich gebe das offen zu - habe ich etliches, vielleicht sogar vieles falsch gemacht - ich betrachte mich viel zu sehr als selbstkritisch, daß ich das nicht sehen würde - und ich ziehe auch daraus die Konsequenzen.

Als ich vor drei Jahren mit der Grundsatzdiskussion begonnen habe, haben mich viele meiner Freunde gefragt, ob das denn notwendig wäre. Viele waren davon nicht überzeugt, daß es richtig ist, sich mit grundsätzlichen Problemen zu beschäftigen. Und heute sind wir nach einem mühsamen, schwierigen, holprigen Anlaufen dieser Diskussion so weit, daß die meisten eingesehen haben: Diese Grundsatzdiskussion, wie ich sie genannt habe, muß permanent geführt werden,

und die konkreten politischen Inhalte, die Stellungnahmen zu tagespolitischen Fragen können immer nur der Ausfluß grundsätzlicher Überlegungen sein. Ich habe nichts gegen eine starke pragmatische Komponente in der Politik. Sie ist für das Funktionieren einer demokratischen Ordnung unerläßlich. Aber ich habe alles gegen eine Politik, die richtungslos zu sein scheint und für die der Pragmatismus nichts anderes als eine Art von Paravent für Richtungslosigkeit ist. Zu meiner Freude kann ich nun registrieren, daß die Partei erkannt hat, wie wichtig diese Diskussion um das eigene Weltbild und um die Wertordnung ist.

Allerdings möchte ich davor warnen, daß unser Salzburger Parteiprogramm, das ich für gut und allgemein verständlich^ü halte, nun vielleicht in einer gewissen Art übersetzt würde. Ich glaube nicht, daß neben einem Parteiprogramm eine Art von biblia pauperum geschrieben werden sollte. Ich halte das einfach für falsch und für unrichtig und ich möchte das auch hier deponieren. Aus dem Salzburger Programm muß man die konkrete Politik ableiten. Aber ich würde davor warnen, es umzuschreiben. Ich warne deshalb, weil ich weiß, wer dieses Programm geschrieben hat, und weil ich weiß, wieviel Intellektualität und wieviel Geist dieser Partei da drinsteckt.

Ich habe immer wieder betont, daß sich der Sozialismus zumindest den Anschein gegeben hat, die Geistigkeit und die Intellektualität dieses Landes erobert zu haben. Aber die Zeiten ändern sich, und ich sage Ihnen gerade jetzt und

zu dieser Stunde etwas: Wir sind auf dem besten Weg, verlorenes intellektuelles Terrain wieder zurückzugewinnen. Das geht nicht ohne Anstrengung, das geht nicht ohne die Existenz und das Akzeptieren auch unkonventionellen Denkens. Daher machen wir die Tore der Österreichischen Volkspartei weit auf! Wir können es uns leisten, offen, modern und erneuerungsbereit zu agieren! (Beifall.) Wir werden auch in der geistigen Auseinandersetzung, wenn wir sie nur konsequent und hart genug betreiben, auch und vor allem hart genug gegen uns selbst, erfolgreich sein.

Ich habe neben dem grundsätzlichen Bereich, der für mich im Vordergrund steht - die Inhalte der Politik stehen selbstverständlich im Vordergrund -, auch eine Reihe von organisatorischen Vorschlägen gemacht, wobei niemand glauben darf, daß Politik eines und Organisation etwas anderes ist. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. Ohne Organisation kann keine Politik gemacht werden, und ohne politische Inhalte nützt uns auch die beste Organisation nichts.

Neben einer Reihe von anderen Organisationsvorschlägen, die ich jetzt nicht herunterbeten möchte, habe ich die Finanzhoheit für die Partei, eine weitgehende Zurückdrängung des bündischen Einflusses verlangt.

Damit ~~hier~~ niemand herumräteln muß, keine große Diskussion und keine Legenden darüber entstehen, möchte ich die wesentlichsten Passagen aus dem Papier, das ich Ende Mai dem Parteivorstand vorgelegt habe, so wie sie drinnen stehen, jetzt vorlesen. (Zustimmung.) In dem Papier sind viel mehr Vorschläge

enthalten, als ich nun bringe, wobei ich nichts weglasse, die Passagen vollinhaltlich vorlese, so wie sie drinnen stehen.

Ich habe damals folgendes in dieses Papier hineingeschrieben:

Im organisatorischen Bereich. Es gibt nur eine direkte ÖVP-Mitgliedschaft. Der Bundesparteivorstand bestimmt die Richtlinien für die Politik der ÖVP. Seine Mitglieder werden vom Bundesparteitag gewählt. Die bisher bestehenden selbstständigen Teilorganisationen werden in Arbeitsgemeinschaften (Fraktionen) umgewandelt. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Auswahl der Kandidaten für die Interessenvertretung und in der Betreuung der entsprechenden Zielgruppen. Die Arbeitsgemeinschaften kandidieren unter der Bezeichnung "ÖVP" in den entsprechenden Interessenvertretungen. (Hoch-Rufe und anhaltender Beifall.)

Ich bedanke mich für den Applaus, meine lieben Freunde, aber ich möchte euch etwas sagen: Nachdem wir alle oder viele von uns sehr lange in der ÖVP sind, wissen wir, daß das sehr schwierige Forderungen sind, die ich hier aufgestellt habe. Daher wird es noch sehr viele Diskussionen darüber geben.

Ich gehe gleich einen Schritt weiter und komme schon zur nächsten schwierigen Forderung, die ich herausgehoben habe: Die ÖVP bildet eine eigene Gewerkschaftsfraktion. (Neuerlicher Beifall.)

Ich bedanke mich wieder für den Applaus. Nur als langjähriger wirtschaftspolitischer Referent der FCG weiß ich auch, was das bedeutet. Es ist ja nicht so, daß ich alle

diese Bereiche nicht kenne. Ich kenne sie gut und wahrscheinlich nur zu gut, um zu wissen, welche Probleme diese Forderung mit sich bringt. Das möchte ich als Kommentar zum Applaus sagen.

Die Arbeitsgemeinschaften sind dem Bundesparteivorstand direkt verantwortlich und unterstützen die Politik der ÖVP. Die bisherigen Büros der Teilorganisationen sind in die Gesamtpartei zu integrieren. Die Arbeitsgemeinschaften der Partei werden auf Bundesebene in einem Parteihaus in Wien zusammengefaßt. Auf Landes- und Bezirksebene sollen ebenfalls alle Büros in einem Gebäude zusammengelegt werden.

Sofern in den bestehenden Teilorganisationen Vermögen vorhanden ist, das nicht in die Gesamtpartei eingebracht werden soll, so ist dieses Vermögen durch eine geeignete Konstruktion der entsprechenden künftigen Fraktion ohne Zugriffsmöglichkeit der Gesamtpartei zu sichern.

Der Mitgliedsbeitrag der ÖVP wird künftig von der Bundesparteileitung festgesetzt und von den Ländern eingehoben. Der Aufteilungsschlüssel zwischen Bund und Ländern wird von der Bundesparteileitung beschlossen. Die Zuteilung erfolgt auf Bundesebene durch die Bundesparteileitung, auf Landesebene durch die Landesparteileitungen. Für die Einhebung des Mitgliedsbeitrages ist eine von der Bundesparteileitung aufgelegte, streng verrechenbare Drucksorte, Einzugsauftrag, Erlagschein, Zahlschein, zu verwenden. Sollten Arbeitsgemeinschaften im Sinne der Mitgliedsbetreuung Beiträge im Zuge von Hausbesuchen einheben, dann erhalten sie entsprechend verrechenbare Drucksorten.

Mit der Einhebung der Mitgliedsbeiträge ist die Führung einer zentralen Mitgliedskartei zu verbinden. Die Landesorganisationen haben vierteljährlich im nachhinein die auf die Bundesparteileitung entfallenden Beträge zu überweisen.

Die Reformen - das ist noch der letzte Satz gewesen, dazwischen sind eine Reihe von anderen Vorschlägen - müssen zügig durchgeführt werden, sie dürfen einen Zeitraum von höchstens zwei Jahren beanspruchen.

Das war also ein Teil, ich glaube, ein wesentlicher Teil, aus den Organisationsvorschlägen, die ich gemacht habe. (Beifall.) Ich habe sie deshalb verlesen, damit sie der Parteiöffentlichkeit bekannt sind und niemand darüber zu rätseln braucht, worum es hier geht. Es sind ja ungefähr 20 Exemplare numeriert im Umlauf, also das kommt ja über kurz oder lang ohnehin auf. Ich denke, es ist am besten, daß Sie es gleich vom Verfasser gehört haben.

Nun, warum habe ich diese Vorschläge gemacht? - Aus einem sehr einfachen Grund: Ich bin, wie fast jeder ÖVP-Politiker, natürlich ein bündisches Produkt und habe mich als langjähriger bündischer Funktionär - unter anderem bin ich Bundesfinanzreferent des ÖAAB durch viele Jahre gewesen, ich bin Bundesobmann-Stellvertreter des ÖAAB gewesen - viele Jahre hindurch munter und mit viel Engagement an der innerparteilichen Auseinandersetzung beteiligt. Ich war immer sehr stolz, für meinen Bund etwas nach Haus bringen zu können, und habe darin auch gar nichts Schlechtes gesehen, sondern, im Gegenteil, ich sah meine eigene Haltung als vorteilhaft

für die Gesamtpartei an. Und so machen es viele seit vielen Jahren, und jeder glaubt, das ist das Beste für die Partei. Ich habe es auch gedacht. Aber offensichtlich, meine lieben Freunde, ist das nicht das Beste für die Partei, und darüber werden Sie zu diskutieren haben.

Meine lieben Freunde, einen Punkt noch. Es ist doch eigenartig, daß wir seit vielen Jahren über den Vorrang der Gesamtpartei überhaupt diskutieren. Ja das muß doch eine Selbstverständlichkeit sein, und wir diskutieren darüber und alle versichern ununterbrochen, daß sie für den Vorrang der Partei sind! Ja ist denn überhaupt etwas anderes denkbar als der Vorrang der Partei?! (Lebhafter Beifall.) Oder man kann es vielleicht besser formulieren: Der absolute Nachrang aller Partikularinteressen.

Vorrang der Partei, meine lieben Freunde, weil ich da in der Öffentlichkeit so verschiedenes gelesen habe, in verschiedenen Medien manche Äußerungen - ich bin niemandem darüber böse -, hat überhaupt nichts mit Zentralisierung zu tun, mit Führerpartei und ähnlichen Dingen mehr, sondern das ist einfach eine Voraussetzung dafür, daß eine wirkungsvolle Politik gemacht werden kann. Was die Österreichische Volkspartei in Zukunft tun muß ist, eine normale Führungsstruktur herbeizuführen, wie sie für jede Organisation selbstverständlich ist, wo denen, denen die Verantwortung gegeben wurde, auch die Möglichkeit gegeben wird, ihr gerecht zu werden. Das ist überall so und nirgendwo anders. (Beifall.)

Mehr ist hier überhaupt nicht notwendig. Kein überspitzter Zentralismus, keine Aufgabe der föderalistischen

die Erneuerung sowohl im Hinblick auf die Verdeutlichung der politischen Inhalte - und ich stelle das an die Spitze - als auch im Hinblick auf die Organisation durchzuführen. Da gibt es sicherlich eine gewisse Bandbreite der Möglichkeiten, und ich halte es für zweckmäßig, daß dieser Prozeß der Diskussion mit einer Führung gemacht wird, die von den bisherigen Auseinandersetzungen eher unbelastet ist. Das ist der Hauptgrund, warum ich meine Position zur Verfügung stelle, und ich hoffe, daß alle meine Freunde das verstehen werden.

Wie ist denn zurzeit unsere Ausgangslage? - Sie könnte besser sein, das will ich ja gar nicht leugnen. Aber sie ist nicht so schlecht, wie gesagt und geschrieben wird, und ich sage das jetzt nicht, weil ich etwa ein hoffnungsloser Optimist bin - ganz im Gegenteil. Ich bin sicher einer, der die Dinge eher skeptisch betrachtet. Warum? Wir haben seit den letzten drei Wahlen, wenn man es in absoluten Zahlen nimmt, nur geringfügig an Stimmen dazugewinnen können, während die Sozialisten viel mehr dazugewonnen haben. Aber wir haben bislang unser Wählerpotential von rund 2 Millionen Stimmen gehalten. 2 Millionen Stimmen, meine lieben Freunde, sind eine gute Ausgangsbasis, und die ÖVP ist eine Großpartei und die ÖVP bleibt eine Großpartei. Und wir haben die Chance, wieder Stimmen dazuzugewinnen! (Lebhafter Beifall.)

Ich bin überzeugt, wir werden wieder das Vertrauen von mehr Österreichern gewinnen. Und lassen Sie mich hier nur eines sagen, was ich gar nicht als eine billige Phrase

verstanden wissen will. Wenn es die ÖVP nicht gäbe, dann müßte man sie erfinden. Und die ÖVP ist auch nicht zu spalten und sie ist auch nicht zu kaufen und sie ist nicht zu verdrängen! Das sei jenen ins Stammbuch geschrieben, denen jetzt vielleicht solche Gedanken kommen. Sie können sich die Mühe sparen, meine Damen und Herren. (Lebhafter Beifall.)

Aber lassen Sie mich hier einige Voraussetzungen nennen und lassen Sie mich etwas an die Spitze stellen, von dem ich glaube, daß Sie es immer vernachlässigt haben - auch ich habe es vernachlässigt, ich exkulpiere mich hier überhaupt nicht, ganz im Gegenteil, ich habe die Hauptverantwortung dafür getragen -: Meine lieben Freunde, eine Partei muß den Willen haben zu gewinnen, sie muß den Willen haben, die Mehrheit zu gewinnen, sie muß den Willen haben, ihre Ideen zu realisieren, und zwar soweit wie möglich, und daher muß sie letztlich den Willen haben, allein zu regieren. Koalitionen muß man in einer Demokratie eingehen, wenn es der Wähler so will. Aber eine Großpartei kann gar nicht anders, als letztlich immer zu versuchen, die absolute Mehrheit anzustreben. Sie darf dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren, auch wenn periodenweise gar nicht wahrscheinlich ist, daß diese absolute Mehrheit erreichbar ist. Lassen Sie mich das ganz besonders unterstreichen: Wer nicht regieren will, und zwar nicht allein regieren will, der wird überhaupt nicht regieren! Das ist einfach der Wille, seine Überlegungen durchzusetzen. (Beifall.)

Ich habe auch Fehler gemacht, das gebe ich durchaus zu, und in unserer Partei ist der Wille, gestaltende Macht anzustreben und auszuüben, in den letzten Jahren natürlich unter dem Eindruck der Verhältnisse einfach zu schwach entwickelt gewesen. Ich bin diesen Verhältnissen ja auch erlegen, das ist jetzt gar keine Entschuldigung. Wir müssen die Mehrheit haben wollen, dann werden wir sie auch ~~wieder~~ kriegen. Das hat mit Machtgier überhaupt nichts zu tun, sondern ist einfach die politische Haltung einer Großpartei, sie hat ja gar keine andere Möglichkeit. Wenn man sich damit begnügt, bei den wirklichen Machtträgern mehr oder minder großen Einfluß zu erhalten, dann entfernt man sich immer weiter von der Chance, regierungsfähig zu sein. Das ist eine sehr wichtige Überlegung, die muß sich jeder selber durch den Kopf gehen lassen. Denn die Wähler können von den Anliegen und Vorstellungen der Partei nur überzeugt werden, wenn die Funktionäre selbst von der Grundlinie überzeugt sind und danach handeln; wobei die Partei, wenn die Entscheidung gefallen ist, stets einheitlich auftreten muß, das ist eine wichtige Voraussetzung. Nach dem Beschluß gibt es keine Diskussion mehr, vor dem Beschluß wird diskutiert! Auch das müssen wir lernen. Auch ich selber habe hier Versäumnisse gemacht. (Beifall.)

Lassen Sie mich hier einige Beispiele bringen, die ich niemandem aufoktroyieren will. Ich sage es Ihnen als meine Meinung, weil die Grundlinie der Partei in den nächsten Jahren sicherlich davon bestimmt wird, wie hier die Entscheidung fällt. Das ist ein Grundsatzproblem, aus dem man vieles

ableiten muß. Zum Beispiel wird uns das Thema Wachstum oder Nichtwachstum in Wirtschaft und Gesellschaft noch lange begleiten. Ich sage Ihnen meine Position, die die Partei gar nicht nehmen muß, dazu. Natürlich brauchen wir auch in Zukunft Wachstum, und wir werden es auch haben. Und ich halte einfach die These für falsch, daß wir an der Grenze unserer Wachstumsmöglichkeiten angelangt sind. In Wahrheit, meine lieben Freunde, sind wir erst am Beginn.

Wachstum hat dabei aber nicht nur eine materielle Komponente, es bedeutet auch Wachstum des Wissens, Wachstum der Vernunft, Wachstum der Bildung, Wachstum der Kultur und natürlich damit auch verbunden Wachstum der Wirtschaft. Es hat immer schon zwei Schulen in der Geschichte gegeben, soweit man das historisch zurückverfolgen kann: Eine, die immer die Grenzen der menschlichen Entwicklung vorausgesagt hat, eine, die immer die Askese im klassischen Sinn vorgeschlagen hat - die heutigen Grünen Ideologen sind ja nichts anderes -, und es hat eine zweite Schule gegeben, die die Überzeugung gehabt hat, daß die menschlichen Möglichkeiten immer noch ausweitbar werden können. Und ich bekenne es, ich bin ein Anhänger der zweiten Schule, ein Anhänger jener These, die sagt, menschliche Möglichkeiten sind immer noch ausweitbar. Alles andere ist eine Reduzierung des Menschen, und ich will keine Reduzierung des Menschen!

Meine Damen und Herren! Das ist eine grundsätzliche politische Aussage, weil sich daraus eine ganze Politik ableitet. Und wir sind mitten drin in der Diskussion.

(Beifall.)

Damit gibt es natürlich eine weitere Konsequenz: Diese Erschließung menschlicher Möglichkeiten kann eben nur durch menschliche Arbeit erreicht werden, und zwar menschliche Arbeit, die nach unserer Meinung - und jetzt darf ich unsere Meinung sagen - soweit wie möglich frei und unabhängig vor sich gehen soll, soweit es eben möglich ist, selbständig zu sein. Und darin liegt auch zum Beispiel die Begründung unseres marktwirtschaftlichen Systems. Wir brauchen da gar nicht viel herumsuchen und sophistizieren, sondern dort, wo man menschliche Arbeit so frei wie möglich haben will, darf man sie nicht zentralistisch ans Gängelband nehmen. Und das ist die Grundüberlegung, warum wir für ein marktwirtschaftliches System sind. und warum wir überzeugt sind, daß dieses System für einen Arbeiter genau so gut ist wie für einen Unternehmer. Das ist die Grundüberlegung, von der wir ausgehen müssen. Das ist kein System für Unternehmer, das ist ein System für alle Menschen, und damit werden wir glaubwürdig sein! (Beifall.)

Für diese Freiheit, für diesen Fortschritt ist unserer Meinung nach der Selbständige und vor allem der unternehmerisch denkende Mensch notwendig und hat eine wichtige Funktion. Denn wir können ja nicht - und jetzt lassen Sie mich das auch sagen - ununterbrochen gegen die Übermacht des Staates auftreten, die Wucherungen der Bürokratie ablehnen und dann dort, wo wir die Möglichkeit haben, unsere Ideen durchzusetzen, eben solche bürokratische Wucherungen zulassen. Da wird man unglaublich. Das ist eine Grundüberlegung. (Beifall.) Ich habe auch selber diesbezüglich viele Fehler gemacht.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, um das wir lange gerungen haben, eine Lösung gefunden haben, aber dann damit nicht in die Öffentlichkeit gegangen sind. Es muß doch möglich sein, daß jeder Mensch in seinem Leben, und zwar in jungen Jahren, sich eine Wohnung, ein Heim schaffen kann, ohne daß hier ununterbrochen der Staat die Hand drinnen hat. Wenn die Alternative, die wir bei diesem elementaren Lebensbedürfnis anbieten, nur darin besteht, daß jeder um Unterstützung entweder zu einem roten oder zu einem schwarzen Funktionär gehen muß, dann werden die Leute keinen Unterschied merken. Zu niemandem soll ein junger Mensch gehen müssen, seine eigene Leistung soll ihm das bringen. Das ist die Alternative, die wir haben! (Lebhafter Beifall.)

Ich weiß schon, wie schwer das ist. Das sagt sich leicht in einer Rede. Ich habe lange genug in allen diesen Dingen gearbeitet, ich kenne genau die Praxis, um die es hier geht.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir über leichte Sachen reden, dann hören wir auf. Alles wird schwierig sein, was wir machen, weil alles dort hineingreift, wo wir langgeübte Gewohnheiten haben. Nicht jede lang geübte Gewohnheit ist schlecht, viele sind sehr gut, aber manche sind schlecht, und die muß man ändern.

Nun ein zweites Beispiel. Wir reden irrsinnig lang über Vermögenspolitik, und da ist auch einiges geschehen - alleiniges Verdienst der Österreichischen Volkspartei. Ob das nun das Bausparen ist, die Idee der Eigentumswohnung: Bleiben wir nur gleich dabei, das ist alles von der ÖVP gegen den Widerstand in der seinerzeitigen Koalition durchgesetzt worden. Aber nun geht es einfach um den nächsten Schritt. Nur über privates Eigentum an Produktionsmitteln kann zum Beispiel der Wettbewerb über die fortwährende Gründung von Betrieben am Leben erhalten werden. Es muß immer etwas Neues kommen, ununterbrochen müssen neue Unternehmungen, neue Betriebe entstehen, es darf nicht statisch bleiben.

Daher bilden die breite Streuung und das weite Wachstum des kleinen Eigentums an Produktionsmitteln natürlich auch mit eine Alternative zum totalen Wohlfahrtsstaat, der den Bürger mit dem Versprechen der totalen Sicherung in zunehmendem Maß der Eigenverantwortung und Selbständigkeit beraubt. In diesen Bereichen spielt sich die Auseinandersetzung auf der politischen

Ebene ab. Hier müssen wir uns bewähren, und hieraus muß man aus den konkreten Dingen dann die Tagespolitik formulieren. Es nützt nichts, daß es beim Lippenbekenntnis bleibt, da müssen wir anstoßen. Wir haben es in ein Programm hineingeschrieben, zum Beispiel für die letzte Wahl, im Wirtschaftsprogramm stehen diese Dinge.

Nun zu den Sozialisten. Ich möchte mich mit ihnen nur ganz kurz beschäftigen. Sie haben sich eine sehr geschickte Dreifachstrategie zu eigen gemacht: In der Propaganda wollen sie eher konservativ wirken, in der Praxis geben sie sich den Anschein, taktisch programmatisch vorzugehen. Programmatisch haben sie sich, wie die jüngste Programmdiskussion gezeigt hat, von ihren marxistischen Wurzeln nicht entfernt und wollen das auch gar nicht tun.

Sie verfolgen ihre Ziele - das kann man von ihnen lernen - langfristig. Ein Beispiel der letzten Tage: Die integrierte Gesamtschule streben sie seit 60 Jahren an. Es ließen sich viele derartige Beispiele anführen. Ganz konsequent, ganz langfristig, unberührt von vielen Rückschlägen bleiben sie bei dem, was ihre Grundsätze sind. Sie ändern vieles da oder dort, aber in wichtigen Grundanliegen bleiben sie bei ihrer Überzeugung. Ich sage das als Beispiel, weil es wirklich^k eines ist.

Tatsächlich, in der konkreten Politik werden diese drei Ebenen abwechselnd eingesetzt, und es wird so viel Sozialismus verwirklicht, wie durch die Propaganda gerade noch als konservativ verkauft werden kann.

Diese drei Ebenen wirken ähnlich wie kommunizierende Gefäße. Die sozialistischen Regierungsmitglieder, Funktionäre, besonders der Bundeskanzler, fahren zwischen diesen drei Ebenen wie in einem Paternoster dauernd auf und ab.

Diese Strategie der konservativen Ausrede - ich möchte sie einmal so nennen - kann nicht deutlich und nicht oft genug an Beispielen aufgezeigt werden. Denn vom Programm her ist die SPÖ, auch wenn das viele ihrer Wähler, vielleicht auch manche ihrer Funktionäre nicht wahrhaben wollen, der Linksaußen unter den Sozialisten Europas. Vom Programm her, man muß es nur durchlesen, dann sieht man es. Ob das jetzt die Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft ist - im Parlament haben sie ja unserem Entschließungsantrag nicht zugestimmt -, ob das in der Frage des Eigentums, der Leistung, der Familienpolitik, der Schulpolitik, der angestrebten Entscheidungsstrukturen und so weiter ist, da sieht man es dann ganz deutlich, auch wenn an der Oberfläche manches anders - sehr geschickt, wie ich zugebe - gemacht wird.

Aber es ist wichtig, es muß in der demokratischen Politik Spannungselemente geben, es müssen sich die großen politischen Gruppen entscheiden. Das ist notwendig, denn nur aus der Spannung entsteht der Fortschritt. Wo alles ruhig ist, entsteht gar nichts mehr, da versumpert die ganze Gesellschaft, und das wollen wir nicht haben. Es soll diese Spannungen zwischen uns und ihnen geben, das ist notwendig, konstitutiv für eine Demokratie. (Beifall.)

Wir von der Volkspartei haben aber nicht den geringsten Grund, kleinmütig zu sein. Wir sind die Trägerin einer großen Tradition; das streiten wir auch den Sozialisten nicht ab. Wir leiden weder unter einem Mangel an Weltanschauung, noch sind wir unmodern geworden. Wir brauchen uns Abgrenzungsneurosen weder nach rechts noch nach links aufschwätzen zu lassen, und wir haben es auch gar nicht nötig, um Abgrenzungen nach irgendwohin bemüht zu sein. Wir können es uns leisten - ich wiederhole es -, offen, modern, diskussions- und erneuerungsbereit zu agieren.

Unsere Schwäche, wie ich sie sehe, liegt darin, daß wir ein überholtes ständisches Denken überbetonen, was uns in der Öffentlichkeit als eine Partei erscheinen läßt, die überwiegend Gruppeninteressen verfolgt und ihre Linie nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners konzipiert. Hier wirken wir manchmal unklar, das ist das schwierigste, das gilt es zu ändern. Und ich weiß, daß alle guten Willens sind, das zu ändern.

Wir müssen den Menschen klarmachen, auch wenn das vielleicht nicht populär ist, daß er für sein Handeln selbst verantwortlich ist und daß er vernünftig überlegen soll, was er tun muß. Das ist der Geist, in dem wir uns in die Erneuerungsdiskussion begeben sollen.

Ich bin sicher, daß unser Alois Mock der Mann ist, der die Partei in und durch diese Diskussion führen kann. Ich kenne Mock seit vielen Jahren, und ich weiß, er wird mit vollem Einsatz für unsere Volkspartei kämpfen, und wir alle werden ihn unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Wenn ich heute nach einer fast vier-jährigen Tätigkeit mein Amt als Parteiobmann abgebe, dann mache ich das in dem Bewußtsein, daß ich persönlich in diesen vier Jahren sehr viel an menschlicher Erfahrung gewonnen habe. Gerade im letzten Wahlkampf, bei zahlreichen Kundgebungen ist mir oftmals zum Bewußtsein gekommen, welche große menschliche Zuneigung mir von vielen Freunden spontan entgegengebracht wurde. Dieses vorbehaltlose Vertrauen von Tausenden ÖVP-Anhängern, das ich in diesen Jahren meiner Obmannschaft erleben durfte, gehört wohl zu den wertvollsten Erfahrungen, die ein Mensch machen kann.

Euch allen, die ihr mir dieses Vertrauen entgegengebracht habt, auch als Parteitagsdelegierte bei meiner Wahl zum Parteiobmann im Frühjahr 1977, möchte ich aufrichtig danken.

Ich möchte mich aber auch bei jenen entschuldigen, denen ich nicht immer jene Beachtung geschenkt habe, die sie verdient hätten, oder die sich von mir nicht gerecht behandelt oder mißverstanden gefühlt haben.

Eines könnt und müßt ihr mir glauben: Mein ganzes Handeln wurde in diesen vier Jahren ausschließlich von dem Gedanken geleitet, daß es zum Nutzen unserer Österreichischen Volkspartei sein muß, zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ideen.

So habe ich meine Verantwortung für mein Amt verstanden, und so ist auch die Konsequenz zu verstehen, die ich gezogen habe, indem ich mein Amt zur Verfügung gestellt habe. In meinem Verhältnis zur Volkspartei hat sich nichts geändert, wird sich nichts ändern und kann sich nichts ändern. Ich bin in dieser

Partei aufgewachsen, ich habe mich bemüht, sie gut zu führen und zu vertreten. Und es gibt überhaupt keine andere Frage, als daß ich auch weiter mit allem, was ich habe und kann, dieser Partei zur Verfügung stehen werde. (Beifall.)

Von einem Amt muß sich ein demokratischer Politiker trennen, wenn er es für seine Partei für richtig hält. Das habe ich getan. Von meiner Gesinnungsgemeinschaft kann mich niemand trennen, am wenigsten kann ich selbst mich davon trennen.

Alle gemeinsam werden wir die Österreichische Volkspartei wieder nach vorne bringen, wenn wir alle den Willen haben, was notwendig ist, zu tun, auch wenn es weh tut. Dann wird die Österreichische Volkspartei in Zukunft wieder die gestaltende Partei für Österreich sein. Ich bin guten Mutes, daß es so sein wird, und ich weiß, diese Partei wird wieder führende Kraft in Österreich sein, weil Österreich die Österreichische Volkspartei braucht. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e s s l e r : Lieber Herr Bundesparteio-
bmann! Namens aller deiner Freunde und Mitarbeiter, namens
aller unserer Gesinnungsfreunde möchte ich dir nach deinem
Rückblick, deinem Ausblick, nach deinem politischen Vermächtnis
ein Wort des herzlichen Dankes sagen.

Du hast in deiner bisherigen beruflichen Laufbahn große
Erfolge erleben dürfen. In deiner politischen Tätigkeit hast
du Höhen und Tiefen erlebt. Du bist dank deiner hohen Intelligenz,
deines Könnens und deines beispielhaften Einsatzes bereits in
frühen Jahren zu großen Aufgaben in der österreichi-

schen Wirtschaft berufen worden. Du hast schon als junger Politiker in zahlreichen Funktionen hohe politische Verantwortung getragen.

So kam es nicht von ungefähr, daß dich unsere Gesinnungsgemeinschaft vor nunmehr fast genau vier Jahren am 31. Juli 1975 an die Spitze unserer Partei berufen hat, in schwerer Zeit, als die ÖVP nach dem so plötzlichen tragischen Tod deines unvergessenen Vorgängers Dr. Schleiner führungslos geworden und vor eine völlig unerwartete kritische Situation gestellt war.

Wir alle wissen, daß du dich nie um politische Funktionen, schon gar nicht um das schwere Amt des Bundesparteiobmanns bemüht hast, daß dir diese höchste Funktion der Partei vielmehr beinahe aufgedrängt wurde und du dich schließlich schweren Herzens dem drängenden Ruf deiner Freunde nicht verschlossen hast.

Und wir wissen auch, auch heute noch, daß dir diese damalige Entscheidung nicht leicht gefallen war.

Unmittelbar nach deinem Amtsantritt hast du mit bewundernswertem Einsatz die Nationalratswahl geschlagen. Ihr Ausgang hat dich nicht entmutigt, sondern in der kompromißlosen Arbeit für unsere Gesinnungsgemeinschaft bestärkt.

In den vergangenen vier Jahren hast du, lieber Parteiobmann, das Steuer dieser Volkspartei immer fester in die Hand genommen, von Monat zu Monat mehr hat sie wieder Tritt gefaßt, hat sie an Geschlossenheit gewonnen, hat sie entscheidende Akzente gesetzt. Immer stärker ist es dir gelungen, auch

Zögernde, unsicher Gewordene mit neuem Mut und Optimismus zu erfüllen.

Und so gingen wir denn mit dir gemeinsam, überzeugt von unserem Wollen und unserer Arbeit in die Wahlentscheidung des 6. Mai. Der Ausgang war für uns alle eine tiefe, unerwartete Enttäuschung.

Er war aber kein Anlaß zur Resignation, kein Anlaß auch für deinen persönlichen Abschied. Die organisatorischen Vorstellungen, die du in deiner konsequenten, kompromißlosen Art durchzusetzen versucht hast, haben nicht in allem Zustimmung gefunden, wahrscheinlich nicht Zustimmung finden können. Das war für dich Anlaß, die höchste Funktion in unserer Partei einem anderen zu überlassen. Wir haben diesen Entschluß zur Kenntnis genommen, er ist ein freier, selbstgewählter Entschluß.

Namens der gesamten Parteifamilie, besonders auch im Namen meiner Kollegen Landeshauptleute, danke ich dir für deinen jahrzehntelangen Einsatz in unserer Gesinnungsgemeinschaft und damit für unseren gemeinsamen Staat, für deine Arbeit als junger, engagierter Mitarbeiter und späterer Obmann im Dr. Karl Kummer-Institut, als wirtschaftspolitischer Referent, als Finanzreferent, als stellvertretender Bundesobmann des ÖAAB, als Konsulent im Finanzministerium, als Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen in der Regierung Dr. Klaus.

Wir haben dir zu danken für deine überaus wertvolle Tätigkeit in der verstaatlichten Industrie, die du mit der Gründung der ÖIAG gekrönt hast. Und wir haben dir zu danken für deine internationale Arbeit in der Europäischen Demokratischen Union. Herzlichen Dank auch vor allem dafür - und das sage ich sicher namens aller Damen und Herren Delegierten, sage ich namens aller unserer Gesinnungsfreunde -, was du in den vergangenen vier Jahren als Bundesparteiobermann für unsere gemeinsame Volkspartei gearbeitet, geleistet und erduldet hast. Höhen und Tiefen, Stunden der Genugtuung und der Enttäuschung.

Wir wünschen dir, lieber Josef Taus, viele glückliche Jahre; persönlich, für deine Familie, für die sicher glänzende weitere berufliche Laufbahn. Und wir freuen uns, daß du, wie du soeben erklärt hast, unserer Arbeit treu bleibst. Vor allem wünschen wir, daß wir alle echte Gesinnungsfreunde bleiben, verbunden durch den unerschütterlichen Glauben an unsere gemeinsamen weltanschaulichen und politischen Ziele. (Anhaltender Beifall.)

Meine Damen und Herren Delegierten! Ich schlage vor, die Diskussion über den Bericht des Bundesparteiobermannes bei Tagesordnungspunkt 5 "Diskussion zur Parteireform" abzuführen.

4. Neuwahl des Bundesparteiobermannes

Vorsitzender Dr. K e s s l e r : Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4 "Neuwahl des Bundesparteiobermannes".

Ich erteile der Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission das Wort und bitte um ihren Bericht.

Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission Abgeordnete
zum Nationalrat Elisabeth S c h m i d t : Hoher Bundesparteitag! Hohes Präsidium! Sehr geehrte Delegierte! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission haben mich beauftragt, das Prüfungsergebnis hier vorzutragen.

Auf Grund der vorliegenden Delegiertenlisten wurde festgestellt, daß der 21. außerordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gemäß §§ 13 und 14 des Bundesparteiorganisationsstatutes richtig und in Ordnung einberufen wurde.

Gemäß § 17 Abs.1 lit. a) bis h) und Abs.2 lit. a) bis c) wurde die Zusammensetzung überprüft und festgestellt, daß 596 Delegierte mit beschließender Stimme zur Teilnahme am Bundesparteitag richtig einberufen wurden. Von den geladenen Delegierten sind anwesend: 496 Delegierte mit beschließender Stimme und 30 Delegierte mit beratender Stimme.

Auf Grund des Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der 21. außerordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei statutenmäßig einberufen wurde und beschlußfähig ist. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K e s s l e r : Ich danke der Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission für den Bericht und übergebe jetzt den Vorsitz gemäß der Geschäftsordnung des Bundesparteitages an den Vorsitzenden der Wahlkommission, an Präsident Robert Graf.

Vorsitzender der Wahlkommission Präsident Robert G r a f :

Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Die Bundesparteileitung vom 21.6.1979 hat einstimmig beschlossen, keine vorbereitenden Ausschüsse einzusetzen. Die Bundesparteileitung hat selbst die inhaltliche Vorbereitung des Parteitages übernommen. Sie hat damit auch die Funktion des Wahlkomitees selbst ausgeübt.

Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, dieser Vorgangsweise Ihre Zustimmung zu erteilen.

Ich darf aber vorher fragen: Wünscht jemand, dazu das Wort zu nehmen? - Es ist das nicht der Fall.

Ich bitte jene Delegierten, die diesem meinem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe? - Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nunmehr den Landesparteiohmann von Wien, Herrn Dr. Erhard Busek, bitten, über den Wahlvorschlag der Bundesparteileitung zu berichten.

Vizebürgermeister Dr. Erhard B u s e k (BPL) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe die ehrende Aufgabe und Auszeichnung, namens der Bundesparteileitung diesem außerordentlichen Bundesparteitag den Wahlvorschlag zur Wahl eines neuen Bundesparteiohmannes der ÖVP zu unterbreiten.

Nach der Erklärung des Rücktritts durch den gegenwärtigen Bundesparteiohmann Dr. Josef Taus am 17. Juni 1979 in einer erweiterten Sitzung des Bundesparteivorstandes haben dieses

Gremium und am 21. Juni die Bundesparteileitung in ihrer Vollsitzung einstimmig einen Vorschlag an diesen Bundesparteitag beschlossen. Ich schlage Ihnen vor, für das Amt des Bundesparteiobermannes der Österreichischen Volkspartei Dr. Alois Mock zu wählen. (Beifall.)

Liebe Freunde! In diesem Kreis Alois Mock Ihnen vorzustellen, wäre, glaube ich, zu viel, weil wir ihn alle seit Jahren als Mitarbeiter, als Funktionär, als einen, der Verantwortung für diese Partei trägt, kennen.

Lassen Sie mich zumindest zum Lebenslauf unseres Freundes wenigstens und in trockenen Zahlen sagen:

Alois Mock ist ein Niederösterreicher, geboren am 10. Juni 1934 in Euratsfeld. Und vieles von dem, was in unsere Partei einfließt, ist in seinem Lebenslauf und in seiner familiären Umgebung vorgezeichnet. Sein Vater ist Bauer, der über eine kleine Molkerei zum Transportunternehmer wird. Er selbst hat 1952 am Stiftsgymnasium in Seitenstetten maturiert, anschließend an der Juridischen Fakultät der Universität Wien studiert und 1957 zum Doktor juris promoviert. Er hat Auslandsstudien in Brüssel und Bologna durchgeführt, ist 1958 in den Bundesdienst eingetreten, war zunächst im Bundesministerium für Unterricht und später im Bundeskanzleramt tätig. 1962 ist er als Bundesbeamter zur Botschaft Österreichs bei der OECD nach Paris übersiedelt, von wo ihn Bundeskanzler Dr. Josef Klaus 1966 zunächst als Sekretär und dann als seinen Kabinettschef zurückgeholt hat. 1969 ist er Bundesminister für Unterricht in der Regierung Klaus

geworden. 1970 hat ihn das Vertrauen der Wähler in den österreichischen Nationalrat entsandt. 1971 wurde er zum Bundesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes gewählt. Dazwischen war er zwei Jahre Bürgermeister von Euratsfeld, einer, so glaube ich, guten und französischen Tradition entsprechend, daß hohe Politiker auf nationaler Ebene die kommunale Ebene gleichermaßen kennen und schätzen; etwas, was ich als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung nur begrüßen kann. (Beifall.) 1978 hat ihn das Vertrauen seiner Kollegen im Klub der National- und Bundesräte zum Geschäftsführenden Klubobmann gebracht, eine Funktion, die er seitdem ausübt. Und für ihn ist heute ein weiterer Schritt seiner politischen und sicher auch seiner persönlichen Entwicklung sowie seines Schicksals zu setzen.

Daß wir aber nicht nur aus Funktionen und Bildungsstufen bestehen, sei nur dahin gehend gewürdigt, daß Alois Mock wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus gestern seinen nicht mehr so ganz ruhigen Hochzeitstag gefeiert hat. (Beifall.)

Liebe Freunde! Lassen Sie mich zum Menschen Alois Mock etwas sagen. Ich möchte mich nicht der Formel bedienen, die manchmal in unserer Partei überstrapaziert wird, daß wir alte Freunde sind, Ich möchte vielmehr sagen, daß wir viele Gespräche geführt haben, daß damit nach längerer Zeit ein Kennen eines Menschen vorliegt. Und man kann sagen, daß man froh sein kann, Alois Mock zu kennen.

Alois Mock ist ein Mensch im innersten Sinn dieses Wortes: mit einer Bereitschaft zu hören, auf den anderen zu

hören, und mit einer Bereitschaft zu helfen, dem anderen zu helfen. Es ist vielleicht etwas sehr Schönes, wenn man sagen kann, daß man doch nach einer gewissen Zeit Politiker in einem Ausmaß Mensch geblieben ist und nicht das übliche Mißtrauen, das einem solchen Amt ein wenig anhaftet, ihm entgegenbringt, sondern Vertrauen zu ihm haben kann. Wenn wir uns erwarten, daß diese Österreichische Volkspartei mehr denn je Politik nach dem Maß des Menschen macht, dann haben wir in Alois Mock einen Menschen gefunden, der diese Politik glaubhaft machen kann.

Lassen Sie mich sagen: Alois Mock ist ein Christ. Kein Theologe, kein Renommierkatholik (Beifall), sondern ein Mensch, der auch um die Fehler des Menschen weiß und um die Hoffnung, nicht zuletzt um die Hoffnung auf ein Leben nach dem Tode, was in einer Zeit, die glaubt, in sich perfekt und vollkommen zu sein, ein Hinweis und ein Wissen ist, das wir mehr als notwendig brauchen. Und er ist ein Mensch, der weiß um die Liebe zum Nächsten. Nicht einer, der jene soziale Einstellung hat, die eine soziale Institution mehr erfindet oder die einen "Sozialbastler" aus dem Politiker macht, der immer mehr staatliche Zuständigkeiten kennt und haben will, sondern einer, der vor alledem um die Probleme der Menschen weiß, der weiß, was Armut und was Not bedeuten, nicht nur im materiellen, sondern auch im inneren Sinn.

Alois Mock ist ein Politiker von Grundsätzen. Ich glaube, daß das in einer Zeit, die ein Politikerbild prägt, das schon mehr in die Nähe von Machiavelli als von dem, was die Demokratie

braucht, nämlich der Dienstfunktion, kommt, eine sehr notwendige Eigenschaft ist, eine Eigenschaft der Glaubwürdigkeit. Nicht ein Verkleidungskünstler, der in den verschiedenen Rollen, die man heute oft medial abverlangt, in allem gerecht ist, sondern jemand, zu dem man in seiner Wesenheit Vertrauen haben kann. Und er ist nicht ein eigennütziger Politiker, der weiß, wo auch sein Teil und sein Vorteil in der Politik ist. Denn gerade wir erleben in der gegenwärtigen Situation genügend Beispiele der Vermengung zwischen Politik und dem, was man Geschäft nennt. Und auch dafür ist Alois Mock eine deutliche Absage, an diesen Stil, der sich breitmacht.

Alois Mock ist ein Mensch, der Frieden und Ausgleich will. Wir werden diesen Frieden im Inneren unserer Partei brauchen im Sinne der Integration, wie wir uns als soziale Integrationspartei verstehen. Wir werden Frieden und Ausgleich auch in der politischen Diskussion brauchen. Denn das Spiel der Demokratie von Konflikt und Konsens will allemal nach Klarstellung der verschiedenen Positionen dann doch den gemeinsamen Weg, um kritische Probleme zu bewältigen. In diesem Frieden und Ausgleich liegen meines Erachtens nach Überzeugungskraft und Gestaltungswille für die Demokratie. Nur aus dem Zusammenwirken von Kräften ist es möglich, einen besseren Weg für eine staatliche Gemeinschaft, für eine Gemeinschaft von Bürgern, zu finden.

Wer Alois Mock kennt, der weiß, daß er ein Mensch ist, der unbedingten Einsatz bringt, Einsatz dazu, daß man bereit sein muß, ein Amt zu übernehmen. Denn zum Amt eines

Bundesparteiobmannes und hoffentlich nicht solange Oppositionsführers führt keine Begierde, sondern nur die Einsicht und die Bereitschaft, eine Aufgabe übernehmen zu wollen, um sie voll und ganz auszufüllen.

Ich habe Achtung vor dem Zweifel an sich selbst, den Alois Mock in Gesprächen vor dieser Entscheidung gehabt hat. Ich habe gleichzeitig Achtung und bitte Sie, sie auch zu haben, vor der Selbstverständlichkeit, mit der unser Freund Alois Mock bereit ist, diese Verpflichtung anzunehmen. (Zustimmung.) Seine Bereitschaft aber, liebe Freunde, heißt nicht nur für ihn, eine Verpflichtung anzunehmen, sondern auch eine Verpflichtung für uns. Nicht nur eine Verpflichtung, ihn zu wählen und ihm allenfalls ein verbales Vertrauen auszusprechen, sondern vor allem ein Vertrauen, das sich dadurch auszeichnet, daß es durch ein Tun und Wirken begleitet ist. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wenn wir eine Lektion aus der Vergangenheit lernen wollen, dann die: daß eine Partei nicht das wird, was ein Parteiobmann aus ihr macht, sondern eine Partei wird das, was die Partei bereit ist, aus einem Parteiobmann zu machen. Und das müssen wir ihm mitgeben. (Beifall.)

Wenn wir bei diesem Tagesordnungspunkt in die Wahlzelle gehen und unsere Entscheidung treffen, und wenn Sie bereit sind, Alois Mock das Vertrauen zu geben, so ist es ein Eingehen einer Verpflichtung, mehr zu tun, einer Verpflichtung zur Reform dieser Partei, daß sie in der Lage ist, mehr Vertrauen der Österreicher zu gewinnen, einer Verpflichtung zur Arbeit

in und mit dieser Partei, damit sie in der Lage ist, überzeugender und besser die Probleme der Österreicher zu bewältigen, einer Verpflichtung zum Dienst am Menschen - denn Politik bedeutet nicht Herrschaft, sondern Bereitschaft, eine Aufgabe anzunehmen - und einer Verpflichtung zum Vertrauen untereinander, nämlich bis zum Beweis des Gegenteils zu wissen, daß wir miteinander und in einer gerechten Aufgabenteilung bereit sind, das Unsere zu leisten, um jenen Erfolg und jenes Ziel zu erreichen, das uns in der Politik vorschwebt.

Ich glaube, wir können einem Parteiobmann und jedem, der in dieser Partei eine Funktion ausübt, nicht damit dienen, daß wir ihm aus der Loge der Politik zusehen, wie er sein Amt bekleidet, und allenfalls wohlgefällige oder kritische Zensuren verteilen, sondern daß wir uns darüber im klaren sind, daß wir mit ihm auf der Bühne des politischen Geschehens stehen und hier ein Stück zu gestalten haben, das nicht zuletzt das Schicksal unseres Landes sehr wesentlich bestimmt.

Und wenn Sie ihm Vertrauen geben, unserem Alois Mock, dann geben Sie ihm dieses Vertrauen und das Bewußtsein, daß Sie mit Ihrer Zustimmung zu Alois Mock eine Bereitschaft eingegangen sind, eine Bereitschaft, für einen Mann einzustehen, der es wert ist, an der Spitze unserer Österreichischen Volkspartei zu stehen. Und dazu wünsche ich und ich glaube viele in diesem Saal, viel Glück, Gottes Segen und den Glauben mit auf den Weg. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender G r a f : Ich danke Herrn Dr. Busek für die Erstellung des Wahlvorschlages.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann Wallnöfer. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Ökonomierat Eduard W a l l n ö f e r :
Hoher Bundesparteitag! Verehrte Frauen und Herren Delegierte! Zunächst möchte ich so, wie wir das in der Bundesparteileitung am 7. Mai dieses Jahre getan haben, auch noch hier vor dem Bundesparteitag dem bisherigen Parteiobmann Dr. Josef Taus danken, danken für die Arbeit, die er auf einem steinigen Weg im Verlauf der vergangenen vier Jahre geleistet hat, mit Erfolgen und natürlich auch mit Enttäuschungen. Danken möchte ich ihm auch dafür, daß er der Partei nun einmal die Gelegenheit gibt zu Diskussionen und Überlegungen, die früher oder später so oder so notwendig sind. (Beifall.) Ich möchte mich in dieser Frage in keiner Weise binden, sondern nur sagen: Den guten Willen für die gute Sache müssen wir alle mitbringen im Verlauf der nächsten Monate in den Diskussionen.

Also, lieber Herr Bundesparteioibmann Dr. Josef Taus, herzlichen Dank für deine Arbeit, für deinen Idealismus, dafür, daß du die Fahne während der Dauer von vier Jahren in einer schweren Zeit der Partei getragen hast. (Beifall.)

Und weiters möchte ich eigentlich gar nichts anderes tun als sagen, daß wir jetzt unseren neuen Bundesparteioibmann geschlossen wählen und ihn dann Tag und Nacht durch alle Schwierigkeiten hindurch unterstützen müssen. (Neuerlicher Beifall.) Wir alle glauben, daß wir es hier mit einem sehr

rechtschaffenen Mann zu tun haben, mit einem Mann der Verbindlichkeit, Herzlichkeit, Gewissenhaftigkeit, einem Mann mit Grundsätzen, der auch Freude ausstrahlt. Diesen Mann müssen wir unterstützen. Und wenn heute etwa schon wieder gesagt wird, daß er doch vielleicht zu jung sei, möchte ich sagen, daß man 1810 den Andreas Hofer mit 42 Jahren erschossen hat, und kein Mensch hat seither gesagt, daß er etwa zu jung gewesen wäre. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Mir ist er nicht zu jung. Mir ist jemand mit 45 Jahren gerade recht. Und im übrigen: Wenn jemand zu jung ist, dann wird der Fehler ja jeden Tag kleiner, wie wir alle wissen.

Ich bitte Sie also: Wählen wir den Bundesparteiobermann geschlossen und ohne Ausnahme, und machen wir damit auch nach außen wieder einmal ein Bild, das wir dringend brauchen. (Beifall.) Denn so kann es ja nicht immer sein, wie es bei uns einige Male war: Ich erinnere daran, daß wir 1970 nach dem Abgang des Bundeskanzlers und Bundesparteiobermannes Dr. Josef Klaus den damaligen Generalsekretär Dr. Withalm gewählt haben. Und es hat kein halbes Jahr gedauert, dann war die Kritik so, daß über einen Wechsel geredet wurde. Dieser Wechsel wurde vollzogen. Wir haben mit Freude und Überzeugung den Dr. Karl Schleizer gewählt. Und geben wir jetzt einmal der Wahrheit die Ehre: Es hat nicht lange gedauert, dann mußten wir auch in den eigenen Reihen den Dr. Karl Schleizer verteidigen. An dem Tag, als er verunglückte, haben wir dann davon geredet, daß er ein ganz großer Staatsmann war. (Beifall.)

Und dann haben wir den Dr. Taus gewählt. Und dann haben die Zeitungen bald einmal geschrieben, daß er, ich weiß nicht, keinen schönen Mund habe. Ich weiß nicht, dem einen war die Krawatte nicht gut genug, dem anderen der Anzug, obwohl wir alle gewußt haben, daß er ein Mann von hoher Intelligenz ist und ein ungeheurer Idealist, sonst wäre er nicht von der Girozentrale weggegangen und hätte diesen steinigen Weg beschritten. Er wurde so lange kritisiert, bis er auch verdrossen geworden ist zum Schluß, und ich bitte Sie: So kann es in Zukunft nicht weitergehen. Alle Funktionäre, die draußen arbeiten, haben die Verpflichtung, hinter dem jetzt zu wählenden Bundesparteiohmann zu stehen. (Beifall.)

Das müssen wir wirklich von den Sozialisten lernen. In der Bundesregierung sitzen sicherlich nicht nur Genies, aber wie immer dem sei, man stellt sich dahinter, als ob man es wirklich nur mit Genies zu tun hätte. Also, da können wir lernen.

Im übrigen, verehrte Frauen und Herren Delegierte, seit dem Jahre 1970 unterliegen wir einer schon fast unerträglichen Staatsallmacht. Der Bundeskanzler ist von dort, der Innenminister von dort, der Außenminister auch, und der Verkehrsminister und der Verteidigungsminister auch, und der Chef der Gewerkschaft gehört sicher nicht uns, und so unterliegen wir der Staatsallmacht, vom höchsten Sektionschef bis zum kleinen Post- und Eisenbahnbediensteten. In dieser Staatsallmacht ist einiges passiert. Man hat ohne Rücksicht auf die übrigen 2 Millionen Wähler in Österreich und ohne Rücksicht

darauf, daß diese 49 Prozent der Stimmen in den letzten Jahren erbracht haben, das Strafrecht vollzogen und so getan, als ob es diese 2 Millionen Österreicher nicht gäbe.

Dasselbe gilt beim Familienrecht und im Eherecht, dasselbe gilt beim UOG und beim Schulbuch, und wir nehmen gewissermaßen zur Kenntnis, daß die Jungsozialisten davon reden, daß der Religionsunterricht in den Schulen gestrichen werden müsse, ja nicht nur das, daß die geistlichen Herren womöglich noch zur Rechenschaft zu ziehen seien, weil sie das Volk "verdummt" haben. Wenn auch der Vorsitzende der Regierung sagt, daß man das doch nicht tun solle, so muß ich hier schon sagen, daß diese Jungsozialisten in zehn Jahren um zehn Jahre älter sind und dann am Schalthebel der Politik sitzen können. (Beifall.) In dieser Frage hat es auch Zwölfe geschlagen.

Ich meine also, wir müssen mehr Geschlossenheit und mehr Loyalität demonstrieren und müssen die Probleme, die uns bedrängen, in den eigenen Reihen behandeln und müssen uns vor allem wieder selbstbewußt zu den christlichen Demokraten bekennen. Denn das, was da 2000 Jahre an Lebensgrundsätzen gestimmt hat, das wird schon auch in der nächsten Zeit noch stimmen, davon bin ich überzeugt. (Lebhafter Beifall.) Wir werden daran glauben müssen und sagen müssen, daß wir in einem freien Land leben wollen, und immer wieder darauf hinweisen müssen, daß in unserer allernächsten Nähe der Eiserne Vorhang ist. Wir wollen halt nun einmal von Gott geschaffenes Wesen sein, wollen frei denken und handeln

können, soweit wir uns im Rahmen der Gesetze bewegen, wollen die freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl. Wir meinen keineswegs - und ich stimme da ganz überein mit der vorherigen Aussage des Bundesparteiobermannes Dr. Taus -, daß der Wohlstand in den verschiedenen Bereichen verschwinden muß. Ich bilde mir ein, daß wir uns mit dieser Auffassung bei Gott in einer guten Gesellschaft befinden. In England hat man wirklich nun einmal offensichtlich genug gehabt von der sozialistischen Tendenz und auch in Schweden. In unserem Nachbarland, in Bayern oder in Baden-Württemberg und in Südtirol und in Trient und in der Lombardei - in allen diesen Räumen probiert man halt einmal die Christlichen Demokraten. Wir befinden uns also in einer guten Gesellschaft und haben auf gar keinen Fall Minderwertigkeitskomplexe. (Beifall.)

Optimismus, Loyalität und Selbstbewußtsein also ist das, was wir brauchen, ist das, worum ich heute bitten möchte, und was die Reform anlangt, gewissenhafte Diskussion. Auch hier werden wir ein Maß suchen müssen und auch finden. Ich bin sehr davon überzeugt, daß der heutige Tag eine gute Station für die kommende Entwicklung der Österreichischen Volkspartei und unserer österreichischen Heimat ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender G r a f : Ich danke dem Herrn Landeshauptmann von Tirol.

Es gelangt nunmehr zum Wort der Landeshauptmann von Niederösterreich Maurer.

Landeshauptmann Ök.Rat Andreas M a u r e r (BPL) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Der Parteiobmann von Wien, Dr. Busek, hat den Wahlvorschlag der Bundesparteileitung unterbreitet. Gestatten Sie mir, daß ich dazu auch kurz Stellung nehme, denn hier geht es nicht allein um Personen, sondern hier geht es um echte politische Zielsetzungen, und hier geht es damit um die Zukunft unserer Partei.

Auch der heutige, dieser außerordentliche Bundesparteitag wurde ja nicht nur deshalb einberufen, weil wir einen neuen Bundesparteioobmann wählen müssen. Unmittelbar nach dieser Wahl wird der Startschuß zu einer breiten Diskussion über die politische und über die organisatorische Erneuerung der Volkspartei gegeben. Und diese beiden Ereignisse stehen selbstverständlich in einem engen, in einem, möchte ich sagen, unlösbaren Zusammenhang. Durch die Entscheidung, wer in dieser Phase an der Spitze der Volkspartei stehen soll, werden ja gleichzeitig auch die Weichen für den Erfolg oder für den Mißerfolg der bevorstehenden Diskussion gestellt.

Dem Bundesparteitag konnte heute keine Neuigkeit mitgeteilt werden, denn daß die Bundesparteileitung einstimmig beschlossen hat, als neuen Bundesparteioobmann den geschäftsführenden Klubobmann der Österreichischen Volkspartei und Bundesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes Dr. Alois Mock zu nominieren, war ja seit dem 21. Juni kein Geheimnis mehr. Ebenso war auch die Tatsache kein Geheimnis

mehr, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute nur den Bundesparteiobmann wählen sollen und nicht auch den Generalsekretär und den Bundesfinanzreferenten, da deren Amtszeit ja erst im nächsten Jahr abläuft.

Ich möchte zu diesem Vorschlag Stellung nehmen, weil ich meinen Landsmann Dr. Alois Mock wirklich gut kenne und weil ich persönlich davon überzeugt bin, daß die Bundesparteileitung nicht nur eine gute, sondern daß sie die bestmögliche Entscheidung getroffen hat. Freund Mock bringt alle Voraussetzungen mit, die Volkspartei nicht nur in der bevorstehenden Phase der Erneuerung zu führen, sondern ihr auch wieder jene Stabilität zu geben, die wir als Voraussetzung für einen Erfolg dringlichst benötigen.

Hoher Bundesparteitag! Mit dem heutigen Tag beginnt ein neues Kapitel in der mehr als 34jährigen Geschichte unserer Partei. Gerade deshalb möchte ich eines sehr deutlich sagen: Die Sozialisten und alle jene, welche die ÖVP schon abgeschrieben haben, sie werden noch staunen, welche Kraft nach wie vor in dieser Österreichischen Volkspartei steckt! (Beifall.)

Sicherlich aber ist es richtig, und sicherlich ist es notwendig, gründlich zu analysieren, warum wir bei der Nationalratswahl unser Wahlziel nicht erreicht haben, und aus dieser Analyse die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Echte Sorgen um die Zukunft der Volkspartei müßten wir uns aber nur dann machen, wenn wir nicht mehr die Überlegenheit unserer Grundsätze gegen den Sozialismus zum Ausdruck bringen und daran glauben, wenn wir uns von den politischen

Gegnern und ihren diversen Hilfstruppen entmutigen ließen und wenn wir nicht mehr willens wären, verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Die letzten Wochen sind mir eine Bestätigung dafür, daß dies nicht der Fall ist. Der echte Wille zur Erneuerung und der weit über die Grenzen unserer Partei hinaus feststellbare Wunsch nach einer Wiedererstarkung der Österreichischen Volkspartei sind bei Gott kein Anlaß zur Resignation, sondern ein Ansporn für noch mehr Arbeit, für noch mehr Einsatz, für noch mehr Optimismus, den wir an den Tag legen.

Mit dem heutigen Bundesparteitag können wir sowohl die Entschlossenheit zur Erneuerung als auch unseren Optimismus für die Zukunft bekunden. Vor allem natürlich dadurch, daß wir dem vorgeschlagenen Bundesparteiobmann unser volles Vertrauen schenken. (Beifall.)

Und dieses Vertrauen, meine sehr geehrten Parteifreunde, sind wir ihm schuldig, dieses Vertrauen haben wir ihm entgegenzubringen. Was ihn nämlich in all den Jahren, da er in verantwortungsvoller Position tätig war, in erster Linie auszeichnete, war absolute und bedingungslose Loyalität, und zwar sowohl all seinen Kollegen gegenüber, der Partei gegenüber als auch gegenüber dem Bundesparteiobmann.

Obwohl selbst Bundesobmann einer Teilorganisation war für Alois Mock der Primat der Partei nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern stets verpflichtender Auftrag.

Die Entscheidung unseres Freundes Taus, nicht mehr für die Funktion des Bundesparteioobmannes zu kandidieren, war eine Entscheidung, die wir alle bedauert haben, die wir auch zu verhindern suchten, die wir aber letztlich zur Kenntnis nehmen müssen. Wir können für die Tätigkeit unseres Freundes Taus nur den herzlichen Dank zum Ausdruck bringen. (Beifall.)

In dieser sicherlich nicht leichten Situation hat sich Dr. Mock bereit gefunden, die Hauptverantwortung für die Österreichische Volkspartei von morgen zu übernehmen. Wir alle wissen, daß diese Bereitschaft für ihn persönlich mehr Bürde als Würde mit sich bringt.

Alois Mock wird Erfolg haben, wenn wir alle, meine lieben Freunde, wenn die Teilorganisationen, wenn die Landesorganisationen, wenn die Mandatare, die Funktionäre und Mitarbeiter, wenn wir uns nicht primär als kritische Beobachter der politischen Szenerie, sondern wenn wir uns alle als mitverantwortliche Akteure fühlen. Und Alois Mock wird Erfolg haben, wenn wir selbst - wir selbst! - alles tun, damit er auch erfolgreich sein kann.

Wenn wir dem designierten Bundesparteioobmann heute unsere Stimme, wenn wir ihm damit unser Vertrauen geben, dann sagen wir auch ja zu den politischen und zu den organisatorischen Vorschlägen, von deren Realisierung er seine Bereitschaft zur Kandidatur abhängig gemacht hat. Das bedeutet insbesondere, daß unser innerparteiliches Motto in Zukunft bedingungslos lauten muß: Gemeinsam arbeiten, gemeinsam kämpfen, gemeinsam gewinnen! Echte Freundschaft, echte Kameradschaft und Treue,

das sind zumindest ebenso wichtige Fakten wie organisatorische Änderungen, vor denen wir nunmehr stehen.

Ich möchte dem neuen Bundesparteiobmann noch vor seiner Wahl nicht nur als Repräsentant einer Landesorganisation, sondern auch als Angehöriger einer anderen Generation meiner vollen Unterstützung versichern. Und ich kann ihm versichern, daß ich auf alle, die auf meinen Rat hören, einwirken werde, dasselbe zu tun. (Beifall.)

Von Dr. Mock trennen mich persönlich zwar nur 15 Lebensjahre, aber vieles, was mir und so manchen anderen führenden Politikern unserer Partei noch persönliches Erleben war und daher bleibende Erinnerung ist, kennt jene Generation, die jetzt die volle Verantwortung tragen soll und muß, nur vom Hörensagen, kennt sie aus Geschichtsbüchern; bestenfalls sind es für sie Kindheitserinnerungen. Dadurch werden verständlicherweise auch wesentlich andere, neue Maßstäbe gesetzt. Ich sage das nicht als Vorwurf, ich sage das nicht aus Resignation oder aus nostalgischer Stimmung heraus, sondern ich sage dies, um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu bekunden.

Und so muß es auch in unserer Partei sein, daß in ihr alle ihren Platz und ihre Verantwortung finden, egal, welchem Berufsstand sie angehören, egal, aus welchem Bundesland sie kommen, und egal, welcher Altersgruppe sie zuzurechnen sind. Was uns alle eint und letztlich auch stark macht, ist die bedingungslose Überzeugung, daß die christlich-demokratische,

liberale und soziale Tradition unserer Partei auch der richtige Wegweiser für die Zukunft ist.

Hoher Bundesparteitag! Die Bundesparteileitung schlägt Ihnen vor, Dr. Alois Mock zum neuen Bundesparteiobmann zu wählen. Und auch ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Ich glaube nämlich fest daran, daß wir zusammen mit Dr. Mock erreichen werden, was wir uns alle wünschen und was Österreich braucht: eine starke Volkspartei, die unser Land wieder auf den richtigen österreichischen Weg führt. (Beifall.)

Vorsitzender G r a f : Ich danke dem Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich und schließe zu diesem Wahlvorschlag die Rednerliste. (Beifall.)

Ich bitte Sie, einige Bemerkungen vor dem Wahlgang machen zu dürfen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Wahl des Bundesparteiobmannes innerhalb einer laufenden Funktionsperiode stattfindet. Die Funktionsperiode begann am 19. ordentlichen Parteitag 1977 in Linz, wir wählen also heute einen neuen Parteiobmann für den Rest der Funktionsperiode, die im März 1980 endet.

Und nun zur Durchführung der Wahl. Ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit und um Verständnis. Die bauliche Ungunst dieser Halle wird uns vielleicht in Schwierigkeiten beim Einmarsch bringen.

Rechts von mir sehen Sie das Plakat "Wahlzellen". Meine Damen und Herren! Stimmzettel und Kuverts für die Wahl des Parteiobmannes werden Sie gegen Vorweis Ihrer Delegierten-

karte bei den Wahlkommissionen bekommen. Ich wiederhole noch einmal. Das Wahllokal befindet sich direkt hinter diesem Saal. Ich bitte Sie nochmals, den Ausgang rechts hinten, von mir gesehen, zu benützen. In dem dahinterliegenden Nebenraum befinden sich sechs Wahlzellen. Die Wahlzelle Nummer 1 ist für die Delegierten mit den Nummern 1 bis 100, die Zelle 2 für 101 bis 200, die Zelle 3 für 201 bis 300, die Zelle 4 für 301 bis 400, die Zelle 5 für 401 bis 500 und schließlich die Zelle 6 für 501 bis 600.

Noch ein bißchen Geduld. Ich ersuche zuerst die Mitglieder der Wahlkommission, sich zu ihren Plätzen zu begeben.

Ich werde nunmehr diesen Parteitag zur Durchführung der Wahlhandlung auf zirka 45 Minuten unterbrechen, und ich werde etwa zwischen 12 Uhr 15 und 12 Uhr 30, je nach Vorhandensein des Ergebnisses, die Sitzung wieder eröffnen. Bis dahin unterbreche ich den Parteitag.

Unterbrechung der Beratungen: 11 Uhr 30 Minuten
=====

Wiederaufnahme der Beratungen: 12 Uhr 25 Minuten

Vorsitzender G r a f : Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Das von der Wahlkommission ordnungsgemäß geprüfte Ergebnis liegt vor.

Ich darf das Stimmenergebnis bekanntgeben:

Stimmberechtigte Delegierte 596,

Zahl der abgegebenen Stimmen 509,

Zahl der gültigen Stimmen 507,

Zahl der ungültigen Stimmen 2,

Zahl der Stimmen für den Kandidaten Dr. Mock 496; das sind 97,5 Prozent. (Unter Hoch-Rufen und anhaltendem Beifall nimmt Dr. Alois Mock als erstes die Glückwünsche von Dr. Josef Taus entgegen.)

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole das Stimm-
ergebnis: 97,5 Prozent für Dr. Mock (Neuerlicher Beifall
und Hoch-Rufe).

Ich gratuliere namens der Wahlkommission und übergebe
den Vorsitz dem Landeshauptmann der Steiermark Dr. Niederl.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Friedrich N i e d e r l :
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich übernehme den Vor-
sitz und frage dich, lieber Dr. Alois Mock: Nimmst du die
Wahl an?

Dr. Alois M o c k : Ich nehme die Wahl an. (Langanhalten-
der Beifall und Bravo-Rufe für den neugewählten Bundespartei-
obmann. - Dr. Mock, Dr. Taus und Dr. Lanner präsentieren sich
den Delegierten und danken für die ihnen entgegengebrachten
Ovationen.)

Vorsitzender Dr. N i e d e r l : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Delegierten aber auch aller Mitglieder und Freunde der Österreichischen Volkspartei gratuliere ich dir, lieber Herr Dr. Alois Mock, zu dieser Wahl. Ich bitte dich als neugewählten Bundesparteiohmann dieser unserer Volkspartei, in der viele von uns ein ganzes Leben ihre politische Heimat gefunden haben, in bewährter Weise zu dienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anschließend wird über die Parteireform diskutiert. Sie soll in erster Linie in Zuwendung zum Menschen, und zwar zu jedem einzelnen, durchgesetzt werden. Grundsätze werden ausgesagt und diskutiert. Aber ich möchte unumwunden zugeben, das allein nützt nichts. Wir müssen im täglichen Leben, in der Parteiarbeit, und zwar nicht nur sozusagen im Generalstab, sondern auch im Zusammenleben der Basis, alles anwenden, dann werden wir Erfolg haben. Meine sehr verehrten Delegierten! Nicht nur sagen und reden, sondern auch darnach handeln wird unsere Maxime für die Zukunft sein. (Zustimmung.)

Liebe Delegierte, festigen wir unsere Gesinnungsgemeinschaft, stärken wir uns auf allen Ebenen! Reformieren wir so, daß die Wähler Österreichs sagen können: Nicht nur die Organisation, sondern auch die Amtsträger dieser Partei sind für uns wieder wählbar. Mit uns soll die Partei gestärkt und gefestigt werden.

Lieber Bundesparteiohmann, ich wünsche dir für die Zukunft Erfolg, Glück und Segen. Es lebe die Österreichische Volkspartei, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Bravo-Rufe und Beifall.)

Nun, lieber Bundesparteioobmann, darf ich dich bitten, hier heroben am Präsidiumstisch Platz zu nehmen. (Von lebhaftem Beifall begleitet, begibt sich Bundesparteioobmann Dr. Mock auf die Estrade, wo ihn die Präsidiumsmitglieder ebenfalls beglückwünschen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte den Bundesparteioobmann zum Wort.

Bundesparteioobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Ich möchte mich zuerst noch einmal sehr herzlich für euren großen Vertrauensbeweis - und es ist dies zuerst einmal ein Vertrauensvorschuß - bedanken.

Ich werde heute auch noch in meinem Schlußreferat auf die Arbeit von Dr. Josef Taus zu sprechen kommen. Ich möchte ihm aber bereits jetzt für die außergewöhnlich gute persönliche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, für seine Worte auf diesem Parteitag und für seine selbstverständliche Bereitschaft, mit uns in eine neue Zukunft zu gehen, sehr herzlich den Dank aussprechen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir eröffnen jetzt eine breite Diskussionsphase, die zur Straffung der organisatorischen Struktur unserer Partei führen soll. Ich möchte hier sehr klar Prioritäten festlegen.

Ich möchte betonen, daß die erste Aufgabe der Erneuerungsphase die Stärkung unserer Solidarität und Gesinnung ist. (Beifall.) Ohne einem starken Miteinander, ohne Gesinnung kann es keine erfolgreiche politische Bewegung geben .

Die zweite Aufgabe besteht in der Frage, was die Probleme und Sorgen unserer Mitmenschen sind und welche Lösungsvorschläge wir auf der Basis unserer Wertvorstellungen anzubieten haben. Hier benötigen wir auch eine engagierte Diskussion und Auseinandersetzung mit den Wertvorstellungen des Salzburger Programms.

Und dann, liebe Freunde, haben wir uns zu fragen, welche Organisationsform am besten einer Volkspartei entspricht, am wirksamsten ihren Zielsetzungen dient, die Grundsätze unserer politischen Bewegung widerspiegelt.

Nun sehr realistisch. Die Österreichische Volkspartei, in deren politischem Programm der persönliche Freiheitsraum, die persönliche Verantwortung, die innerparteiliche Demokratie, das Bemühen um das Vertrauen aller großen und kleinen sozialen Gruppen unseres Landes einen besonderen Stellenwert haben, wird immer so wie auch die Volksparteien anderer Länder im Gegensatz zu einer Klassenpartei eine innere Gliederung aufweisen müssen, die diesen Grundsätzen entspricht. Dies darf jedoch nicht als Vorwand dienen und, liebe Freunde, seien wir ehrlich, dies diene gelegentlich als Vorwand, eine komplizierte Struktur aufrechtzuerhalten, die dem Gruppenegoismus allzu oft Vorschub leistet, eine innerparteiliche Lagermentalität fördert, und das zu Lasten der Effizienz sowie der Glaubwürdigkeit der Gesamtpartei. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Ich sehe nicht in jedem Beharrungsvermögen persönliches oder gruppenmäßiges Machtstreben. Doch muß klar gesagt werden, daß die große Anzahl der sogenannten kleinen Funktionäre und Mitarbeiter, die aber tatsächlich

in einem hohen Ausmaß unsere Stärke bestimmen, eine Straffung der Gesamtorganisation ebenso wünschen wie die Angehörigen der jungen Generation, die sich neu bei uns engagieren. (Beifall.)

Es wird und kann nicht mehr darum gehen, so wie Dr. Taus heute schon gesagt hat, den Vorrang der Gesamtpartei neuerdings zu proklamieren, sondern wir müssen den Vorrang der Gesamtpartei in der Politik und in der Organisation in der alltäglichen Praxis sichtbar machen. Nicht an der Proklamation, sondern an der Praxis der kommenden Jahre wird das Ergebnis der Erneuerungsphase gemessen werden. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Zum Reformpaket, das der erweiterte Bundesparteivorstand bereits beschlossen hat und auch zur Diskussion stellt, nur einige Bemerkungen. Wenn darin vorgeschlagen wird, daß die Mitgliedschaft zuerst bei der Partei erworben wird, daß es einen direkten Parteibeitrag gibt, daß die politischen Entscheidungen ausschließlich der Partei vorbehalten sind, ist das für mich nur ein Ausgangspunkt, sind das Vorstellungen, die wir in der Diskussion werden verbessern und weiterentwickeln müssen. (Beifall.)

Ich werde mich daher in den kommenden Tagen direkt an jeden Gemeindeparteiobmann wenden und ihn ersuchen, die Meinung draußen, der Mitarbeiter, der direkt Engagierten, der Gemeindefunktionäre, der Kammerräte und Betriebsräte, in Erfahrung zu bringen und mich das Ergebnis, ohne jedes Sieb, direkt als Bundesparteioobmann wissen zu lassen. Hier wird gegen niemanden Stimmung gemacht, aber ich will sehr klar sagen: Ich möchte die Reform mit jenen machen, die draußen

direkt an der politischen Front stehen. (Hoch-Rufe und Beifall.) Liebe Freunde, ich brauche dazu alle! Vor allem brauche ich dazu die Engagierten und die Kritischen innerhalb und außerhalb der Partei. (Neuerlicher Beifall.)

Vielleicht noch einen kurzen Rückblick. Eine große Partei und eine starke politische Bewegung soll auch aus der Geschichte schöpfen, und wir sollen uns zu unserer Geschichte bekennen.

Am ersten Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1947 stellte der Organisationsreferent der Partei, Staatssekretär Ferdinand Graf, in seinem Bericht fest, daß die rasche Ansetzung der Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für den 25. November¹⁹⁴⁵/für die Österreichische Volkspartei möglich war, ging sicher darauf zurück, weil die damaligen Bünde, die älter als die Partei waren, ihren Apparat zur Verfügung stellten. Graf betonte aber, daß das Wahlergebnis, wo die Österreichische Volkspartei zum ersten Mal die absolute Mehrheit erhielt, ein Triumph des Einheitsgedankens der Volkspartei war.

Wir müssen so arbeiten und müssen wissen, daß jede Wahl nur dann gewonnen werden kann, wenn wir darauf abstellen, daß es wieder ein Triumph des Einheitsgedankens der Volkspartei ist. (Beifall.)

Dann - liebe Freunde, fuhr Graf fort; das war am ersten Bundesparteitag im Jahre 1947 und deckte die vorhergehenden zwei Jahre ab - begann innerhalb der Bünde ein Prozeß der Verselbständigung.

Und er stellte abschließend fest: Was die Partei nicht ertragen könnte, wäre die Selbständigkeit der Bünde auch in politischen Fragen.

Kehren wir zurück zu den Quellen unserer Partei.

(Beifall.)

Die Straffung der Struktur unserer Partei muß zum Beispiel auch zu einer Reduzierung des innerparteilichen Sitzungswesens, und zwar auf allen Ebenen, führen. (Zustimmung.)
Liebe Freunde! Was wir brauchen ist weniger Zeit für Sitzungen, aber mehr Zeit für die Menschen draußen in Stadt und Land.
(Hoch-Rufe und Beifall.)

Die Meinungsbildung soll in einer demokratischen Partei sehr wohl auch eine Diskussionsphase umfassen. Ich habe mich in den letzten Wochen in den innerparteilichen Organen vehement dafür eingesetzt, daß wir nach dem 6. Mai den nächsten Parteitag erst in einigen Monaten machen oder, nachdem wir ihn jetzt rasch machen mußten, nächstes Jahr einen zweiten haben, um uns in dieser Frage ausgiebig engagieren zu können und um die Tatsache, daß wir mit den Menschen draußen an der politischen Front reden wollen, nicht nur als Absichtserklärung im Raum stehen zu lassen. Nur, liebe Freunde: Wenn einmal nach einer innerparteilichen Diskussion demokratisch entschieden ist, verlangt es eine demokratische Disziplin, daß wir die Entscheidungen miteinander tragen und glaubwürdig vertreten.
(Beifall.)

Sehen wir uns doch die Realität an! Nur einige Beispiele aus dem praktischen Leben: Viele Landwirte arbeiten heute nicht mehr nur am Bauernhof; seit zwei, seit fünf, seit zehn Jahren

gehen sie in die Fabrik, sind sie eingebunden in die techn-isch-industrielle Welt. Wie lange bleibt er noch Bauer? Ab wann ist er als Arbeitnehmer zu betrachten? Viele Arbeitnehmer vermieten Zimmer in ihren Eigenheimen an Touristen nicht nur ein Monat, sondern haben eine Saison im Winter, haben eine Saison im Sommer, sind unternehmerisch tätig. Wo sind die einzuordnen? Wir müssen diese Strukturänderungen in der Partei dadurch beachten, daß wir das ständische Moment zurückdrängen und das politisch Prägende, Gemeinsame in den Vordergrund stellen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Eine Volkspartei muß in sich, in ihrer Struktur und in der Behandlung politischer Probleme konsequent das mitvollziehen, was sich draußen im Volk an Änderungen entwickelt, und sie muß sehr oft auch vorangehen und führen. Sonst kann sie nicht Anspruch erheben, als Volkspartei betrachtet zu werden. (Beifall.)

Und damit hier kein Mißverständnis entsteht: Die Frage der Diskussion und Erneuerung entbindet uns, liebe Freunde, und das ist eine Bitte an alle wichtigen politischen Funktionen, in keiner Weise von unserer Aufgabe, als demokratische Opposition die Mängel sozialistischer Regierungspolitik aufzuzeigen, überall dort aufzutreten, wo Bürger und verschiedene soziale Gruppen von der Politik der sozialistischen Alleinregierung ideell oder materiell belastet oder benachteiligt werden, wo ihr Freiheitsraum eingeengt oder soziale Gerechtigkeit durch Steuerpolitik oder andere Maßnahmen verletzt werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist wesentlicher Teil unseres demokratischen Systems. Wir dürfen sie an keinem Tag in den nächsten Monaten vernachlässigen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Es wird sehr oft eine kritische und eine gegensätzliche Diskussion sein, aber ich möchte hier sehr offen eines sagen: Wenn jemand Wert darauf legt, daß sein Bekenntnis zu dieser großen politischen Partei, zu unserem Salzburger Programm ernst genommen wird, dann muß er auch bereit sein, die Struktur der Partei den gemeinsamen politischen Zielen unterzuordnen und diszipliniert die demokratischen Beschlüsse des nächsten Parteitages zu akzeptieren. (Anhaltender Beifall.)

5. Diskussion zur Parteireform

Vorsitzender Dr. N i e d e r l : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen nun zu Punkt 5 der Tagesordnung: Diskussion zur Parteireform.

Mit den Worten des neugewählten Bundesparteiobermannes Dr. Mock war der offizielle Start zur Diskussion über Parteierneuerung gegeben. Bei dieser Gelegenheit sollen möglichst viele der Delegierten und Gäste zu Wort kommen. Es liegt daher die Anregung vor, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken. (Beifall.)

Wir wollen dies aber nicht autoritär verfügen, sondern darüber abstimmen lassen. Ich stelle daher den Antrag, die Redezeit mit fünf Minuten zu begrenzen. Wünscht jemand dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wer also damit einverstanden ist, den bitte ich, mit der Delegiertenkarte ein Zeichen zu geben. - Gegenprobe? - Vier Gegenstimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie, Ihre Wortmeldungen hier am Sekretariatstisch abzugeben. Formulare liegen in Ihren Tagungsmappen.

Als erster hat sich zu Wort gemeldet Herr Landeshauptmann Kessler.

Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler : Herr Bundesparteiobermann! Hoher Parteitag! Der Bundesparteivorstand der Volkspartei hat über Antrag von Bundesparteiobermann Dr. Taus unmittelbar nach der für die ÖVP so enttäuschend verlaufenen Nationalratswahl vom 6. Mai die Einsetzung einer Reformkommission, der sogenannten 17er-Kommission, beschlossen. Ihr wurde die Aufgabe zugedacht, Vorschläge für eine Reform der ÖVP zu erarbeiten. Ich glaube, das ist richtig und für unsere Gesinnungsgemeinschaft wertvoll, wenn außerhalb der unmittelbaren Parteiarbeit stehende Persönlichkeiten, die in der Wissenschaft oder im Medienbereich tätig sind oder Funktionen in gemeinschaftsbildenden Einrichtungen ausüben, an der Reform mitarbeiten.

Als Vorsitzender dieser 17er-Kommission habe ich heute dem Hohen Bundesparteitag über die bisherige Arbeit des Gremiums zu berichten und ich bitte um Verständnis dafür, daß das nicht innerhalb der Fünf-Minuten-Begrenzung möglich sein wird. Ich bitte hier um etwas Toleranz.

In der 17er-Kommission sind folgende Damen und Herren tätig: Dr. Rudolf Bretschneider, Dr. Hubert Feichtlbauer, Dr. Erich Frösch, RA Dr. Michael Graff, Othmar Karas, Dir. Eduard Ploier, Univ.-Doz. Dr. Bernhard Raschauer, Univ.-Doz. Dr. Bernd Schilcher, Red. Jens Tschebull, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan, Univ.-Ass. Dr. Fritz Windhager, Univ.-Ass. Dr. Barbara Wicha und als Schriftführer Dr. Ernst Streeruwitz.

Die Kommission, meine Damen und Herren, hat in bisher vier mehrstündigen Sitzungen getagt und ein Papier mit dem

Titel "Zur Reform der Organisation" erarbeitet, das den Delegierten des heutigen Parteitages vorliegt. Es soll nunmehr allen Mitgliedern der Partei für eine breite, offene Diskussion zur Verfügung stehen. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren Delegierten, da Sie das erarbeitete Papier vollinhaltlich zur Verfügung haben, nur mit einigen wesentlichen Vorschlägen kurz konfrontieren.

Die Unterlage gliedert sich in zwei Teile. Teil 1 ist eine Analyse der bestehenden Organisation, Teil 2 enthält verschiedene Reformvorschläge. Es liegt naturgemäß in der Aufgabe dieser Kommission, daß sie nicht die vielen positiven Aspekte, die es zu berichten gäbe, sondern die negativen unserer Organisation in den Vordergrund stellt. Es gäbe sicher auch viel Positives, grundsätzlich Positives, zu sagen.

In der Einleitung dieser Analyse wird festgestellt, daß das Erscheinungsbild der Österreichischen Volkspartei seit 1970 ständig an Konturen verliert. Entscheidende politische Signale werden nicht mehr hinreichend mit der ÖVP in Verbindung gebracht, etwa die Begriffe sozial, modern, grundsatztreu, wirksam, offen, menschlich vor allem auch.

Die Teilorganisationen, und das stelle ich hier ausdrücklich unter Betonung, sind nach Meinung der Kommission die entscheidenden nicht-personalen Imagefaktoren der ÖVP. Als Strukturelementen der Partei kommt den Bündnen, gemeint sind damit die ursprünglichen Teilorganisationen Arbeiter- und Angestelltenbund, Bauernbund und Wirtschaftsbund, entscheidende positive Bedeutung zu. Ihre Auflösung wäre deshalb

verfehlt, weil mit ihr die Basis der Partei geschmälert würde, statt sie, wie dringend nötig, zu verbreitern. Die stärkere inhaltliche und strukturelle Einbindung der Bünde an die Gesamtpartei ist jedoch unerlässlich.

Die politisch weitgehend autonome Stellung der Teilorganisationen fördert leider oft das Bild konkurrenzierender Gruppen innerhalb der Partei. Die innerparteiliche Konkurrenz überwiegt häufig den Konflikt mit dem politischen Gegner. Damit sinkt der wichtige politische Signalwert der Wirksamkeit.

Der bündische Proporz bei den Postenbesetzungen ist oft eine Belastung für eine positive Personalauslese. Er schafft oft Spannungen und Konfliktsituationen.

Falsch verstandener Parteiidealismus, den die 17er-Kommission eher als kurzsichtigen Länderegoismus denn als Ausdruck des Subsidiaritätsprinzips sieht, bestärkt das Bild mangelnder Personalauslese.

Meine Damen und Herren! Nicht immer werden nach Wien die besten Kandidaten entsandt, wenn wirehrlich sind. Landesparteiorganisationen identifizieren sich allzuoft nicht voll mit der Bundes-ÖVP. Nicht wenige ÖVP-Bürgermeister entwickeln den Ehrgeiz, über den Parteien zu stehen.

Das organisatorische Übergewicht der Teilorganisationen trägt zu einer Entpolitisierung in der Argumentation der Funktionäre bei, weil diese manchmal weniger an politischer Außenwirkung als an persönlicher Innenwirkung interessiert sind. Die derzeitige Organisationsstruktur hemmt in manchem durch die nötige innerparteiliche Konsenssuche die politische Entscheidungsfähigkeit.

Die fast ausschließlich regionale und lokale Gliederung der ÖVP entspricht nicht mehr dem Strukturwandel der Gesellschaft. Auf Grund des hohen Anteils an Unselbständigen haben Ortsgruppen gegenüber Betriebsgruppen einen erheblichen Startnachteil, weil man Arbeitnehmererfahrungsgemäß am besten am Arbeitsplatz politisch ansprechen kann. Betriebsgruppen in verstärktem Maß sind daher das Gebot der Stunde.

Eine entscheidende Schwäche der Partei ist ihre vielfach distanzierte Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung. Dadurch ist dieses überaus wichtige Organisationsinstrument der Massengesellschaft sehr stark von der SPÖ dominiert, die beide wichtige Hebel der Arbeitnehmervertretung in der Hand hält, nämlich den Österreichischen Gewerkschaftsbund und die Betriebsorganisation.

Die Frauen, meine Damen und Herren Delegierten, sind in den Teilorganisationen der ÖVP noch immer unterrepräsentiert. (Beifall bei der ÖFB.) Die Aktivitäten der Frauenbewegung, der Jungen ÖVP und des Seniorenbundes sind großteils zuwenig politisch motiviert.

Die derzeitigen Bereichssprecher der ÖVP leiden als Imagefaktoren in ihrer Wirksamkeit und Überzeugungskraft sowohl an der bündischen Herkunft, was eine Reduktion der Themen auf bündische Interessengebiete zur Folge hat, als auch am starren Schema der sogenannten Schattenminister. Themen, welche die Ministerorganisation nicht zuläßt, werden von den Schattenministern nicht aufgegriffen.

Die Kommunikation der ÖVP nach innen und außen entspricht zuwenig den Grundsätzen politischer Werbung.

Die Parteizentrale wirkt manchmal wenig organisiert und öfters zuwenig koordiniert. Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Zentrale und Landesparteien sind teilweise nicht zufriedenstellend.

Aus dieser Analyse, meine Damen und Herren Delegierten, macht die 17er-Kommission folgende Vorschläge:

Zum Vorrang der Gesamtpartei vor den Teilorganisationen:

Ziel der Organisationsreform soll eine Partei sein, die einheitlich, selbstbewußt und entschlossen auftritt, die wieder Volkspartei in dem Sinn wird, daß sie die Interessen möglichst aller Bevölkerungsschichten vertritt, die die Mitglieder zur Teilnahme an der innerparteilichen Willensbildung aktiviert und die die zentralen politischen Signalwerte besetzt. Es kommt deshalb der direkten Mitgliedschaft in der Volkspartei künftig große Bedeutung zu. Über alle ÖVP-Mitglieder soll die Bundespartei eine zentrale EDV-Evidenz einrichten. Der Mitgliedsbeitrag für die Gesamtpartei ist von dem für die Teilorganisationen zu trennen. Die Parteifunktionäre sind auf allen Organisationsebenen durch die entsprechenden Gremien der Gesamtpartei zu wählen. Dabei hat der bündische Proporz zu entfallen. (Beifall.)

Bei der Kandidatennominierung hat in erster Linie die Eignung zu entscheiden. (Beifall.)

Neben die nach zentralen Notwendigkeiten aufgestellten Kandidaten sollen die qualifiziertesten Persönlichkeiten in ausgewogener Berücksichtigung der anzusprechenden Wählergruppen treten.

Da Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens unterrepräsentiert sind, müssen sie als Mitarbeiterinnen, Funktionäre und Kandidaten für die gesamte Parteiorganisation in viel stärkerem Ausmaß gewonnen werden. (Beifall.)

Alle Organisationen der Gesamtpartei sind möglichst bald in einem gemeinsamen Haus in Wien unterzubringen. Auf Landesebene sind ähnliche Lösungen anzustreben.

Sämtliche Teilorganisationen der Partei sind verpflichtet, ihrer spezifischen Bezeichnung den Begriff "Österreichische Volkspartei" voranzustellen und ein einheitliches Signet zu verwenden. (Beifall.)

Zum Abschnitt II, Stärkung der Effizienz der ÖVP, möchte ich folgendes herausgreifen: Bei der Kandidatenaufstellung für den Nationalrat und den Landtag ist ein Bundespräzipuum und ein Landespräzipuum vorzusehen. Eine stärkere Personalisierung des Wahlrechtes in Österreich sollte angestrebt werden.

Bei der Kandidatenaufstellung ist auf allen Ebenen die Sachkompetenz, die politische Glaubwürdigkeit, das Ansehen in der Öffentlichkeit und die Artikulationsfähigkeit zu beachten. Im Einzelfall ist zu überprüfen, ob die Kandidatur der Spitzen-

vertreter von Gruppeninteressen auch im Interesse der Gesamtpartei liegt. Demokratische Aussprache über solche Abwägungen muß jedenfalls in den zuständigen politischen Gremien möglich sein.

Die Mandatare der ÖVP sind zu verpflichten, über ihre Kontakte mit der Bevölkerung regelmäßige Leistungsnachweise zu erbringen. (Beifall.)

Die Frage der Ämterkumulierung und Verbindung privater Geschäfte mit öffentlichen Funktionen ist einer strengen Kontrolle zu unterwerfen.

Die Errichtung und der Ausbau von Betriebsorganisationen auf Ortsebene muß mindestens so ernst genommen werden wie das Funktionieren der Ortsparteileitungen. (Beifall.)

Auf Orts- und Bezirksebene soll es keine bündischen, sondern nur Parteisekretariate geben, in deren Rahmen auch für die Mitgliederbetreuung nach Berufsinteressen vorzusorgen ist.

In allen politischen Gremien und Interessenvertretungen muß es eine einheitliche Kandidatur als Österreichische Volkspartei geben. Zwischen der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und dem ÖAAB ist eine schrittweise Integration anzustreben. (Beifall.)

Die Organisationsstruktur der Parteiverwaltung muß noch stärker nach den Grundsätzen des modernen Managements erfolgen, mit Arbeitsplatz- und Tätigkeitsbeschreibungen zu einer Kosten-Nutzen-Analyse in den Parteidienststellen.

Zum Abschnitt III, Engagement in Betrieb und Gewerkschaft, ist folgendes zu sagen:

Österreichweite Mitgliederwerbung für die Fraktion Christlicher Gewerkschafter mit dem späteren Ziel einer starken Volksparteifraktion im Österreichischen Gewerkschaftsbund. (Beifall.)

Erfassung aller Betriebe ohne Betriebsräte und Verhandlungen mit den Betriebsführern über die Gründung von Betriebsgruppen. (Beifall.)

Gemeinsame Seminare für Betriebsräte, Unternehmer und leitende Angestellte zur Förderung der Partnerschaft.

Und schließlich zu Abschnitt IV, Reform des politischen Büros und der Bereichsprecher.

Das politische Büro der Bundesparteileitung muß personell erweitert werden. Ihm müssen auf Landes- und Bezirksebene ebensolche Büros beziehungsweise politische Referenten entsprechen.

Zwischen dem politischen Büro der Bundesparteileitung und den politischen Büros der Landesparteileitungen sind regelmäßige Kontakte zu pflegen.

Den Bereichsprechern sollen Experten und Kontaktpersonen zur Seite stehen, die mit weniger Rücksicht auf Parteizugehörigkeit auszuwählen sind. Die Bereichsprecher sind über das politische Büro direkt dem Bundesparteivorstand verantwortlich und stehen mit diesem in direktem Kontakt.

Meine lieben Gesinnungsfreunde! Die 17er Kommission empfiehlt, alle diese genannten und im Reformpapier enthaltenen

Vorschläge einer umfassenden Diskussion auf allen Parteiebenen zu unterziehen. Ein auf den Diskussionsergebnissen gründendes Reformpapier soll im Spätwinter oder Frühjahr 1980 sämtlichen Parteimitgliedern für eine Urabstimmung zugeleitet werden, wobei Durchführung, Inhalt und Umfang dieser Urabstimmung Sache der zuständigen Gremien der Partei sein sollte.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist dem ordentlichen Bundesparteitag im Frühjahr 1980 zur Kenntnis zu bringen.

Hoher Bundesparteitag! Die 17er Kommission hat sich in ihrer bisherigen Arbeit nicht nur mit Struktur- und Organisationsfragen, sondern auch mit Grundsatzproblemen befaßt. Sie wird im Herbst dieses Jahres ein eigenes Grundsatzpapier auf der Grundlage des Salzburger Programms der Österreichischen Volkspartei in die Reformdiskussion einbringen. Es wird vom Leitgedanken ausgehen, daß die Einheit der Österreichischen Volkspartei als große soziale Integrationspartei unverzichtbar ist. Das verlangt aber die konsequente Verwirklichung des Prinzips der Solidarität.

Anschließend habe ich Ursache, den Damen und Herren Mitgliedern der 17er Kommission, die für die bisherige Arbeit ihre Erfahrung eingebracht und viel Zeit geopfert haben, herzlich zu danken. (Beifall.)

Und nun, meine Damen und Herren, auch auf die Gefahr hin, daß ich etwas lang werde, bitte ich Sie um Verständnis dafür, wenn ich als Obmann der Vorarlberger Volkspartei und, wenn Sie wollen, als einfaches Mitglied unserer Gesinnungsgemeinschaft einige Bemerkungen anschließe.

Die Vorarlberger Partei konnte als einzige Landesorganisation bei der Nationalratswahl am 6. Mai erfreuliche Gewinne erzielen. Dieser Vertrauensbeweis der Vorarlberger Wähler hat bei der Arbeiterkammerwahl am 10. und 11. Juni mit unserem Spitzenkandidaten Bertram Jäger eine großartige, in diesem Ausmaß unerwartete Fortsetzung gefunden. (Beifall.)

Die Vorarlberger Volkspartei ist zahlenmäßig eine kleine Organisation. Ich glaube aber, nicht unbescheiden zu sein, wenn ich sage, daß ihr aufgrund der Erfolge der letzten Jahre - ich darf etwa erinnern an das Abschneiden bei der Nationalratswahl 1975 und bei der Landtagswahl 1974 - vielleicht etwas mehr Mitsprache- und Vorschlagsrecht zustehen kann, als der zahlenmäßigen Stärke entspricht. Denn, meine Parteifreunde, letztlich entscheidend ist nicht die Größe und Zahl, sondern der politische Erfolg.

Wenn Sie mich, meine Damen und Herren Delegierten, nach den Gründen dieser Entwicklung im westlichsten Bundesland fragen, dann möchte ich gerade am heutigen Tag folgendes antworten: Ich glaube, daß real denkende Wähler, die eine leistungsstarke, risikofreudige Wirtschaft hinter sich haben, offensichtlich zeitgerecht erkannten, daß die sich so bürgerlich gebende, von einem vermeintlich so liberal denkenden Parteiobmann geführte Sozialistische Partei im Grund genommen eine nach wie vor marxistisch orientierte Partei ist, eine Partei, die in ihrem Grundsatzdenken und Grundsatzhandeln das Kollektiv vor die Einzelpersonlichkeit, den Staat vor die Familie, die Staats-

wirtschaft vor den freien Unternehmer stellt und die die Wertneutralität als Maxime ihres politischen Handelns sieht: Wertneutralität zur Ehe, Wertneutralität zur Familie, zur Erziehung, zu all dem, was über das rein Materielle in unserer Gemeinschaft hinausgeht.

In unserem kleinen Bundesland, in dem Gott sei Dank auch heute noch offensichtlich in breiten Bevölkerungsschichten die Familie als Keimzelle der Gesellschaft erkannt und in dem eine leistungsstarke, risikofreudige und konkurrenzfähige Wirtschaft als Voraussetzung für eine gezielte und wirksame Sozialpolitik betrachtet wird, haben offensichtlich zahlreiche Wähler die Alternative zwischen ÖVP und SPÖ erkannt.

Meine Gesinnungsfreunde! Woran wir heute gemeinsam kranken, ist der Umstand, daß es uns bisher viel zuwenig gelungen ist, die grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Unterschiede zwischen unserem Programm und dem der Sozialisten aufzuzeigen und diese Unterschiede in die tägliche Praxis zu übersetzen. (Beifall.)

Und wenn Sie fragen, weshalb es nicht gelungen ist: Weil wir offensichtlich viel zuwenig bereit sind, unseren eigenen Mitarbeitern vor allem auf der mittleren und unteren Ebene, an der Basis, die programmatischen Zielsetzungen der Sozialisten und unsere so taugliche und gute programmatische Alternative mit dem Salzburger Programm klarzumachen.

Und vor allem auch, weil wir offensichtlich viel zuwenig bemüht oder bisher in der Lage waren, in der praktischen Tages-

politik, also möglichst lebens- und praxisbezogen, unseren Wählern den fundamentalen Unterschied zwischen christdemokratischer und sozialistischer Gesellschaftspolitik aufzuzeigen.

Es war und ist nach wie vor die Stärke des sozialistischen Parteiobmanns und Bundeskanzlers, nach außen den Eindruck der Liberalität und politischen Toleranz zu erwecken und nach innen sehr konsequent Stück um Stück sozialistischer Gesellschaftspolitik zu verwirklichen, in der Sozial-, in der Wirtschafts-, in der Schul- und in der Kulturpolitik in gleicher Weise.

Meine Gesinnungsfreunde! Sprechen wir es doch öfter aus: Wir haben ein hervorragendes Grundsatzfundament mit dem Salzburger Programm. Was uns not tut und woran wir immer wieder kranken, ist der Umstand, daß wir es nicht verstehen, es leicht verständlich und praxisbezogen unter die Leute zu bringen. (Beifall.)

Und noch etwas: Was wir in der Zukunft vor allem brauchen - das ist heute schon wiederholt gesagt worden -, ist mehr Solidarität auf allen Ebenen, mehr Solidarität der Mandatare untereinander, mehr Solidarität aller Parteimitglieder. Wir haben Ursache, glaube ich, hier noch ein wenig Gewissensforschung zu betreiben. Weniger unkontrolliertes, oft zeitlich unkoordiniertes Reden verantwortlicher Mandatare nach außen und mehr Koordination nach innen! (Zustimmung.)

Ich möchte schließen, meine Damen und Herren Delegierten, mit dem Bekenntnis, daß wir aus dieser nun anlaufenden breit-gefächerten Diskussion die notwendigen Konsequenzen ziehen und daß wir bis zum Parteitag im Frühjahr 1980 die Weichen für eine künftige Parteiorganisation und für eine grundsatzorientierte politische Arbeit stellen, die uns die taugliche Basis für ein erfolgreiches Arbeiten in den kommenden Jahren bietet im Interesse unserer Gesinnungsgemeinschaft, der immer noch so starken, unbezwingbaren Österreichischen Volkspartei, und damit zum Wohl der Bürger unseres gemeinsamen Vaterlandes. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. N i e d e r l : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke dem Landeshauptmann Kessler für seine Ausführungen.

Die nächste Wortmeldung ist von Generalsekretär Sixtus Lanner. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Vorsitzender der Antragsprüfungskommission General-
sekretär Dr. Sixtus L a n n e r (BPL): Hoher Bundespartei-
tag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zunächst
einen formellen Bericht zu erstatten. Als Vorsitzender der
Antragskommission möchte ich berichten, daß dem 21. a.o.
Parteitag ein Antrag der Jungen Volkspartei mit dem Gegen-
stand Urabstimmung sowie Vorschläge zur Parteireform vor-
liegen. Die Unterlagen bzw. den Antrag finden Sie in den
Delegiertenmappen.

Die Antragskommission empfiehlt und stellt daher den
Antrag - das ist sehr wichtig für den weiteren Verlauf
unserer heutigen Diskussion und für die weitere Verwendung der
Anregungen und Vorschläge, die hier gemacht werden -, alle
Vorschläge und Materialien zur Parteireform der Bundespartei-
leitung zur weiteren Behandlung zu übermitteln und diese
aufzufordern, am nächsten Parteitag, also dem ordentlichen
Parteitag 1980, in entsprechender Weise über das Ergebnis
der Parteireformdiskussion zu berichten.

Hinsichtlich des ordnungsgemäß eingebrachten Antrages
der Jungen Volkspartei zur Urabstimmung stellt die Antrags-
kommission fest: Der Antragsteller wird ersucht, den Teil
"Das Ergebnis dieser Urabstimmung ist für den nächsten
Bundesparteitag bindend" zurückzuziehen, da ein solcher
Beschluß ohne vorangehende Statutenänderung nicht möglich ist.
Nach dem gegenwärtigen Statut ist das höchste beschlußfassende
Organ der Partei der Parteitag. Daher kann kein kommender
Parteitag durch andere Organe an Beschlüsse gebunden werden.
Wir haben die Junge Volkspartei von diesem Formfehler informiert.

In der Zwischenzeit ist mir ein entsprechendes Schreiben zugegangen, in dem die Junge Volkspartei den Antrag hinsichtlich des Abschnittes "Das Ergebnis dieser Urabstimmung ist für den nächsten Bundesparteitag bindend" zurückzieht. Damit steht einer Abstimmung über diesen Antrag am heutigen Parteitag nichts im Wege. Es ist also nach dem Statut und nach den eingehaltenen Regeln - der Antrag ist zeitlich ordnungsgemäß eingebracht worden - notwendig, daß wir mit einem Ja oder mit einem Nein noch am heutigen Tag zur Urabstimmung im Wege einer Abstimmung Stellung beziehen. Soweit mein formeller Bericht als Vorsitzender der Antragskommission.

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige sehr kurze persönliche Bemerkungen. Wir alle wissen, daß die Zeit, die auf uns zukommt, nicht leicht sein wird. Und bei allem Willen zu einer offenen Diskussion sollen wir eines nicht vergessen: Wir dürfen die Einheit der Partei nicht in Frage stellen und wir müssen diese Einheit durch mehr Solidarität nach außen zeigen. (Beifall.)

Ich bitte um euer Vertrauen für die Arbeit, die vor uns liegt, und ich meine das im buchstäblichen Sinn. Wir müssen in der Partei einander vertrauen können, wir müssen uns aufeinander verlassen können.

An diese Bitte knüpfe ich eine Bemerkung: Vertrauen und Vertraulichkeit haben die gleiche Wurzel - nicht nur im sprachlichen Sinn. Ich weiß, daß eine große Partei keine Rekrutenschule ist, der man Sprechverbot auferlegen kann. Das will auch niemand! Und ich weiß vor allem, daß sich die

Erneuerung unserer Partei in aller Öffentlichkeit, weithin sichtbar, vollziehen muß.

Diese Erneuerung kann aber kein Geschwindigkeitswettbewerb und keine Sympathiekonkurrenz sein. Kein Geschwindigkeitswettbewerb unter dem Motto: "Wem gelingt es am schnellsten, an die Öffentlichkeit zu bringen, wer was wann über wen gesagt hat". Ich glaube nicht, daß das ein guter Weg für diese Partei wäre. (Zustimmung.) Diese Erneuerung kann auch keine Sympathiekonkurrenz unter dem Motto sein "Wem gelingt es am besten, die öffentliche Meinung für die Vertretung seiner persönlichen Ansichten zu mobilisieren". Auch das kann im Interesse der gemeinsamen Sache nicht der richtige Weg sein.

Daher meine Bitte um Vertrauen und Offenheit, Ehrlichkeit und Hintanstellung persönlicher Interessen, wenn es um die gemeinsame Sache, wenn es um unsere Volkspartei geht. Das ist, meine lieben Freunde, nicht nur eine Frage der Disziplin, das ist in erster Linie eine Frage der Kameradschaft. Und darum bitte ich Sie! (Beifall.)

Noch ein Wort zur künftigen Arbeit, zur dreifachen Verpflichtung, die uns der Namen "Volkspartei" auferlegt.

Volkspartei: Das bedeutet eine große Vergangenheit, zu der wir uns bekennen sollen. Wir sollen den Mut haben, uns einzugestehen, daß wir eine erschreckend geschichtslose Partei geworden sind. Wir müssen endlich einmal uns selbst und wir müssen endlich einmal der Öffentlichkeit sagen, daß diese Österreichische Volkspartei es war, unter deren Führung dieses Land aus Trümmern wiederaufgebaut wurde. Auch das gehört zu

einer festen Partei, daß sie sich zu ihrer Geschichte bekennt. Daß unsere Männer es waren, ein Leopold Figl und ein Julius Raab, die diesem Land die Freiheit gebracht haben. Und daß von uns und von jenen, die vor uns waren, die Grundlage des heutigen Wohlstands und der heutigen Freiheit geschaffen wurden.

Volkspartei: Das bedeutet die Verpflichtung, Partei des ganzen Volkes zu sein. Gerade diese Verpflichtung hat seinerzeit einmal unsere Partei groß und stark gemacht und ihr Profil gegeben. Wir dürfen uns nicht nur um die traditionellen Gruppen in unseren Reihen und nur um sie kümmern, so wichtig diese traditionellen Gruppen auch sind. Ich möchte mich dazu bekennen. Wir müssen uns aber mehr als bisher um die Künstler und die Akademiker annehmen, um die Pendler und die Neben-erwerbslandwirte, um die Familien und die einsamen Menschen in unserem Lande. Und wir müssen den Frauen die gleichen Chancen geben in Beruf, Gesellschaft und Politik. (Beifall.) Wir werden, meine lieben Freunde, nicht für jede einzelne dieser Gruppen eine eigene Organisation gründen. Aber wir werden ihnen die Gewißheit geben müssen, daß die Volkspartei ihre Anliegen versteht und ihre Interessen vertritt. Wir müssen helfen und dienen statt herrschen und anschaffen.

Ein dritter Punkt, zu dem uns der Name "Volkspartei" verpflichtet, ist der, Partei des ganzen Volkes zu sein. Das bedeutet schließlich, eine mit dem Volk verbundene Partei zu sein. Ich weiß, daß wir im Zeitalter der Medien leben. Ich weiß, daß man in einer Fernsehminute mehr Menschen ansprechen kann als bei einer wochenlangen Wahlreise mit

Hunderterten von Versammlungen. Aber die Menschen wollen ihren Mandatar nicht nur "fern"-sehen, sondern auch "nah"-sehen. Sie wollen, daß er nicht nur zu ihnen spricht, sondern auch mit ihnen spricht. Diesen wichtigen Grundsatz sollten wir auch im Zeitalter der Medien nicht vergessen.

Ein letztes: Eine Partei, die mit dem Volk verbunden ist, muß auch die Sprache des Volkes sprechen. Als Leopold Figl im Jahre 1945 daran ging, dieses Land wiederaufzubauen, meinte er mit Recht, daß diese gigantische Aufgabe mit einer rein rationalen Motivation nicht zu lösen sei. Das hat er gemeint, Aber gesagt hat er es schlicht und einfach. Ich bitte euch - hat Leopold Figl gesagt -, glaubt an Österreich!

Beherzigen wir dieses Beispiel! Auch wir werden in den nächsten Wochen und Monaten viel diskutieren, theoretisieren, projektieren, optimieren und maximieren. Aber wenn wir dann mit unseren Überlegungen fertig sind, gehen wir hinaus zum Volk und sagen wir ihm in einfacher und klarer Sprache, was wir wollen und wie wir das, was wir wollen, auch erreichen können. In diesem Sinne verstehe ich unsere Arbeit für die Zukunft der Volkspartei. (Beifall.)

Ich habe euch um euer Vertrauen gebeten. Ich habe uns alle an unsere Verpflichtung erinnert. Glauben wir - und erinnern wir uns hier an das Wort Leopold Figls - an die Österreichische Volkspartei, stehen wir fest zusammen, arbeiten wir gemeinsam für eine bessere Zukunft und denken wir immer daran, daß wir Erfolge nur gemeinsam erzielen können! "Miteinander" ist das Motto dieses Parteitages. "Miteinander" soll das Motto für unsere Arbeit sein! (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Josef R a t z e n b ö c k :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt von Landeshauptmann Niederl den Vorsitz übernommen. Damit Sie mit dem Rituale des Vorsitzwechsels vertraut sind: Jede dreiviertel Stunde übernimmt ein anderer Landesparteiobmann den Vorsitz. Ich bin also Ihr Vorsitzender bis 14 Uhr.

Ich bedanke mich bei unserem Freund Lanner und möchte in Erinnerung rufen, daß wir heute schon einen Beschluß gefaßt haben: die Redezeit in der Dauer von fünf Minuten möglichst nicht zu überschreiten. (Zustimmung.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das bringe ich jetzt aber nicht in Erinnerung, um sozusagen einen Tadel für die zwei Redner Kessler und Lanner auszusprechen, sondern um Verständnis bitte ich Sie für diese beiden Redner. Sie waren keine Diskussionsredner, sondern haben auftragsgemäß gesprochen. Kessler mußte berichten als Vorsitzender der 17er-Kommission, was denn die da ausgeheckt haben. Und das dauert eben ein bißchen länger; wir haben auch lange dazu gebraucht. Lanner war Vorsitzender der Antragskommission. Die beiden stellen wir, wenn Sie damit einverstanden sind, außerhalb des Beschlusses und nehmen uns jetzt vor, in Zukunft die 5-Minuten-Grenze einzuhalten. Wer kürzer spricht, bekommt Applaus. (Beifall.) Wer länger spricht, sieht es am Blau-Licht.

Als nächsten Redner bitte ich unseren Obmann des Seniorenbundes Dr. Withalm zu Wort.

Obmann des Seniorenbundes Dr. Hermann W i t h a l m (BPL)

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Im Auf und Ab meines politischen Lebens habe ich einen Satz immer wieder als richtig bestätigt gefunden, und dieser Satz lautet: Man weiß nie, wofür etwas gut ist!

Ich gebe allerdings ganz offen und ehrlich zu, daß mir der Gedanke an diesen Satz am Abend des 6. Mai 1979 und auch noch für einige Zeit nachher nicht gekommen ist, denn er war damals aus meinem Gedächtnis völlig verdrängt. Der Schock des Wahltages war einfach zu groß.

Die Ereignisse seither haben mich allerdings erst recht in meiner Überzeugung bestärkt und bestätigt, daß Niederlagen dann nicht als Unglück oder gar als Katastrophe betrachtet und aufgefaßt werden müssen, ja daß sie als solche gar nicht empfunden werden dürfen, meine Damen und Herren, wenn man sie als heilsame Lehre betrachtet und wenn vor allem die Bereitschaft besteht, aus ihnen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Genau zu diesem Zweck, nämlich aus der Niederlage zu lernen und aus ihr durch harte und umfassende Konsequenzen herauszufinden, sind wir heute hier zusammengekommen.

Wir wären allerdings vollkommen falsch beraten, wenn wir der Auffassung sein sollten, daß mit der heutigen Wahl eines neuen Bundesparteiobermannes womöglich alles bereits wieder in bester Ordnung sei. Die Situation, Hoher Bundesparteitag, unserer Partei ist viel zu ernst, als daß sie damit allein schon aus der Krise geführt werden könnte.

Was wir zusätzlich und ohne jeden Abstrich brauchen, ist eine bis zu den Wurzeln reichende Erneuerung der österreichischen Volkspartei, sie muß den Zeiterfordernissen angepaßt werden. Das ist das Gebot der Stunde! (Beifall.) Liebe Freunde, ich freue mich sehr über den Applaus, aber er geht zu Lasten meiner 5 Minuten Redezeit. Das bitte ich zu bedenken.

Wenn ich soeben sagte, daß es mit der Neuwahl des Bundesparteiobermannes beileibe nicht abgetan ist, dann muß im gleichen Atemzug mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß eine neue und bessere Organisationsstruktur, deren Notwendigkeit ich mit aller Entschiedenheit unterstreiche, noch lange nicht der Weisheit letzter Schluß ist, wenn nicht gleichzeitig die auf unseren Grundsätzen beruhende und ihnen entsprechende Politik hinzukommt. Eine Politik, die den im Laufe der letzten Jahrzehnte eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung trägt.

Alle diese Fragen gehören untrennbar zusammen. Sie können nur im Gesamtzusammenhang gesehen und sie müssen unter einem in Angriff genommen werden. Nur dann, wenn alles dies geschieht, können wir mit Fug und Recht von einer wirklichen und echten Erneuerung unserer Partei sprechen.

Meine Damen und Herren! Die schwere Niederlage des 6. Mai 1979 hat uns mit unerbittlicher, ja ich möchte sagen geradezu mit brutaler Offenheit und Deutlichkeit vor Augen geführt, in welcher Lage wir uns befinden. Machen wir uns nur ja nichts vor und geben wir uns keinen wie immer gearteten

Illusionen hin! Wir sind an der entscheidenden Wegkreuzung angelangt. Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Die erste: Ohne Erneuerung von Grund auf haben wir keine Chance, die Zukunft zu bestehen und sie je wieder mitzugestalten. Die zweite: Wir haben aber alle Chancen, wieder zur bestimmenden Kraft in diesem Lande zu werden, wenn wir es mit unseren Grundsätzen ernst nehmen, das heißt, wenn wir durch eine bürger- und volksnahe Politik dem Namen "Volkspartei" gerecht werden.

Nur dann, wenn wir es mit der Bürgernähe ernst meinen, wenn wir dem Bürger immer und überall zur Verfügung stehen, wenn wir uns um ihn auch wirklich kümmern, wenn wir ihm in allen Lebenslagen helfen und uns seiner Sorgen und Nöte annehmen, aber auch wirklich nur dann, sind wir auf dem besten Wege, das Vertrauen des Volkes wieder in verstärktem Maße zu gewinnen.

Und damit komme ich schon zum Schluß: Als einer, der auf diesem Gebiet nicht ganz ohne eigene Erfahrungen ist, gestatte ich mir jetzt ein sehr offenes und auch ein sehr ernstes Wort. Wenn wir heute den neuen Bundesparteiobmann gewählt haben, dann haben wir ihm damit nicht nur eine große Aufgabe, sondern wir haben ihm vor allem eine sehr, sehr schwere Bürde auf seine Schultern gelegt. Ich weiß, meine lieben Parteifreunde, wie schwer diese Last zu tragen ist, wenn nicht alle an ihr mittragen. Es genügt nicht, daß wir Alois Mock heute anläßlich seiner Wahl mit überwältigender Mehrheit unser Vertrauen ausgesprochen haben und daß wir ihn bei dieser Gelegenheit unserer treuen Gefolgschaft

versichern. Worauf es ankommt und worauf er einen Anspruch hat, ist vielmehr das, daß wir ihm die Treue bewahren und daß er nicht nur in guten Tagen, sondern erst recht in bösen Tagen mit unserer vorbehaltlosen Unterstützung rechnen kann. (Beifall.)

Wenn wir uns heute alle miteinander darauf einschwören, meine Damen und Herren, und wenn wir uns darüber hinaus vornehmen, daß wir uns bei der Verwirklichung der großen Ziele, die wir uns auf diesem Parteitag stecken, vom Geist der Kameradschaft und vom Geist der Solidarität - seien Sie mir nicht böse, wenn ich das jetzt sage: zwei Tugenden, meine lieben Freunde, bei denen wir, glaube ich, noch einiges dazulernen müssen -, wenn wir uns also wirklich von Treue und Freundschaft leiten lassen, dann gehe ich heute mit Zuversicht und der festen Überzeugung nach Hause, daß die schmerzliche Niederlage des 6. Mai 1979 letzten Endes kein Unglück war, sondern daß sie vielmehr für uns eine ganz große Chance sein kann und auch sein wird, dann nämlich, wenn wir erkennen, daß durch diese Niederlage der Weg für eine grundlegende Erneuerung unserer Partei freigemacht wurde, und wenn wir dann diesen Weg ohne Zaudern und mit eiserner Konsequenz auch tatsächlich gehen. Denn nichts braucht Österreich so sehr wie eine den Zeiterfordernissen aufgeschlossene, eine starke, eine weltoffene, eine soziale Österreichische Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Lieber Hermann Withalm! Wenn hier die Regeln des Eishockey gelten würden, hättest du die Redezeit eingehalten, denn dort gibt es nur eine Nettozeit, da wird der Applaus abgezogen.

Nächste Rednerin: Herta Haider.

Herta H a i d e r (ÖFB): Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesleitung der Österreichischen Frauenbewegung hat sich am 2. Juli 1979 mit dem derzeitigen Stand der Reformdiskussion beschäftigt und sah sich veranlaßt, dem heutigen Bundesparteitag folgende Resolution vorzutragen:

1. Die österreichische Bevölkerung hat Anspruch auf eine stabilisierte Volkspartei.

2. Die Diskussion der Partei soll sich auf den Inhalt unserer Politik konzentrieren und nicht an Äußerlichkeiten der Organisation hängen bleiben.

3. Die politische Aktivität der Volkspartei darf nicht von der Diskussion erdrückt werden. Nur Diskussion bis zum Frühjahr 1980 erscheint untragbar.

4. Grundgedanke für ein koordiniertes Vorgehen und Auftreten der Volkspartei sollte sein, daß die Teilorganisationen primär für funktionierendes Wählerservice zuständig sind, die Gesamtpartei aber für Art und Inhalt der Politik zuständig und verantwortlich ist.

5. Bei Entsendung in eine Reformkommission sind die personellen Vorschläge der Österreichischen Frauenbewegung zu berücksichtigen.

6. Wie immer die Neuformierung der Partei aussehen wird, verlangt die Österreichische Frauenbewegung, daß Frauen auch weiterhin auf allen Ebenen der Partei, also auch im höchsten Spitzengremium, vertreten sein müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Ich bedanke mich bei dir, liebe Herta Haider, für diese präzise und kurze Aussage und rufe den Herrn Abgeordneten Höchtl ans Pult.

Abgeordneter zum Nationalrat Mag. Josef H ö c h t l :
Meine sehr verehrten Delegierten! Wenn wir heute zu dieser offiziellen Erneuerungsdiskussion der Volkspartei zusammengekommen sind, dann sind wir in dem Bewußtsein gekommen, daß wir uns mit dem Tief, in dem sich unsere Partei befindet, nicht zufrieden geben, in dem Bewußtsein gekommen, daß wir alle wissen, daß in vielen Bereichen - und keiner soll sich ausnehmen - Fehler gemacht worden sind, Mängel existieren, aber auch in dem Bewußtsein, daß viele wissen, daß aus diesen Mängeln und Fehlern die richtigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Und wir als Junge Volkspartei haben uns durchgearbeitet durch die verschiedensten Vorschläge und haben anläßlich dieses Parteitages auch einen umfassenden Vorschlag den einzelnen Delegierten in der Mappe übermittelt. Wir haben aber neben diesen inhaltlichen Vorschlägen auch eine Bitte in Form eines Antrages zum Ausdruck gebracht.

Meine sehr geehrten Delegierten! Wir glauben, daß durch eine stärkere Mitbestimmung des einzelnen Mitgliedes in unserer Partei die Möglichkeit bestehen soll, nach Abschluß dieser Reformdiskussion über die wesentlichen Punkte dieser Reform

in einer Urabstimmung zu befinden, und ich bitte alle Delegierten, diesem unserem Antrag die Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sicherlich müssen wir uns auch im gesamten Bereich unserer Politik die Richtung überlegen, daß wir nämlich unsere Hauptaufgabe nicht nur darin sehen, die unausbleiblichen Auswirkungen einer sozialistischen Alleinregierung darzustellen, sondern hier muß in einem völligen Umdenken der Schwerpunkt darauf gerichtet werden, daß wir ganz einfach die sozialistische Politik einer fundamentalen, aus Grundsätzen abgeleiteten Kritik unterziehen, die Auswirkungen dieser sozialistischen Politik möglichst klar und einfach darstellen, aber auf Grund unserer Alternativen zu jedem einzelnen Punkt versuchen, unsere klaren Kontrapositionen in der Öffentlichkeit darzulegen. Ich glaube, nur mit dieser Strategie ist es möglich, ins Bewußtsein des einzelnen Wählers als eine Partei einzudringen, deren Hauptaufgabe und Hauptwollen es ist, wieder eine gestaltende Kraft in diesem unserem Österreich und nicht eine verhindernde Opposition zu sein.

Ich glaube, wenn dieser Kampf von allen aufgenommen wird, wenn dieser Kampf auch von allen Ebenen aufgenommen wird, dann müssen wir in notwendiger Konsequenz aus unserem Grundsatzprogramm auch ein Bekenntnis zu einer Forderung ablegen: Wir bekennen uns im Salzburger Grundsatzprogramm eindeutig zum Leistungsprinzip.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, hier muß ganz einfach auch in unserer Partei dieses Leistungsprinzip

zur Geltung kommen, und wir von der Jungen ÖVP wollen Sie bitten, auch dafür die Zustimmung zu geben, daß wir in unserer Partei einen Leistungsnachweispaß einführen, wo jeder einzelne Funktionär von der Bundesebene bis zur Ortsebene ganz klare Zielvorgaben erhält, sodaß im Ablauf einer Periode entschieden werden kann, hat er diesen Zielvorgaben entsprochen oder hat er ihnen nicht entsprochen. Denn was für die gesamte Gestaltung unserer Gesellschaftspolitik notwendig und wünschenswert ist, nämlich die Einhaltung des Leistungsprinzips, muß auch für unsere eigenen Reihen nur billige Geltung haben. Ich glaube, auch dazu müssen wir uns entsprechend durchringen. Und wenn wir dies tun, und wenn wir alle an diesem Strang ziehen und jeder diese Zielvorgaben auch einhält, dann, glaube ich, können wir nur gestärkt aus dieser Erneuerungsdiskussion heraustreten und wiederum gestärkt tatsächlich die führende Kraft einer menschlichen, einer sozialen, einer christlichen Volkspartei für alle diese unsere Österreicher sein! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Ich danke für diesen Beitrag.

Nächster Redner: Präsident Maleta.

Präsident Dr. Alfred M a l e t a : Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Alter schützt vor Torheit nicht. Das habe ich jetzt selbst erlebt, wenn ich die heutigen Zeitungen aufgeschlagen und gelesen habe, was ich angeblich mit Männern geredet habe, mit denen ich aber gar nicht geredet

habe. Es wäre sicherlich nicht meine Aufgabe gewesen, Anklage gegen irgend jemanden zu führen, weil ich weiß, daß jeder in der Politik Fehler macht. Auch ich habe Fehler gemacht, als Generalsekretär, als Klubobmann dieser Partei, auch als Bundesobmann, und es steht niemand an, über andere zu Gericht zu sitzen.

Aber die Kürze der Redezeit veranlaßt mich, ein paar Bitten auszusprechen. Ich wünsche mir als alter Schüler von Julius Raab, daß mit diesem Bundesparteitag die Periode des vielen Redens und der vielen Diskussionen zu Ende geht. Es soll nichts abgewürgt werden, aber man braucht Begrenzungen, man braucht Richtlinien, damit eine fruchtbare Arbeit geleistet werden kann.

Ich wünsche mir, daß man sich nicht erwartet, daß Statutenänderungen und Paragraphenänderungen das Allheilmittel sind. Ludwig XVI. war nach dem Staatsrecht der mächtigste Mann und hat damit nichts anzufangen gewußt. Der Vorgänger des jetzigen Schwedenkönigs, Gustav VI. Adolf, hat nach der Verfassung nichts zu reden gehabt, aber jeden Tag war der sozialistische Parteiobmann und Ministerpräsident bei ihm und hat seinen Rat eingeholt.

Ich möchte mich jetzt an dich wenden, lieber Alois Mock. Ich gebe hier keine Treueschwüre ab, meiner Treue kannst du sicher sein. Ich möchte als Alter, als einer jener Generation, die an diesem Staat mitgebaut und an der Gründung der Partei mitgewirkt haben, dir ein paar Ratschläge geben: Denke alles ruhig durch und treffe Entscheidungen, ja oder nein. (Beifall.)

Verhindere, daß herumgeredet wird, Pressekonferenzen, auch Diskussionen sind deine Angelegenheit! (Lebhafter Beifall.)

Lieber Alois, ich danke dir - und ich glaube, das Gefühl aller Anwesenden auszusprechen -, daß du diese schwere Aufgabe übernommen hast. Sie ist wirklich schwer. Aber ein Beispiel: Wenn Napoleon Bonaparte als Offizier sich gefürchtet hätte, in die Schlacht zu gehen, weil er fallen hätte können, dann wäre er nicht Kaiser der Franzosen geworden.

Und noch ein Rat aus meiner persönlichen Erfahrung: Ich als alter Hase bin nicht so unrealistisch zu glauben, daß jetzt alle Reformdiskussionen auch an deiner Person ein Ende haben könnten. Nimm dir an mir ein Beispiel: Ich habe alle meine Reformer überlebt. (Heiterkeit und Beifall.) Du wirst überleben, wenn das geschieht, was ich euch alle bitte, liebe Delegierte: Hebt den Alois nicht hinauf zu einem Messias. Da gibt es ein Hosianna und ein Kruzifige. Diese Partei braucht einen Mann, schlicht, einfach, pflichtbewußt, das bist du, und deshalb folgen wir dir und vertrauen wir dir! (Beifall.)

Liebe Delegierte! Es gäbe viele Dinge, die man sagen müßte. Wahrheiten sind nämlich schlicht und einfach oft das Ei des Kolumbus, man braucht gar keinen Computer, keine Intellektuellenlaboratorien, um Reformzellen in Reagenzgläsern auszubrüten. Was wir brauche, ist eine Rückgesinnung auf jene Männer, von denen Lanner schon gesprochen hat: Figl, Kunschak, Raab, Hurdes, auf eine Zeit, die schwerer war als die heutige. Da ging es um die Freiheit, darum, ob wir überleben.

Liebe Freunde! Ich wünsche dieser Partei als Reformbeitrag folgendes: die einstige alte Kameradschaft, die Treue, die Gesinnungsgemeinschaft. Dann habe ich keine Angst.

Jetzt muß ich aufhören, obwohl ich noch einiges zu sagen gehabt hätte. Ich werde das in einem Artikel in den "Monatsheften" niederlegen.

Liebe Freunde! Damit schließe ich in der Annahme, in der Hoffnung, daß wir von hier hinausgehen mit dem Versprechen in uns, daß wir diesem Mann Zeit geben, bevor wir zu kritisieren beginnen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Ich danke, Herr Präsident Dr. Maleta.

Nächster Redner Gassner.

Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Johann G a s s n e r
(BPL): Liebe Parteifreunde! An der Stirnseite dieses Saales steht "miteinander". Wir haben heute miteinander zu diskutieren in diesem Saal. Wir haben anschließend miteinander zu diskutieren, wie wir uns eine moderne ÖVP vorstellen, und wir haben am nächsten Parteitag miteinander darüber die Entscheidung zu fällen.

Wir haben aber auch, liebe Parteifreunde, miteinander viele Menschen zu gewinnen, die bereit sind, mit uns bei den nächsten Wahlen die ÖVP zu wählen.

Wir haben, liebe Parteifreunde, die Möglichkeit, die Chance und die Aufgabe, nicht nur die Parteimitglieder dazu zu bewegen, ÖVP zu wählen, sondern darüber hinaus viele andere.

Nur dann, wenn es uns gelingt, viele Menschen in Österreich anzusprechen, nur dann, wenn es gelingt, viele Menschen zu gewinnen für diese Partei, werden wir wieder Wahlerfolge haben, werden wir wieder Mehrheitspartei werden.

Deshalb, liebe Parteifreunde, sage ich als Vorsitzender der christlichen Gewerkschafter, aber nicht nur als dieser, sondern auch als Parteimitglied und Parteifunktionär: Was bedeutet auf der 5. Seite der letzte Satz? Bedeutet das Verschlingen von FCG mit ÖAAB oder, wie es Dr. Taus formuliert hat, eine ÖVP-Fraktion zu gründen, die Aufgabe jener Mitglieder in der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, die heute nicht ÖVP-Mitglieder sind? Bedeutet das, auf jene zu verzichten, die bei Betriebsratswahlen, Personalvertretungswahlen, Gewerkschaftswahlen den Kandidaten der Fraktion Christlicher Gewerkschafter und Gewerkschaftslisten der FCG ihre Stimme geben? Dann, liebe Parteifreunde, sage ich nein dazu, denn das wäre der verkehrte Weg, das wäre ein Weg in die Klausur der ÖVP zurück. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Wir haben hier auch andere sitzen - wenn ich an die Turn- und Sportunion denke -, Freunde, die als Personen, als Funktionäre der ÖVP die Idee dieser Partei hinaustragen in Organisationen, die bereit sind, Menschen für diese Gesinnung zu gewinnen. Ich glaube, daß sie erfolgreich sind und daß wir gemeinsam erfolgreich sein werden, wenn es gelingt, über die Parteimitglieder hinaus durch Exponenten der ÖVP, die überall wirksam sind, mehr Menschen als bisher für unsere gemeinsamen Ideen zu gewinnen.

Liebe Parteifreunde! Das ist die Frage, nicht die Frage, wie stellen sich die Dinge dar. Nicht daß wir vielleicht verunsichert sind, weil der Präsident des ÖGB - nicht als Präsident des ÖGB, sondern als sozialistischer Gewerkschafter - gemeint hat, es würden sich, je nachdem, wie die Wahlen am 6. Mai ausgehen, Gewerkschafter auf die Schienen schmeißen.

Liebe Parteifreunde! Wenn die sozialistischen Gewerkschafter sich vor den Zug schmeißen wollen, dann lassen wir sie es doch tun. Sie werden bestimmt rechtzeitig wieder aufstehen, bevor der heranrollende Zug der ÖVP heranbraust.

Aber, liebe Parteifreunde, was können wir sonst noch tun? Warum sagt ihr nicht alle, die ihr da sitzt, sei es vom Wirtschaftsbund, vom Bauernbund oder, wenn wir heute über die Bünde diskutieren, ganz einfach jeder von euch, der zur ÖVP gehört: Da gibt es im ÖGB die christlichen Gewerkschafter. Ist der Gassner ein schlechter ÖVPLer, weil er der Vorsitzende der christlichen Gewerkschafter ist? Ist der Rudi Sommer ein schlechter ÖVPLer, weil er der Vorsitzende einer Fachgewerkschaft ist? Ist der Kollege Lichal ein schlechter Nationalrat, weil er Vorsitzender-Stellvertreter der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten ist? Ist der Kollege Stock ein schlechter Gewerkschafter, weil er Bundesrat ist, oder ein schlechter ÖVPLer, weil er auch Vorsitzender-Stellvertreter bei den Metallarbeitern ist?

Nein, liebe Parteifreunde, das sind jene Männer und Frauen, die bereit sind, unsere Ideen, die Grundsätze der ÖVP auch in schwierigen Positionen, in Minderheitspositionen in die Arbeit-

nehmerschaft hineinzutragen, sehr oft unter großen Schwierigkeiten. Diesen Weg sollten wir fortsetzen, diesen Freunden sollten wir permanent Dank und Anerkennung zollen. (Beifall und Buh-Rufe.)

Diejenigen, die jetzt buhen, würde ich einladen, mit uns einen gemeinsamen Weg zu gehen, mit diesen Freunden, die auch in den Minderheitsgemeinden gegen große Schwierigkeiten antreten und unsere Ideen dort durchzusetzen versuchen, mitzugehen. Wo sind die Zehntausenden, die bereit sind, einer politischen Gemeinschaft beizutreten, die Arbeitnehmer sind, auch die Nebenerwerbsbauern aus der Landwirtschaft? Auch die Kinder der Gewerbetreibenden, Herr Präsident Sallinger, die Arbeitnehmer sind, die sagen: Wir gehören zur ÖVP, die aber erklären: In der ÖVP, in der Gewerkschaft müßte man ja einen Mitgliedsbeitrag zahlen. Es sind jene, die uns gute Ratschläge von außen geben, die aber nicht bereit sind zu sagen: Ich zahle meinen Beitrag in der Gewerkschaft. Ich bin bereit, gegen die Mehrheit der Sozialisten anzutreten, ich bin bereit, die Grundsätze der ÖVP auch dort zu vertreten.

Ich lade euch ein, mit uns diesen gemeinsamen Weg mitzugehen. Einen gemeinsamen Weg, lieber Alois, der dazu führen soll, daß diese ÖVP wieder Mehrheitspartei wird.

Lieber Alois! Ich erkläre dir, daß diese christlichen Gewerkschafter und nicht nur jene, die Parteimitglieder sind, bereit sind, mit dir die christlich-sozialen Ziele überall zu verwirklichen, wo wir stehen, auch in der Österreichischen Volkspartei. Damit werden wir den Grundstein für neue Erfolge legen. (Beifall, Pfiffe und Buh-Rufe.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Ich danke Gassner für diesen Diskussionsbeitrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit Sie einen ungefähren Überblick haben, wie die Diskussion läuft: Gassner war der achte Redner, 30 weitere Wortmeldungen liegen noch vor.

Blenk hat als nächster das Wort.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Wolfgang B l e n k (Vorarlberg): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es scheint sich in der Geschichte - das ist an sich eine altbekannte Tatsache - alles zu wiederholen. Nur die Frage, welche Lehren man daraus zieht, wird unterschiedlich beantwortet.

Wir stehen quasi nach der größten Niederlage, die diese Partei seit 1945 erleiden mußte, nun vor einer umfassenden Parteireformdiskussion. Wir haben dabei schon fast vergessen, daß vor neun Jahren, nachdem die staatsgewohnte und staatsverantwortliche ÖVP zum ersten Mal in die Minderheit kam und die Regierung abgeben mußte, wir eigentlich dieselbe Situation hatten.

Damals, meine Damen und Herren, haben auf breitester Basis die Reformdiskutanten ihre Vorschläge gemacht. Ich habe mir die Mühe gemacht, die ungeheuer lange Artikelserie, die damals in unserem noch bestehenden Zentralorgan, dem "Volksblatt", erschienen ist, durchzusehen. Es waren fast dieselben Probleme. Ich habe hier unter anderem eine Diskussion, die damals mit mir als jungem Abgeordneten geführt wurde. Unter-

titel: "Blenk zweifelt an der Richtigkeit der Parteistruktur". Da heißt es dann folgendermaßen: "Zu den Fragen der ganzen Struktur meinte Blenk, man müsse sicher überlegen, ob die derzeitige bündische Struktur der Partei noch richtig sei. Es lasse sich nämlich nicht übersehen, daß die Dreiteilung der Partei ein gewisses geistiges Relikt aus der ständischen Zwischenkriegszeit sei." Und dann am Schluß: "Die soziologischen Strukturen haben die bündischen ja schon längst überrollt." - Mir ist das damals nicht sehr gut bekommen, erinnere ich mich.

Ich habe heute allerdings den Eindruck, daß die Frage der Integration der Bünde in die ganze Partei zumindest in der letzten Phase nicht die Problematik schlechthin dieser Partei war. Ich denke an zwei Fälle, an denen ich das demonstrieren möchte. Wir sind in den letzten Monaten bei zwei großen Entscheidungen gegen unseren Hauptgegner, die Sozialisten, angetreten: einerseits bei der Abstimmung Zwentendorf und zweitens bei der Nationalratswahl.

Und ich sage hier ganz offen eines: In der Frage Zwentendorf ist der Wirtschaftsbund zweifellos weit mehr über seinen eigenen Schatten im Interesse der Parteieinheit gesprungen, als es, das muß ich leider sagen, gewisse Landesverantwortliche getan haben. Ich weiß, daß in Bundesländern durchaus reservierte bis kritische Meinungen zu dieser Abstimmung vorgebracht wurden.

Ähnlich, meine Damen und Herren, war es bei der Nationalratswahl 1979. Wir wissen, und das wurde im 17er-Papier auch gesagt, daß es unerträglich und für eine Partei wie die unsrige mit ihrer ungeheuer starken Tradition unfassbar ist, daß es Landesfürsten gab - ich muß das leider so sagen -, die glaubten, besser zu agieren, wenn sie sich von den Wahlvorbereitungen ausschlossen. Die Ergebnisse waren entsprechend.

Ich glaube, und auch das wird in den Unterlagen gesagt: Es ist einfach nicht möglich, daß man sich heute, wenn es um Anliegen der Gesamtpartei geht, aus diesem Gemeinschaftssinn, aus der Solidarität der Partei ausschließt. Das ist für mich ein Problem, von dem ich meine, daß es vielleicht noch entscheidender als die ganze bündische Frage in Hinkunft die Solidarität der Partei auf allen Ebenen verlangen wird.

Eine zweite Bemerkung zur Ideologiediskussion oder Grundsatzdiskussion. Meine Damen und Herren! Ich bekenne ganz offen, daß ich zweifle an der Sinnhaftigkeit einer sehr breit anzulegenden Grundsatzdiskussion in dieser Partei. Einfach deswegen, meine lieben Freunde, weil ich davon ausgehe, daß uns unsere Wähler bisher deswegen gewählt haben, weil sie von uns, und zwar undiskutiert und selbstverständlich, einfach gewisse Grundsätze, gewisse Gesellschaftsordnungsvorstellungen erwartet haben, weil sie von uns offenbar die besten Problemlösungen in dieser Beziehung erwartet haben. Ich habe das damals auch schon erwähnt: "Eine moderne Partei muß eine Problemlösungspartei sein", hieß es damals, "die deswegen

bessere Vorschläge macht, weil sie sich an besseren Grundvorstellungen und Wertordnungen orientiert."

Ich glaube also, es geht nicht darum, daß wir neue Grundsätze erarbeiten, Grundsätze, die für uns seit den ersten Tagen ja doch selbstverständlich waren und die, so meine ich, in allen konkreten Sachfragen einfach das Maß der Dinge sein müßten. Ich würde fast sagen, über alle im Lauf der Jahre wechselnden Programmformulierungen hinaus: Vorrang der Person vor der anonymen Gemeinschaft, Anerkennung der Leistung, Hilfe für den Schwachen, der sich nicht selbst helfen kann, und so weiter.

Ich meine, daß wir etwa die Sozialpolitik unter diesem Aspekt, auch die von uns vertretene, neu überdenken müssen, daß wir aber auch unsere Wirtschaftspolitik und das, was wir im Sinne dieser Grundsätze vertreten, nämlich die sogenannte soziale Marktwirtschaft, im Hinblick darauf überdenken müssen, ob wir wirklich in der Praxis alle diese Fragen so lösen, wie wir sie von unseren Grundsätzen her zu lösen haben.

Ich sehe schon den Mahner und möchte am Schluß eines in aller Kürze sagen: Entscheidend ist der Mensch. Und ich möchte einem unserem neugewählten Bundesparteiobmann sagen: Ihm wünschen wir alle viel Glück. Er möge das - und davon sind wir alle, die wir ihn seit Jahren kennen, überzeugt -, was er uns bisher an guten Eigenschaften immer wieder demonstriert hat: seine Offenheit, seine Verlässlichkeit, seine Grundsatztreue, seinen Fleiß und seine Kameradschaftlichkeit beibehalten.

Er möge sich aber dazu auch der Tatsache bewußt sein, daß jede Gemeinschaft und auch jede Partei eine starke Führung braucht, eine Führung, die Verbindlichkeit mit einer klaren

Entscheidungskraft verbindet. Ich bin überzeugt, und wir alle glauben es, daß dem so sein wird. Daher, meine Damen und Herren, sehe ich und sehen sicher wir alle mit Vertrauen in die Zukunft unserer Partei und unseres Landes. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Ich danke Wolfgang Blenk.

Nächster Redner ist Andreas Khol, Chef unserer politischen Akademie.

Dr. Andreas K h o l (Tirol): Hoher Parteitag! Ich spreche hier als Tiroler Delegierter und nicht als Chef der politischen Akademie.

Liebe Freunde! Die ÖVP darf nicht nur Macht verwalten und taktieren, sondern sie muß deutliche Politik machen - deutliche Politik nach dem Salzburger Programm. Wir brauchen keine neuen Grundwerte. Was wir aber brauchen, ist eine politische Praxis, die diesen Grundwerten entspricht. (Beifall.)

Wasser predigen und Wein trinken auf Gemeindeebene, auf Landesebene und dort, wo wir Macht haben, macht uns unglaublich. Wir brauchen keine Biblia pauperum. Pepi Taus, du hast mich damit angesprochen. Was wir aber brauchen, ist eine deutsche Bibelübersetzung, und damit hat ja bekanntlich die Reform, die Reformation begonnen.

Das Salzburger Programm ist derzeit unverständlich, es hat ungefähr die Funktion einer geheimen Postleitzahl.

Was wir also brauchen, ist ein Salzburger Programm, das ein wirksames Werkzeug zur Gestaltung der politischen Praxis auf allen Ebenen ist. (Beifall.)

Damit können wir vielleicht auch das überwinden, was ich mit dem Eselssyndrom bezeichne. Mir gleicht die ÖVP oft dem berühmten Esel, der vor zwei Heuhaufen steht: links die Grundsätze, rechts die Meinungsforschung. Bevor es zur Entscheidung kommt, tun wir so, als fräßen wir die Grundsätze, Wenn es zur Entscheidung kommt, gibt es keine Überlegungen, dann gelten die Meinungsprozente.

Das muß sich ändern! Dazu ist eine Bewußtseinsbildung in der Partei erforderlich. Wir müssen die Lebensqualität mehr in den Vordergrund stellen und wir müssen die Zukunftsprobleme mit dem Salzburger Programm zu bewältigen trachten.

Was wir nicht brauchen, ist eine Chamäleon-Politik, daß wir also wie ein Chamäleon versuchen, die Farbe des sozialistischen Österreichs anzunehmen. Was wir auch nicht brauchen, ist eine Anti-Ideologie, indem wir sagen, was wir nicht sind. Es war bezeichnend, daß Freund Kessler in seiner Wortmeldung zuerst immer die Sozialisten genannt hat, bevor er das Salzburger Programm auch erwähnte.

Leopold Gratz hat hier gesagt: Wenn die ÖVP von Grundsätzen redet, redet sie vom Sozialismus. Und wenn der Sozialismus von Grundsätzen redet, dann auch.

Wir müssen das umdrehen. Wenn wir von Grundsätzen reden, müssen wir vom Salzburger Programm reden und darnach handeln. Wir müssen so weit kommen, daß, wenn in diesem Lande von Grundsätzen geredet wird, das Salzburger Programm als Maßstab herangezogen wird. (Beifall.)

Wir müssen mit den Schlagworten "links", "rechts" und "Mitte" aufräumen. Wenn wir nämlich sagen, wir sind in der Mitte, so lassen wir unsere Position von den Linken und Rechten bestimmen. Wir müssen jedoch unsere Position selber bestimmen.

Lassen Sie mich heute noch etwas sagen. Wer heute von getrennt Marschieren und vereint Schlagen redet, ist ein Reaktionär. Das bedeutet getrennt sein, in die Bedeutungslosigkeit marschieren und hinterher geschlagen werden. Das schwedische Beispiel sollten wir uns deutlich vor Augen führen. Dort ist eine getrennt marschierende bürgerliche Seite am eigenen Zwist zugrunde gegangen. Wir sollten uns aber auch vor Augen führen, daß vieles von dem, was wir als Grundwertkonflikt bezeichnen - und hier müssen wir der Wahrheit die Ehre geben -, in Wahrheit Personenkonflikte sind. Hier müssen wir mit Solidarität reagieren und müssen darnach trachten, daß wir es managen. Das ist eine Frage der Führung.

Liebe Freunde! Partnerschaft, Mitbestimmung, Leistung, die uns das Salzburger Programm auferlegen, gelten auch dort, wo wir etwas zu sagen haben, nämlich in der eigenen Organisation. In der eigenen Organisation brauchen wir Mitbestimmung, brauchen wir Partnerschaft und brauchen wir das Leistungsprinzip. Ich freute mich, würde aus einer Funktionärspartei eine Mitarbeiterpartei werden. (Beifall.) Hier sei einmal eines ganz klar gesagt: Das, was die Ranger in diesem Wahlkampf neben der Partei gemacht haben, müssen in Zukunft die Parteiaktivisten in der Partei machen. Das, was sie gemacht haben, zu neuen Leuten zu gehen, außer Haus zu gehen, an fremden Haustüren zu

klopfen, das Salzburger Programm in der Praxis zu vertreten, das muß unsere Aufgabe, das muß die Aufgabe aller Mitarbeiter dieser Partei sein. (Neuerlicher Beifall.)

Liebe Freunde! Ich bin außerordentlich froh, daß wir hier keine "Demokratur", sondern Demokratie erleben. Demokratie in dem Sinn, daß wir die Parteireform bis in das nächste Jahr diskutieren können. Wir brauchen breite Diskussionen, wir brauchen eine Linienfestlegung auf allen Ebenen und dann einen Arbeitsauftrag der Partei von den Mitgliedern. Ich spreche mich daher - auch wenn das Feuerwehrvorranglicht hier blinkt - für die Urabstimmung aus und glaube, daß mit diesem Auftrag die Partei auch einen neuen Schwung bekommt. (Bravo-Rufe.) Gelten auch für mich die Eishockey-Regeln: Nettozeit? (Vorsitzender Dr. Ratzenböck: Ja!) Danke. - Wir brauchen den neuen Schwung, damit wir über das derzeitige Wellentief hinwegkommen.

Ich glaube auch, daß wir die Parteierneuerung nicht ohne eine Erneuerung der Bildungsarbeit sehen können. Leistungsnachweis bedeutet für mich Schulung hauptamtlicher Mitarbeiter, verpflichtende Ausbildung all jener, die im Namen dieser Partei Verantwortung tragen und sprechen. (Beifall.) Wenn wir dazu kommen, können wir im März sehen, ob diese Partei ein leerer Harnisch ist oder ob noch ein Ritter drinnen steckt. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Danke, lieber Andreas Khol. Ich stelle fest, daß alles in allem die Redner ihre Redezeit einhalten. Ich bedanke mich dafür.

Am Wort ist jetzt Herr Dr. Bretschneider vom Fessel-Institut bzw. von der 17er-Kommission.

Ich selbst darf mich verabschieden und den Vorsitz an Adreas Maurer übergeben.

Dr. Rudolf Bretschneider (17er-Kommission):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Ihnen als Mitglied der 17er-Kommission und betrachte es als Zeichen für die Offenheit einer Partei, wenn auf einem Parteitag der Österreichischen Volkspartei auch Gäste zu Wort kommen.

Zur Diskussion und zu ihren Inhalten. Ich halte das manchmal fast ein bißchen rituelle Beharren auf der Frage nach der Zurückdrängung oder der Auflösung von Bünden für genauso verfehlt wie die obligaten Personaldiskussionen der Vergangenheit, Es genügt nämlich bei weitem nicht, sich über Organisationsfragen zu unterhalten und noch dazu im Sinne von abschaffen.

Gestatten Sie mir einen Vergleich aus dem Marketing, den ich aus der Wirtschaft kenne: Wenn ich den Marktanteil meines Unternehmens vergrößern will, beginne ich nicht damit, die Stammkunden zu verscheuchen und den Distributionsapparat einzuschränken. Ich muß im Gegenteil versuchen, ihn zu erweitern. (Zustimmung.) Vor allem aber muß man das Angebot klarer, übersichtlicher und manchmal wohl auch attraktiver machen.

Für eine politische Parteireform genügt es auch nicht, sich auf die Suche nach dem einen Adjektiv zu machen, das die eigene Position umschreibt. "Links", "halblinks", "halbrechts"

sind Ortsangaben für Orientierungslose und heißen nicht einmal mehr bei Fußballaufstellungen etwas bestimmtes; ebenso ist mit "konservativ", "liberal", und "progressiv" nichts gesagt. Man muß auch wissen, wo man progressiv ist. Progressiv ist bekanntlich auch die Paralyse. (Zustimmung.) Sich "christlich" zu nennen, ist gleichfalls zu wenig, wenn man nicht zeigt bzw. nicht vorlebt, wie sich christliche Tugenden in der neuen sozialen Frage, in der Bekämpfung der Armut auswirken. "Tartüff" in der Politik ist sicher ein Ärgernis.

Gefordert wird von einer Partei nicht nur ein Programm, sondern auch, daß sie Probleme, die die Zukunft bringt - und sie bringt mit Sicherheit Probleme -, klar und ehrlich formuliert, sich als Fühler ins Volk und in die Zukunft betrachtet. Die Menschen sind - das weiß man als Meinungsforscher - für ehrliche Informationen und Vorschläge oft aufgeschlossener, als viele Politiker glauben.

Ich persönlich bin davon überzeugt, daß die Österreichische Volkspartei mit ihren Plänen zur Lebensqualität und folgenden Konkretisierungen einen wichtigen und einen richtigen Weg eingeschlagen hat, der weiterentwickelt und weitergedacht werden muß. In diesen Plänen wurde sehr viel vom Ideengut sogenannter alternativer Lebensstile vorweggenommen, und die Pläne bildeten eine erste Konkretisierung des Salzburger Programms, in dem es heißt - und das ist für mich persönlich ein Kernsatz -: Politik kann sich nicht länger im rein Quantitativen übertreffen, des bereits Erreichten erschöpfen. -

Es gibt Sätze, die mit der Zeit richtiger werden, und dieser Satz gehört meiner Meinung nach dazu.

Man sollte daher die volle Energie darauf konzentrieren, die Suche nach mehr Lebensqualität, die alte Frage nach dem richtigen Leben fortzusetzen. Es ist jenseits ideologischer Kürzel und Etikettierungen darüber nachzudenken, wie man in Österreich, in den Institutionen dieses Landes, mehr Humanität und mehr Lebensqualität erreichen kann. Man muß nachdenken, wie man etwa im Bereich des Gesundheitswesens nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch menschliche Behandlung, auch der Sterbenden, sichert. Man sollte sich als Abgeordneter Kopf und Seele darüber zerbrechen. Man muß nachdenken, wie man ungewollte Einsamkeit verhindert, wie man manchen Menschen ihre Apathie gegenüber der res publica und ihren Institutionen nimmt, wie man einen umweltfreundlicheren, sozial verantwortlichen Konsumstil erreicht, etwa im Energiekonsum und im Individualverkehr, sicher aber nicht durch ein KFZ-Pausc-hale, das ein Hohn für die Benützer öffentlicher Verkehrsmittel ist.

Über Inhalte muß man primär nachdenken, nicht über Etikettierungen. Über diese Inhalte nachzudenken, bedarf es der Sachkenntnis, der sozialen Phantasie, der Deutlichkeit in der Kritik am Bestehenden und vorausschauendem furchtlosen Denken.

Routiniertes Weiterwurschteln genügt in keiner Partei, denn bald lösen - dieses Wort trifft auch Österreich - nichtgeschehene Taten einen katastrophalen Mangel an Folgen aus. - Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Andreas M a u r e r : Ich übernehme den Vorsitz.

Als nächstem Redner darf ich Herrn Dr. Melis, Akademikerbund, das Wort geben.

DDr. Werner M e l i s (ÖAkB): Sehr geehrte Damen und Herren! Der Österreichische Akademikerbund wird sich an der nunmehr offiziell eröffneten Diskussion mit aller Kraft beteiligen, und zwar deswegen, weil er glaubt, daß die Österreichische Volkspartei nach wie vor die Anlagen und das Potential besitzt, um den Österreichern als Regierungspartei eine bessere und menschlichere Alternative zu bieten. Die Österreichische Volkspartei ist derzeit die letzte große bürgerlich-liberale Integrationspartei in Europa und selbst nach der Niederlage des 6. Mai, verglichen mit anderen europäischen Parteien, eine große Partei.

Meine Damen und Herren! Es mag wesentlich schwieriger und kostspieliger sein, ein erhaltungswürdiges altes Gebäude wieder auf Glanz herzurichten. Dennoch hat sich der Aufwand bisher immer gelohnt. Das Ergebnis war für die Bewohner menschlicher.

Bei den Vorübungen zu dieser Diskussion in den letzten Wochen über die Medien standen vor allem organisatorische Vorschläge im Vordergrund, die im Extremfall eine Totaländerung der Organisationsstruktur durch die Abschaffung der Teilorganisationen zugunsten des Primats der Gesamtpartei verlangten. Tatsächlich sind aber gerade die drei historischen Bünde organisch gewachsen und in einer bewußt pluralistischen

Partei vielen politische Heimat geworden. Man wird daher davon ausgehen müssen, daß die Grundstruktur der österreichischen Volkspartei, die der Vielfältigkeit der Bevölkerungsstruktur am ehesten entspricht, nicht ersetzbar ist.

Das heißt nicht, daß nicht wesentliche Verbesserungen notwendig sind. Die ÖVP hat in vielen Bereichen den soziologischen Wandel in Österreich nicht oder zuwenig berücksichtigt. Dies gilt sowohl dafür, daß ganze Bevölkerungsgruppen nicht ausreichend angesprochen werden, als auch dafür, daß die Teilorganisationen Veränderungen in ihrem Bereich nicht immer Rechnung getragen haben. Hier wird viel aufzuholen sein! Es muß aber mit aller Deutlichkeit festgehalten werden, daß durch organisatorische Maßnahmen allein das Bild der österreichischen Volkspartei in der Öffentlichkeit nicht verbessert wird.

Es liegt im Wesen einer pluralistischen demokratischen Partei, daß Interessengegensätze bestehen, die intern ausgetragen werden müssen. Das erreichte Gleichgewicht wird immer labil sein und stets erkämpft werden müssen. Die Partei wird nur dann einen geschlossenen und gefestigten Eindruck erwecken, wenn es ihr gelingt, diesen Interessenausgleich ohne Abstimmung intern zu erzielen und wenn das Ergebnis von allen daran Beteiligten in Solidarität in der Öffentlichkeit vertreten wird. Es handelt sich also vornehmlich nicht um ein Statuten-, sondern um ein Persönlichkeitsproblem. Auch das zentralistische Parteistatut ist kein Korsett für mangelnde Solidarität und Führungsschwächen.

Die Debatte über die Organisation hat jene über die politischen Inhalte, die die Volkspartei vertritt, abgelenkt, obwohl gerade diese im Mittelpunkt der Diskussion stehen sollten. Die Österreichische Volkspartei hat in der Vergangenheit zu wesentlichen Fragen nicht oder nur halbherzig Stellung bezogen, um vermeintliche Wählergruppen nicht zu verärgern. Statt in gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen die Initiative zu ergreifen, hat sie meist nur auf Vorschläge des politischen Gegners reagiert und zuletzt Lösungen zugestimmt, die sie in der Öffentlichkeit auch bei eigenen Wählergruppen als Verlierer erscheinen ließ.

Das ist nicht die Schuld des Salzburger Programms, das in den wesentlichen Grundaussagen unbestritten ist, wohl aber hat es an seiner Konkretisierung in der praktischen Politik gefehlt. Die Wähler wollen wissen, wie eine Partei, die sie wählen sollen, zu konkreten Sachfragen und weltanschaulichen Problemen steht, und das Gefühl haben, daß die aufgezeigten Standpunkte tatsächlich vertreten werden, selbst wenn es kurzfristig manchmal nicht populär ist.

Es wird nicht leicht sein, auf der Grundlage des Diskussionsergebnisses die notwendigen Konsequenzen zu treffen. Dennoch sollte nichts unversucht bleiben, um diese große Partei wieder aus dem Tief zu holen, im Interesse aller Österreicher. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Ich danke sehr.

Ich darf als nächstem Redner Herrn Thaler das Wort geben.

Günther Thaler (BPL): Sehr geehrte Delegierte!

Einige der wichtigsten Voraussetzungen für die ganze Reformdiskussion sind sicher eine ausreichende Information, kühle Distanz zum Geschehenen und leidenschaftliches, optimistisches Streben nach dem Kommenden. Diese Voraussetzungen fehlen aber der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiter und Delegierten. Wer weiß denn wirklich, wie realistisch die Forderungen des Dr. Taus waren und wie unnachgiebig und egoistisch die Bündechefs sich bei den geheimen Sitzungen verhielten? (Beifall bei zahlreichen Delegierten.) Es wäre aber wieder ein Fehler, Sallinger und Co. als Feindbilder aufzubauen und die Reform an deren Person zu messen.

Sicher haben unglückliche Presseäußerungen von Minkowitsch und Kohlmaier die Lage nicht einfacher gemacht (Beifall), und sicher haben die nichtsagenden Presseaussendungen der anderen die Vorgänge nicht transparenter und die Reform nicht leichter gemacht.

Kritik an den Obmännern der Teilorganisationen soll geübt werden. Leitendes Motiv dabei darf aber nicht der Neid sein, sondern muß die Fähigkeit oder Unfähigkeit der kritisierten Person sein.

Bei der ganzen Reformdiskussion dürfen wir unser eigentliches Ziel nicht aus den Augen verlieren: Politik zu machen, und das heißt, die Gesellschaft nach unseren Grundsätzen zu gestalten. Eine geänderte Organisationsstruktur ist nicht wahlentscheidend. Sie ist sicher ein wichtiges Element, jedoch wichtiger und entscheidender ist eine klare grundsätzliche

Ausrichtung und eine glaubwürdige Umsetzung dieser durch die politischen Vertreter.

Einerseits verwirklichen wir unsere Grundsätze im Alltag zu wenig, andererseits haben wir zu viele kalte Grundsatz-erklärungen und zuwenig Aussagen, die den emotionalen Bereich ansprechen. Auf der einen Seite fällen wir unsere tagespolitischen Entscheidungen nicht auf der Grundlage unseres Programms, sondern auf Grund von kurzsichtigen und sachpolitischen Überlegungen. Auf der anderen Seite wieder läßt unser Programm zu viele prinzipielle Entscheidungsvarianten offen. Wir haben eine christliche, eine liberale, eine konservative Entscheidungsdimension. Aus dieser fruchtlosen Spannung zwischen Aktionsrealität und Programmrealität muß dringend eine Deckungsgleichheit angestrebt werden. Was wir brauchen, ist eine fruchtbare und fruchtbringende Spannung zwischen derzeit Möglichem und zukünftig Erhofftem, eine Spannung also zwischen Aktionsrealität und Programmuto pie. Dies können wir dann erreichen, wenn wir Entscheidungen grundsatzbewußter treffen. Grundsatz-bewußte Entscheidungen sind aber nur dann möglich, wenn wir alle wissen, in welche Richtung der Weg führen solle. Mit einer Mischung aus ein bißchen christlich, ein bißchen konservativ und ein bißchen liberal dann angewandt, wann es uns am bequemsten ist, werden wir den Weg nie finden, sondern werden uns im Kreis drehen. Wir müssen endlich den Mut haben, den Konservatismus über Bord zu werfen, wenn es darum geht, die Gesellschaft zu verändern.

Und daß die Gesellschaft dringend einer Reform bedarf, sieht jeder, der sie mit offenen Augen betrachtet. Der blinde Glaube an den Fortschritt und das Zurückdrängen der Menschlichkeit, die Konsumidiotie, die fehlende Kreativität des einzelnen können doch nicht übersehen werden.

Wir müssen auch endlich wieder die Kraft zur christlichen Nächstenliebe bekommen. In unserer konsumorientierten Gesellschaft drängen wir Menschen, die nicht im Arbeitsprozeß stehen oder das gewohnte Alltagsbild stören, an den Rand der Gesellschaft in Gettos.

Es gibt Gettos für schwererziehbare Kinder, für Kriminelle, für Geistesgestörte, Schüler und Studenten, Behinderte, alte Menschen und Waisen. Diesen Menschen spenden wir manchmal Mitleid und staatliche Subventionen, und oft wird das Resozialisierung genannt. Wir verweigern ihnen aber Integration und Menschlichkeit.

Dieser Prozeß beginnt schon dort, wo die Nachbarschaftshilfe nicht mehr funktioniert. Wir müssen daher die soziale und ökonomische Situation genau analysieren, vorhandene Alternativen zur Gegenwart berücksichtigen, neue finden und damit ein zeitlich begrenztes zukünftiges Bild unserer Gesellschaft entwickeln. Und dieses Zukunftsbild wäre entweder eine Ergänzung des Salzburger Programms oder sollte statt der Kapitel 4, 5 und 6 Bestandteil unseres Salzburger Programms werden.

Wir dürfen uns nicht nach dem Kraftakt der Programmdiskussion in den Jahren 1970 bis 1972 erschöpft zurücksinken

lassen. Wir müssen uns aufraffen, aus dem Salzburger Programm ein taugliches Instrument zu machen, ein Werkzeug, das jeder von uns verwenden kann und mit dem wir die Gesellschaft nach unseren Grundsätzen ändern und gestalten können, eine Gesellschaft, in welcher die menschliche Entwicklung und nicht der technische Fortschritt im Mittelpunkt stehen, eine Gesellschaft, in der der kritische, tolerante Mensch mit einem maximalen Ausmaß an Freiheit der eigenen Entfaltung Ziel der Politik ist. Das sollte, ja muß das Ziel unserer Reformdiskussion sein. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Nächster Redner: Abgeordneter Schilcher.

Univ.-Doz. Dr. Bernd S c h i l c h e r (17er-Kommission): Meine Damen und Herren! Wir haben heute mit großer, eindrucksvoller Mehrheit einen guten neuen Parteiobmann gewählt und wir sind auf der Suche nach einer guten neuen Partei. Ich glaube, das ist richtig. Ich bin nur etwas unglücklich über den Weg, den wir hier beschreiten. Da sind also hochgradige Funktionäre zum Rednerpult gekommen mit einigen Ausnahmen, elder statesmen, und haben Beschwörungssappelle an uns gerichtet. Sie haben von Loyalität geredet, von der notwendigen Kameradschaft, sie haben davon geredet, daß ein Parteiobmann, der gewählt ist, allein noch nichts bedeutet, sondern daß er die ganze Unterstützung der Partei braucht.

Und ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich bin mir manchmal vorgekommen wie auf der falschen Leich'. Denn, bitte, wir sind nicht die richtigen Adressaten, wir, die vielen kleinen

Delegierten, die vielen kleinen Parteimitglieder, wir haben ja, bitte, nie teilgenommen an der ÖVP-Obmann-Verschwendungspolitik. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube daher, es sind/wenige andere, ^{ganz} die gemeint sind, ganz wenige, die hier in dieser Partei zum Teil noch in "demokratischen Nischen" leben. Und das halte ich für falsch. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Ich bin der Meinung, daß es für jeden gelten muß, daß er nur dann im Parteivorstand sitzt, wenn er gewählt ist. (Erneuer Beifall.) Und, bitte, Freund Kohlmaier, auch in seinem Bund gewählt. (Beifall.) Bitte sehr, auch vom Parteitag gewählt ist. Es kann nicht zwei Klassen von Vorstandsmitgliedern geben. Und ich glaube, nur dann, wenn diese Gleichheit hergestellt ist, ist/^{es}auch möglich, daß die Partei Identifikation zeigt. Von Appellen allein haben wir nichts. Dieses Gefühl, daß hier soviel geredet wird, aber eigentlich wenig geschehen wird, hat jetzt viele von uns erfaßt, die zum Teil schon zu den Zügen bzw. zu ihren Autos gegangen sind.

Darf ich daher eines bitten: Wir haben viele Papiere verfaßt, wir haben Vorschläge gemacht. Mich würde interessieren, was die Obmänner der Teilorganisationen dazu sagen. Mich würde interessieren, was sie zu Mock sagen und zu diesen Vorschlägen. Ich glaube, es wäre wichtig, ihre Meinung zu hören, die Meinung dieser Herren, die, bitte sehr, immer gewählt sind, und das ist, glaube ich, in einer Demokratie nicht richtig. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn eine Partei seit dem Jahr 1956 permanent prozentmäßig verliert, dann liegt das nicht an den Anzügen oder Brillen des jeweiligen Spitzenkandidaten, dann haben diese Verluste tiefere Ursachen. Da muß ich auch der Frau Haider sagen: Richtig, natürlich wollen die Leute etwas anderes hören als unsere Bauchbeschwerden. Natürlich ist es nicht attraktiv, von Organisationsreform zu reden. Ich bin der letzte, der der Trockendock-Theorie anhängen würde. Wir müssen natürlich auch arbeiten, aber diese Partei ist wie ein Orchester, das heißt, sie kann nur spielen, wenn es nicht drei oder sechs Dirigenten gibt, sondern einen einzigen, und wenn es Harmonie gibt, und nur eine gute Partei kann wieder eine gute Politik machen. (Beifall.)

Lassen Sie mich nur noch ein Wort zur guten Politik sagen: Es schwirrt das Wort von der Ideologiediskussion herum. Dieses Wort ist gefährlich. Viele verstehen darunter, daß ein paar politische Gourmets und akademische "G'scheiterln" über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit reden. Das, bitte, bringt uns nicht weiter. Die Partitur, nach der das Orchester spielen könnte, haben wir schon: das Salzburger Programm. Was notwendig ist, ist, daß wirklich gespielt wird. Und das bedeutet, daß wir unsere Ideen in die Praxis umsetzen, und zwar an konkreten Beispielen, daß wir sagen können: Jawohl, so wollen wir, daß künftig eine Schule aussieht, das ist ein Spital nach unseren Vorstellungen, so soll es in der Familie zugehen, so soll ein Betrieb ausschauen, Vorbild und Funktion des Unternehmers.

Diese Dinge wollen wir zeigen und nicht akademisch reden, dann, glaube ich, werden wir in ganz Österreich wieder verstanden und, hoffe ich, auch ~~weder~~ gewählt. - Danke. (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Nächster Redner: Herr Dkfm. Böck.

Dkfm. Josef B ö c k (ÖWB): Hohes Präsidium! Meine Damen und Herren! Wer es bis heute noch nicht geglaubt hat, daß ~~die~~ Männer das geschwätzigere Geschlecht sind, der ist jedenfalls heute davon überzeugt worden. Ich bin auch nur ein Mann, ich bitte daher um Nachsicht.

Und an die Organisation des Bundesparteitages eine Bitte: Bitte, das nächstemal kein Blaulicht, auch kein Rotlicht, vielleicht ein Grünlicht, das wäre vielleicht sonst zu anzüglich.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon den zweiten Bundesparteitag in diesem Jahr. Sie wissen, am Beginn dieses Jahres verkühlte sich der Hohe Bundesparteitag beim elitären Politfronleichnam, während er den Worten der höchsten Politgeistigkeit lauschte. Und damit begann der erfolgloseste und leider mißglücklichste Wahlkampf in der wechselvollen Geschichte der Wahlkämpfe der ÖVP.

An dessen Ende stand der 6. Mai. Sofort nachher riefen die Spitzenfunktionäre drohend: Nie wieder Personaldiskussionen!, als ob das Parteivolk - und ich schließe mich hier den Worten meines Vorredners an - jemals Gelegenheit gehabt hätte, eine Diskussion um die Besetzung von Spitzenfunktionen zu führen!

Es erfolgte hernach die Festlegung des Termines des Parteitages auf den 7. September, bis dann die nicht ganz unerwartete Erklärung des Herrn Dr. Josef Taus kam.

Diese Erklärung löste nun leider die Vorverlegung dieses Parteitages aus. Ich persönlich hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn man bei dem einmal gewählten Termin geblieben wäre. Er hätte unter Umständen eine breite Diskussion über die Person des neuen Parteiobmannes ermöglicht. Ich bin überzeugt, es wäre dann wieder der Dr. Mock gewesen, aber er hätte sich dann optisch und tatsächlich auf eine breite Meinung aller Parteimitglieder stützen können, und das wäre, glaube ich, wesentlich wichtiger gewesen als die kleinen Zugeständnisse, die man ihm in der Notstunde gemacht hat.

Ich hoffe, er überlebt es trotzdem, denn, wie ich höre, ist er schon über das kritische Alter von 42 Jahren hinweg, in dem der Andreas Hofer starb.

Außerdem hätte man mit einer solchen breiten Diskussion auch einen Hauch innerparteilicher Mitsprache und Demokratie erreicht und damit die Mitglieder, was notwendig gewesen wäre, neu motiviert. Das war leider nicht der Fall. So wurde der heutige Bundesparteitag hinsichtlich des Punktes 4 wie üblich ein Formalakt.

Daher mein erster Reformvorschlag: Es sollen die Statuten in der Richtung geändert werden, daß sichergestellt wird, daß auch Spitzenfunktionäre aller Parteigliederungen weitgehend in Direktwahlen gewählt werden, weiters daß dafür gesorgt ist, daß bei jeder Wahl aber schon allermindestens zwei Kandidaten da

sind - das könnte durch entsprechende Nominierungsrechte vorgesorgt werden -, und schließlich, daß in derartigen Statuten festgelegt wird, daß die Wahl mindestens acht Wochen vorher ausgeschrieben wird, damit man überhaupt noch Kandidaten nennen kann.

Und nun ganz kurz zur sogenannten Bündediskussion, wobei im engeren Sprachgebrauch ja nicht alle Teilorganisationen gemeint sind, sondern nur die drei: AAB, Bauernbund und Wirtschaftsbund.

Die Bündediskussion ist alt, fast so alt wie die ÖVP. Sie wurde intensiviert im Jahre 1970 - ich habe da auch einen kleinen, bescheidenen Arbeitskreis gegründet - und 1975 und 1977 leider gestoppt.

Als ich nach dem 6. Mai hörte, daß auch diesmal kein zurechenbares Verschulden am schlechten Wahlausgang vorlag, war ich eigentlich erstaunt. Wir hatten ja diesmal die beste Analysehilfe, die es je gab, durch die ganz exakten Meinungsforscher. Die stellten nämlich fest: Im Jänner 1979 oder im Dezember 1978 hatten wir noch die relative Mehrheit, und im Mai hatten wir total verloren. Ich hätte gedacht, daß hier die Verschuldensfrage klargestellt gewesen wäre, bis ich dann von der äußerst originellen Version hörte, die Bünde seien die eigentlich Schuldigen gewesen.

Als engagierter Verfechter einer Strukturreform der ÖVP dachte ich intensiv darüber nach, ob diese originelle Idee nicht etwas für sich hätte. Ich fand keine sachliche Begründung. Ganz im Gegenteil. Beispielsweise hat der Wirtschaftsbund

zweifellos seine Mitglieder nicht ideal vertreten, als er ohne weiteres der Arbeiterabfertigung zustimmte. Er hat es getan im Sinne des Primats der Partei. Und da begann ich mich schon ein bißchen zu ärgern, gerade als engagierter Vertreter der Strukturreform der ÖVP, weil diese Reform diskriminiert wird, wenn sie als Ausrede für anderes bestimmt ist.

Die Strukturreform ist ein ganz wichtiges Anliegen, und ich meine hiez zu ganz kurz folgendes, wenn Sie noch diese Überschreitung, die sich heute ja sehr viele Herren schon erlaubt haben, mir gestatten wollen: Die Bünde sind in Wahrheit entweder immer Interessenorganisation gewesen oder es jedenfalls geworden, und letztlich erwarten sich das auch ihre Mitglieder. Daher werden diese Mitglieder nicht allzu große Freude mit einer allzu starken Verpolitisierung haben. Man darf den Bünden auch nicht den Vorwurf der Grundsatzlosigkeit machen, solange sie dieser Spezialaufgabe ordentlich nachkommen.

Zu wenig verpolitisiert allerdings scheint mir die Partei, die Gesamtpartei zu sein, die Bundespartei, die Landespartei.

Meine Damen und Herren! Politik wird von Personen gemacht. Und wenn ein Bündechief in dieser seiner Funktion in einer Sache nein sagt, dann kann er nicht, ohne unglaublich zu sein, in einer anderen Funktion, etwa als stellvertretender Bundesparteipobmann, ja sagen, weswegen er meistens ein ganz unkonturiertes Jein erklärt.

Die von Doppelfunktionen getroffenen Personen leiden daher aufgrund ihrer Position an Unglaubwürdigkeit und Zerrissenheit.

Aus dieser Tatsache die Notwendigkeit abzuleiten, die Bünde müssen weg, halteich für politischen Unsinn. Auch das Gerede von der Machtverschiebung scheint mir falsch ...

Vorsitzender M a u r e r : Herr Redner! Bitte sehr, darf ich nunmehr zum Schluß mahnen, das geht nicht mehr.

Dkfm. Josef B ö c k (abschließend): Ja, sofort. Was wir brauchen, sind sowohl starke Bünde wie eine starke Partei, und dazu müssen wir den richtigen Weg finden. Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Als nächster Redner Bundesrat Dr. Pitschmann aus Vorarlberg.

Bundesrat DDr. Hans P i t s c h m a n n (Vorarlberg): Mitglieder, Funktionäre, Mandatäre unserer Volkspartei! Nicht nur Vorarlberger können sich mit Recht die Frage stellen, ob wir im Westen Österreichs, im industrialisiertesten Bundesland, derartige politische Erfolge hätten erringen können, wenn es keine Bünde gäbe. Kein Mensch kann diese Frage beantworten, kein Mensch kann sagen, ob es im Osten Österreichs ohne Bünde am 6. Mai etwa besser gegangen wäre.

Bei uns galt immer als oberstes Gebot: Primat der Partei. Daher auch die Erfolge im Ländle. Auch bei der Arbeiterkammerwahl hat die ganze Parteifamilie an einem Strang gezogen. Zweidrittelmehrheit im industrialisiertesten Bundesland Österreichs für den ÖAAB, für die ÖVP!

Wir sind nun einmal ein perfekter, totaler Kammerstaat, der einzige dieser Welt. Das hat automatisch zur Folge, daß die Parteien alle ihre U n t e r o r g a n i s a t i o n e n haben müssen. Auch die Sozialisten, auch die Freiheitlichen haben ihre Wirtschaftsverbände, ihre Pensionistenvereine, ihre Ringe.

Anhand des Jäger-Plakates, das ich Ihnen kurz optisch vorführen darf, möchte ich meine Behauptung untermauern, daß unsere Wahlpropaganda höchst mittelmäßig war, was die Plakate und Broschüren anlangt. Dies trifft vor allem aber auch auf die Belangsendungen zu. Ich glaube, ein bißchen frischer Wind aus dem Westen her in die etwas verstaubten Werbestuben unserer Bundesparteileitung wäre ganz gut.

Wir hatten keine einzige zentrale Wahlparole. Die Sozialisten hatten "Der österreichische Weg" mit dem rot-weiß-roten Banner. Wie leicht hätten wir es gehabt zu sagen: Der bessere Weg: ÖVP, der gerade weiße Weg im ÖVP-Banner. Wir hätten glaubwürdig den Nachweis erbringen können, daß wir den besseren Weg schon vorgezeichnet hatten. Vier Jahre lang hat die ÖVP regiert in schweren Zeiten, ohne Arbeitslosigkeit, ohne enormes Schuldenmachen, ohne Streiks und ohne größere Teuerung.

Die Stärke der SPÖ ist es zweifellos, daß sie wesentlich mehr Aktivisten hat als wir: in den Betrieben, in den Häusern, in Stadt und Land, in den sportlichen, kulturellen und sozialen Vereinen.

Wir haben ausreichend Kommerzialräte, Ökonomieräte, Hofräte und andere honorige Hochräte, aber sicherlich leider Gottes zu wenig Betriebsräte, die als Mundpropagandisten herangezogen werden könnten. (Beifall.) Das muß anders werden, wenn wir weiterkommen wollen.

Unser politischer Gegner verpackt sich viel besser und verkauft sich daher auch viel besser. Er verkauft jede Ware um ihren Preis. Wir produzieren zweifellos zumindest die gleich

gute Ware, sind schlechte Verpacker, schlechte Verkäufer bis hinauf zu unserem bisherigen Parteiobmann.

Für die Tage der Abrechnung, der Wahrheit müssen wir gerüstet sein. Unsere Parole muß lauten: Alle Teilorganisationen Arm in Arm, füreinander und nebeneinander marschieren und miteinander schlagen. Dann werden wir künftighin mit unserem Alois Mock auch im Osten Österreichs, östlich des Arlbergs, wieder politische Erfolge haben. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Ich danke sehr.

Als nächster Redner Dr. Michael Graff.

Dr. Michael G r a f f (17er Kommission): Meine Damen und Herren! Die Organisationsreform ist eine gute Sache, und die Grundsätze sind etwas noch Schöneres. Aber trotzdem glaube ich, daß wir die letzte Wahl weder wegen der Organisation noch wegen der fehlenden oder zu wenig bewußten Grundsätze verloren haben, sondern wir haben auch, und das gehört zur Gewissensforschung dazu, eine nicht hinreichend gute Politik gemacht. Wir sind eine politische Partei, und unser Brot ist es, politisch jene zu überzeugen, an die wir uns wenden, und das besteht darin, daß man auch glaubwürdige Aussagen macht, etwa in der Richtung, wie es weitergeht.

Wir haben oszilliert, das muß uns klar sein, zwischen einer zeitweise totalen Konfrontationspolitik und Versuchen, Konsens zu machen. Ja, wir haben etwas gemacht, was das Allerungünstigste ist, nämlich bei vielen Dingen zuerst nein geschrien und sie dann doch mitbeschlossen und zum Schluß vielleicht dann noch

"second thoughts" gehabt und gesagt: Das hätten wir eigentlich doch nicht wollen. Ich erinnere an die Arbeiterabfertigung. Ich glaube, auf diese Weise kann man nicht überzeugend auftreten.

Wenn Sie mich fragen, was meine persönliche Meinung ist - ich bin hier nur Mitglied und Gast -: Ich bin der Meinung, daß die totale Konfrontationspolitik uns zu nichts führen wird. Das wird nur dazu führen, daß wir in vier Jahren wieder in der Ecke stehen mit dem gelben Pickerl, zusammen mit dem Herrn Dr. Götz oder jemand anderem. Das kann nicht die Lösung sein.

Ich trete daher für eine Konsenspolitik ein, die darin besteht, daß man das, was die Regierung sagt, nicht von vornherein als idiotisch und verbrecherisch ansieht, sondern es sich zuerst einmal anschaut und, wenn es geht, ja sagt zu dem, was vernünftig ist, aber andererseits an den Stellen, wo man tatsächlich einen wirklichen Grund sieht, sich abzuheben und aus sachlichen oder personellen Gründen dagegen zu sein, auch echt dagegen ist. Das zur Politik.

Zweiter Punkt: Zur Organisation. Es liegt hier eine Erklärung zur Parteierneuerung vor, beschlossen von der Bundesparteileitung, in der steht: Im neuformierten Bundesparteivorstand sollen sitzen der Bundesparteioobmann, der Generalsekretär, der Klubobmann, der Finanzreferent, die Obmänner der Teilorganisationen und die Landesparteiobmänner, alle ohne Wahl durch die ÖVP.

Ich erlaube mir bescheiden darauf hinzuweisen, daß das mit den Beschlüssen der 17er Kommission, die zwar keine bindenden Beschlüsse, sondern nur Empfehlungen sind, nicht übereinstimmt.

Wir sind der Meinung, daß die Funktionäre der Partei auf allen Organisationsebenen durch die entsprechenden Gremien gewählt werden sollen. Das gilt auf Ortsebene, auf Landesebene und auch auf Bundesebene.

Hoher Bundesparteitag! Ich glaube, es braucht niemand Angst zu haben: Warum soll denn ein bündischer Obmann nicht gewählt werden, wenn er gut ist? (Beifall.)

Dritter Punkt: Urabstimmung. Die 17er Kommission hat sich für die Durchführung der Urabstimmung ausgesprochen. Ich möchte einen ganz konkreten Vorschlag machen, wie man das durchführen könnte. Es nur brieflich zu machen, hat keinen großen Mobilisierungseffekt. Alle Wähler in die Parteilokale kommen zu lassen, würde vielleicht auch zu einer nicht überzeugenden Wahlbeteiligung führen und nicht die Mobilisierung der Gesamtpartei bewirken, die wir wollen.

Ich schlage vor - ich habe hier nichts zu beantragen -, aber ich schlage vor, den nächsten Parteitag als Volksparteitag, als wirklichen Volksparteitag im Wiener Stadion abzuhalten und alle Parteimitglieder, die vorher karteimäßig zu erfassen sind, dazu einzuladen. Dort soll dann unter den Anwesenden eine große Urabstimmung in dem Sinn stattfinden, daß die formal, statutenmäßig vom Parteitag gefaßten Beschlüsse durch einen plebiszitären Akt aller anwesenden Parteimitglieder ratifiziert werden und daß damit unsere Partei wieder in Schwung kommt als eine christliche, liberale und soziale moderne Volkspartei. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Ich danke sehr für die ausgezeichnete Disziplin, noch keine fünf Minuten.

Als nächster Redner Abgeordneter Ferdinand Manndorf.

Labg. Ferdinand M a n n d o r f f (NÖ): Hoher Bundesparteitag! Erlauben Sie mir, daß ich als Diskussionsbeitrag eine Frage der Skepsis zitiere und eine Information der Hoffnung sowie der Ermutigung ins Bewußtsein rufe.

Eine Frage der Skepsis. Nicht nur von Sozialisten, auch von eigenen Parteifreunden hört man manchmal das Wort: Das Jahr 1983 könnt ihr ohnedies vergessen. Wir werden frühestens 1987 oder überhaupt erst viel später in der Lage sein, wieder zur Verantwortung zu kommen.

Ich halte diese innere Skepsis für eine der größten Gefahren, wenn wir an die Arbeit der Zukunft herangehen.
(Zustimmung.)

Eine Information der Ermutigung. Das von mir geleitete Institut für Wirtschaft und Politik hat nach dem 6. Mai eine Umfrage über die Motive des Wählerverhaltens durchgeführt und dabei auch die Frage gestellt, ob sich Wähler, die am 6. Mai sozialistisch gewählt haben, vorstellen könnten, bei der nächsten Wahl ÖVP zu wählen. Das Ergebnis war, daß 7 Prozent derer, die am 6. Mai SPÖ gewählt haben, sich durchaus vorstellen könnten, beim nächstenmal ÖVP zu wählen und weitere 15 Prozent sich das vielleicht vorstellen könnten.

Meine Damen und Herren! Das ist nur ein Spiegel der Tatsache, daß die Wählermeinung heute ungeheuer mobilist und sich weder die SPÖ darauf verlassen kann, daß ihre Wähler bei ihr bleiben, noch wir mutlos sein müssen, diese Wähler zu gewinnen. (Zustimmung.)

Ich glaube, eines ist dazu erforderlich und das sollte ein wesentlicher Aufgabenpunkt dessen sein, was wir als Reform der Parteiarbeit im Auge haben müssen, nämlich viel deutlicher klarzumachen - und das ist der Generaltitel -, auch unserem einzelnen Funktionär als Argument und Kampfmittel in die Hand zu geben, die Beantwortung der Frage: "Warum ÖVP, und warum nicht SPÖ". Denn wenn wir heute hinausgehen in die Praxis, an die Front, so ist gerade die Schwierigkeit, diese Frage beantworten zu können, eines der großen Handikaps unserer Funktionäre draußen an der Front. Das zu formulieren, das unseren Mitarbeitern in die Hand zu geben, ist eine der wesentlichen Aufgaben.

Ein zweites: Es ist klarzumachen, meine Damen und Herren, worin die Gefahr des Sozialismus besteht, und klarzumachen, was unser Gesellschaftsmodell ist. Wenn heute Minister Androsch sagt, die Marktwirtschaft könne nicht sozial sein, dann müssen wir imstande sein, ganz klar zu antworten, daß diese soziale Marktwirtschaft überhaupt die einzige Form ist, der Herausforderung der Zukunft, die uns die Welt entgegenstellt, zu begegnen. Sie allein ist in der Lage, jenes Leistungspotential zu mobilisieren, das wir brauchen von der Wirtschaft, vom Geist und von allen Elementen, um vor den Herausforderungen der Welt in Zukunft bestehen zu können. Das beantworten zu können, diese Antwort zu konstruieren, diese Antwort im geistigen Bereich zu produzieren, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Parteiarbeit für die Zukunft sein. Meine Damen und Herren! Das sollten wir in den kommenden Monaten,

wenn wir uns mit der Reform der Parteiarbeit befassen, als eine der wichtigsten Zielsetzungen im Auge haben.

Heute ist schon davon gesprochen worden: Es geht nicht nur um Etikette, es geht um Inhalte. - Ja, aber es geht auch um die Etikette. Wenn ich nämlich nicht die Etikette finde, mit der ich einen richtigen Inhalt verkaufen kann, kommt der Inhalt nicht an.

Meien Damen und Herren! Als letzten Gedanken für die kommende Arbeit möchte ich folgendes in den Raum stellen: Wenn wir heute die Frage stellen, mit welchen Medien der Wechselwähler, der nicht hier herinnen sitzt und sich allein mit Politik befaßt, überhaupt informiert wird über das, was die Politik zu bieten hat, so sind es im wesentlichen die zentralen Medien des Fernsehens, die "ZIB" 1, und der großen Massenblätter. Wir müssen in der Lage sein, in diesen Medien überzeugend und glaubwürdig aufzutreten. Auch das ist etwas, was wir lernen müssen. Un-~~das~~ zu lernen, ist eine der Aufgaben der Parteireform. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Danke sehr.

Nächster Redner ist der Obmann der Jungen ÖVP Kager.

Dir. Alfred K a g e r (NÖ): Hoher Bundesparteitag! Gerade die Junge ÖVP Niederösterreich hat sich in den letzten Wochen sehr stark um die Reform der Partei angenommen. Meine Freunde und Funktionäre waren engagiert dabei mitzuüberlegen, wie wir diese Reform durchführen, was wir als Junge ÖVP dazu beitragen können.

Gestatten Sie mir daher, daß ich hier zwei mir wesentlich erscheinende Punkte anführe.

Zuerst: Wir wollen ein neues Parteihaus errichten. Ich glaube, ein Haus ohne ordentliche Grundfesten wird nicht möglich sein. Das wesentlichste Element dieser Grundfesten - heute wurde es schon einmal gesagt - ist die Loyalität und die Kameradschaft.

Es waren gerade wir jungen ÖVPler aus Niederösterreich, die über den Rücktritt unseres Bundesparteiobermannes Dr. Josef Taus zutiefst bestürzt waren, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Rücktritt wieder umgeben war von einer Reihe von Gerüchten, wie das in unserer Partei eben so üblich ist. Es wurde gesagt, Taus hätte die Latte zu hoch gelegt. Es wurde davon gesprochen, er habe nach dem 6. Mai ja gar nicht mehr kandidieren wollen und all seine Reformvorschläge wären eigentlich nur eine Alibi-Handlung gewesen.

Hoher Bundesparteitag! Ich glaube nicht, daß wir als Partei imstande sind, den kleinen Funktionären und Mitgliedern glaubhaft zu machen, jenen Leuten, die zu uns kommen, sich von uns Hilfe erwarten, sich bei uns in einer Gemeinschaft fühlen wollen, helfen zu können, wenn wir selbst nicht einmal imstande sind, auch einem scheidenden Bundesparteiobermann diese Kameradschaft und Loyalität zukommen zu lassen. Sie wollen wir ihm auch heute noch ausdrücken. (Beifall.) Diese Loyalität und Kameradschaft, die wir jedem einzelnen Mitglied der Partei zukommen lassen wollen, wollen wir ebenso dem Parteiobermann und nun auch unserem neuen Parteiobermann selbstverständlich entgegenbringen.

Wir stellen uns aber nicht vor, daß Loyalität und Kameradschaft so aussehen, wie ich unlängst im "Kurier" nachlesen konnte. Da sagte nämlich ein führender Parteifunktionär: An Mock haben wir alle ungeheuer geschätzt, daß er unendlich fleißig ist, seine Loyalität gegenüber dem Parteiobmann, die sich schon oft jenseits politischer Klugheit bewegt hat. - So stellen wir uns Loyalität bitte nicht vor! (Zustimmung.)

Noch ein zweites zur Person des Generalsekretärs. Es wurde in den letzten Wochen, Monaten und Jahren sehr viel über den Generalsekretär nicht nur diskutiert, sondern er wurde auch kritisiert. Wir sollten heute nicht nur kritisieren, sondern auch versuchen zu überlegen, wie wir etwas besser machen können. Ich glaube, das, was wir brauchen, ist ein handlungs- und aktionsfähiger Generalsekretär, der entscheiden, handeln und reden kann, ohne darauf Rücksicht nehmen zu müssen, daß er am nächsten Parteitag wieder die entsprechend hohe Stimmenanzahl erhält. Er soll frei sein von diesem Zwang der Stimmen am Parteitag.

Deshalb schlagen wir vor, daß der Generalsekretär durch die Bundesparteileitung bestellt werden soll. (Beifall.) Ich glaube, damit besteht auch die Möglichkeit, daß im Rahmen des Schilcherschen ÖVP-Orchesters es eindeutig feststeht, wer die erste und die zweite Geige in der ÖVP spielt. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Danke sehr.

Nächster Redner Dr. Frühwirth.

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Josef F r ü h w i r t h (W):

Liebe Parteifreunde! Im Hinblick auf die Kürze der Redezeit und die fortgeschrittene Zeit überhaupt möchte ich nicht zu Details Stellung nehmen. Ich habe meine Gedanken zur Parteireform in einer kleinen Broschüre zusammengefaßt. Wer dafür Interesse hat, dem kann ich noch einige Restexemplare zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch einige Wort zur Reform sagen, weil ich der Meinung bin, daß die Reformbewegung diesmal das ganze Parteivolk erfaßt hat und nicht eine Sache des Parteivorstandes oder der Parteileitung sein kann. Wenn ich so manche Papiere, so manche Äußerungen von "oben" zur Kenntnis bekomme, kommt mir unwillkürlich immer die tragikomische Figur in Erinnerung, die sich da selbst am Zopf aus dem Sumpf ziehen möchte.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Bewegung ist in Fluß gekommen, sie geht ihren eigenen Weg. Wir können bestenfalls den Weg noch steuern. Und die Steuerung kann letzten Endes nur zu einer Urabstimmung führen (Beifall), zu einer schriftlichen Urabstimmung bei allen Mitgliedern. Ich halte nichts davon, wie Kollege Graff gemeint hat, daß man im Stadion eine Großversammlung einberuft. Sie wird sicherlich zu nichts führen. Aber eine schriftliche Urabstimmung ist man unseren Parteimitgliedern, die brav und bieder oft seit Jahrzehnten nicht nur ihren Mitgliedsbeitrag bezahlen, sondern auch treu zu uns stehen und bei jeder Wahl ihre Leistung erbringen, schuldig.

Es wird immer wieder die Organisationsreform damit abgetan, daß man sagt, vor allem die Gegner dieser Reform behaupten es, mit einem Statut könne man keine Wahl gewinnen. - Das ist richtig! Aber die Statuten sind die Verfassung der Partei, und die Verfassung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß man Wahlen in Zukunft gewinnen kann.

Wenn - wie wir alle wissen - das Programm stimmt, wenn dann die Verfassung stimmt und wenn - wie wir heute überzeugt sind - auch die Personen stimmen, so ist mir, liebe Parteifreunde, um die weitere Zukunft dieser Partei nicht bange. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Danke sehr.

Nächster Redner Präsident Hahn.

Vielleicht darf ich Ihnen eine Zwischeninformation geben. Es haben bisher 21 Redner das Wort genommen, es sind noch 27 Redner derzeit vorgemerkt.

LPräs. Fritz H a h n (BPL): Hoher Bundesparteitag! Ich bin wahrscheinlich einer der wenigen, der seit 1949 jeden Parteitag miterlebt hat. Ich muß sagen: Der Applaus heute ist eigentlich wesentlich günstiger als das, was sich in den letzten Wochen auf Grund der Profilierungsneurosen einiger weniger in den Tageszeitungen oder in den Massenmedien abgespielt hat. Ich sage auch mit aller Offenheit: Es ist sicherlich kein besonderer Auftakt zum Parteitag, wenn der Präsident der Ärztekammer und steirische Landtagsabgeordnete Dr. Piaty gestern im Fernsehen so getan hat, als müßte diese Partei einfach zerfallen, wenn die Reform nicht weiterginge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!
Das ist das, was der Wähler am allerwenigsten hören will und hören darf. (Zustimmung.) Der Wähler will eine starke und geschlossene Volkspartei haben. (Beifall.)

Reform ist gut, eine Diskussion darüber ist wichtig, aber alles schon dagewesen. Das darf ich auch mit einem Nebensatz anmerken.

Ich möchte hier zwei Fragen stellen, die ich persönlich auch für mich seit dem 6. Mai noch nicht beantworten konnte.

Das erste: Was ist wirklich in den letzten drei Monaten geschehen, als der Wahltermin vorverlegt wurde, daß die Sozialisten wieder 2,5 oder 3 Prozent dazugewonnen und wir verloren haben? Dafür muß es doch Gründe geben. Es existieren so viele Meinungsumfragen, so viele Untersuchungen, vielleicht kann man dieses Ergebnis auch analysieren.

Zum zweiten, das mir sehr wesentlich erscheint. Ich gebe als Vertreter einer Teilorganisation zu, daß mich das bewegt. Sicherlich kann man über alles reden, aber als die Auflösung der Teilorganisationen früherer Bünde so stark in die Öffentlichkeit kam, habe ich mir darüber Gedanken gemacht. Diese Teilorganisationen haben bei jeder berufsständischen Wahl, egal, ob bei der Landwirtschaftskammerwahl, bei der Handelskammerwahl, ja auch bei der Arbeiterkammerwahl, Stimmen dazugewonnen. Nach einer verlorenen Nationalratswahl ist es dem Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund gesamtösterreichisch sogar gelungen, 2 Prozent dazuzugewinnen. Da stellt sich wohl die Frage: Wählen denn nicht die gleichen auch bei

einer Bundes-Wahl ÖVP? Das ist ein Problem, das mich sehr bewegt. Auch dieses Ergebnis könnte man analysieren, und ich hoffe, daß ich diese Analyse einmal sehen werde.

Daraus kann man aber eigentlich nur einen fast zwingenden Schluß ziehen: Wahrscheinlich haben wir doch bei den nicht mehr im Berufsleben Stehenden am meisten Stimmen verloren. - Nicht böse sein! Der Seniorenbund, Hermann Withalm waren hervorragend. Sie haben wirklich wesentlich dazu beigetragen, unser Image zu verbessern. Doch ich weiß aus eigener Erfahrung, mir haben es Leute gesagt, zum Beispiel ältere Frauen, die seit 1945 ÖVP gewählt haben, daß sie in diesem Jahr erstmals die SPÖ wählten, nur aus der Angst: Wenn von der ÖVP soviel über die Pensionen geredet wird, muß etwas Wahres dransein, daß man ihnen einmal die Pension wegnehmen wird.

Ich glaube, es ist die wahre Aufgabe einer Parteispitze bzw. eines Propagandaapparats, solche Überlegungen rasch zu entkräften. Das kann uns nicht gelungen sein, sonst hätte der 6. Mai anders ausgehen müssen.

Zum Reformpapier vielleicht nur eine kleine Richtigstellung, obwohl auch die 17er-Kommission eigentlich klar die Wichtigkeit der Teilorganisationen betont. Bitte, der eine Satz auf Seite 2, Punkt 2, daß der AAB eigentlich vorwiegend eine Beamtenorganisation ist, stimmt nicht mehr; ich gehe soweit zu sagen: nicht mehr. Sicherlich, wir wissen, was hier noch alles zu tun ist. Immerhin haben wir bei den Arbeiterkammerwahlen, gesamtösterreichisch gesehen, 43 Prozent der Stimmen bei den Angestellten erreicht. Ja, meine Damen und Herren,

das ist doch etwas! Hier gibt es doch ein Feld, das unbedingt noch fester zur ÖVP verankert werden muß. (Beifall.) Ich glaube, es ist eine klare Tatsache, und wir können eigentlich sehr froh sein, daß wir fünf Wochen nach der Nationalratswahl gesehen haben, daß das Vertrauen in die Volkspartei hier noch vorhanden ist.

Daher mein Appell an dieser Stelle, denn glauben Sie mir, wenn man immerhin seit 1945 bei der Partei ist und schon lange Jahre Mandatar, dann tut es manchmal weh, wenn führende Funktionäre ich möchte jetzt keine Namen nennen - diese Profilierungsneurosen haben und gewisse Aussagen treffen: Nein, nach dem heutigen Parteitag gibt es nur eine einige, geschlossene Volkspartei unter Alois Mock! (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Nächster Redner: Irrgeher.

Dr. Heinz I r r g e h e r (ÖAkB): Liebe Freunde! Der neugewählte Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Mock war derjenige Parteiobmann, der am Bundesparteitag als erster Obmann nicht "Hoher Bundesparteitag!" gesagt hat, sondern "Liebe Freunde!". Ich freue mich darüber, und wenn wir das alle wirklich auch noch werden, dann ist, glaube ich, einer der wichtigsten Schritte zu einer Parteireform bereits gemacht.

In der letzten Zeit zeichnen sich in der Diskussion zur Parteireform zwei Schwerpunkte ab, wobei die Frage ist, ob man sich mehr mit der Organisation oder mehr mit den politischen Inhalten beschäftigen soll. Ich glaube, daß beides voneinander nicht zu trennen ist, und die Diskussion darüber, ob die Henne

zuerst war oder das Ei, ist ziemlich müßig. Tatsächlich ist es sicherlich so, daß sachliche Inhalte die Organisation prägen sollten. Eine der Ursachen der derzeitigen Situation unserer Partei scheint mir zu sein, daß die Organisation die Inhalte prägt, beispielsweise dadurch, daß ÖAAB, Wirtschaftsbund und Bauernbund als homogene Gruppe konzentriert und organisiert wurden, was sie aber heute sicherlich nicht mehr sind, Heute sind dort manchesmal leider nur mehr die Funktionäre homogen.

Die politischen Interessen und Zielsetzungen in der österreichischen Bevölkerung lassen sich halt einfach nicht nur dritteln, wenn man bedenkt, daß im ÖAAB neben dem leitenden Angestellten auch der Arbeiter betreut werden muß, der Facharbeiter ebenso wie der Angestellte und auch der Beamte, im Wirtschaftsbund der Freiberufler gleichzeitig mit dem Greißler in einer Organisation ist oder der Vertreter der multinationalen Gesellschaft neben dem Gastwirt, im Bauernbund Bergbauern, Nebenerwerbsbauern, von Kleinbauern ganz zu schweigen.

Tatsächlich ist aus den Teilorganisationen weder 1971 noch 1975 oder 1979 so etwas wie ein politisches Programm gekommen. In den letzten zehn Jahren sind in den Teilorganisationen wahrscheinlich leider Forderungen mit politischen Inhalten verwechselt worden. Es ist kein Zufall, daß die Programme stets in der Kärntner Straße entwickelt worden sind und 1971 noch ein Programm mit 107 Punkten gemacht wurde, 1975 vier Lebensqualitätsprogramme und 1979 nur noch 16 Programme. Die Tendenz scheint mir dahin zu gehen, daß immer mehr Programme von immer weniger Leuten gemacht und von niemandem mehr gelesen werden.

Die Identifizierung dieser Programme ist wahrscheinlich nur mehr in der Person des Autors gegeben. Die Bemühungen sind redlich, sollten aber selbstverständlich doch von dorthier kommen, wor die Träger der politischen Macht in der ÖVP sind, nämlich aus den Teilorganisationen.

Wir sollten versuchen, diesen Teilorganisationen, aber auch den örtlichen Teilorganisationen der Partei in einer Reform das wiederzugeben, was sie verloren haben, nämlich die Integrationsfähigkeit. Bei uns ist es derzeit so, daß erst die Funktion die Leute überhaupt dazu fähig macht, in der Partei etwas mitzumachen. Die Funktion heiligt erst die Aktivität. Damit setzt sich ein Kreislauf in Gang, der nicht zu unterbrechen ist.

Man sollte unter Umständen überlegen, eben auf der Bezirksebene eine Organisation zu schaffen, die offen ist, die nur besteht aus dem Obmann, aus einem Organisationsreferenten, aus einem Finanzreferenten und eventuell einem Sekretär. Der Rest sind interessierte Mitglieder. Wer kommen möchte, ist gerne gesehen, sieht ein ihn interessierendes Projekt durch und geht wieder, oder er bleibt. Es hat keinen Sinn, Funktionen um der Funktion willen aufrecht zu erhalten. Es ist wichtig, Leute zu finden. Ich glaube, durch Interesse werden Leute besser gebunden als durch Funktionen.

Verhindern müssen wir die Organisation um der Organisation willen, die sich zu 90 Prozent mit sich selbst beschäftigt und nicht mehr imstande ist, den Kontakt mit den Wählern zu finden, die wir eigentlich betreuen sollten. Die einzige Möglichkeit,

die derzeit im Versuchsstadium landesweise läuft, ist die Aktion "pro Wien", wo Ähnliches verwirklicht worden ist. Wir müssen von der Sache zur Person und zur Funktion kommen. Warum soll es außer Schulversuchen nicht auch Parteiversuche geben?

In diesem Sinne hoffe ich, daß die Partei dort ansetzt, wo sie ansetzen soll: nämlich bei jedem einzelnen von uns im eigenen Wirkungsbereich. (Beifall.)

Vorsitzender M a u r e r : Nächste Rednerin: Elisabeth Schmitz.

Ich möchte den Vorsitz an Herrn Dr. Busek übergeben.

Dr. Elisabeth S c h m i t z (KÖF): Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Zunächst einleitend einige Gedanken zur Gesinnungsreform. Man muß zusammenstehen in schweren Tagen, man hat einfach dazusein in einer solchen Situation. - Mit diesen Worten sprang 1975 Josef Taus, unser scheidender Bundesparteiohmann, an der Bahre von Karl Schleinzner in die Presche. Er stellte sich in dunkelster Stunde unserer Partei zur Verfügung und gab eine strahlende internation-ale Bankkarriere auf, um Bundesparteiohmann der Österreichischen Volkspartei zu sein.

Man hat einfach dazusein in einer solchen Situation. - Diese Worte haben für uns Auftrag zu sein und Verpflichtung, heute, am 21. ao. Bundesparteitag der Volkspartei, Anlaß auch, Josef Taus unseren Dank zu sagen, unseren Dank für seine Aufopferung, seinen Mut, seinen Heroismus, seine Kompromißlosigkeit in Grundsatzfragen, in Gewissensfragen, für sein Nein zu

Zwentendorf, seine Haltung in der Atomfrage, der Scheidungsproblematik, der Frage der Fristenlösung, schließlich in der Frage dieser Parteireform.

Zusammenstehen in schweren Tagen, man hat einfach dazusein in dieser Situation. - Diese Worte mögen uns Auftrag sein zu einer Gesinnungsreform, zu einem Neuüberdenken des Begriffes der Treue, der Loyalität, der Solidarität. Diese Worte sind für uns von besonderer Aktualität heute, da unser neuer Bundesparteiobmann Alois Mock das Steuerruder der Volkspartei übernimmt. Denn Alois Mock ist gelebte Treue, Alois Mock ist gelebtes Salzburger Grundsatzprogramm, und uns-re Treue soll ihn tragen von Bregenz bis Eisenstadt, von Klagenfurt bis Wien. Glückauf unserem neuen Bundesparteiobmann Alois Mock! (Lebhafter Beifall.)

Nun zu meinen Vorschlägen zur ÖVP-Reform, abgesehen vom fundamentalsten Teilbereich der Gesinnungsreform.

1. Die KÖF beantragt auch statutenmäßige Verankerung im Bundesparteiorganisationsstatut, § 21 Abs. 1 lit. i oder § 19 Abs. 1 lit. i. Man kann dann - 8 Monate haben wir Zeit - darüber diskutieren und beraten. Ich habe einen entsprechenden Antrag formuliert und dem Herrn Bundesparteiobmann Dr. Mock und Herrn Generalsekretär Dr. Sixtus Laner gestern übergeben, und es ist wohl nicht möglich, in dieser kurzen Zeit Ihnen den gesamten Antrag hier vorzutragen, da wir ein Zeitlimit haben. Dennoch ganz kurz einige Zitate aus der Begründung:

Seit ihrer Gründung im Hochwasserjahr 1965 wurden von der KÖF über 30.000 schwerbetroffene Familien, Behinderte, alte Menschen nach Natur- und Lebenskatastrophen meist in mehreren Beihilfeetappen mit nahezu 100 Millionen Schilling KÖF-Beihilfen unterstützt. Die KÖF leistet Sozialhilfe überall dort, wo der sozial Schwache von unserer hektischen Wohlstands- und Leistungsgesellschaft rücksichtslos überrollt wird.

Viele von Ihnen sind Mitglied der KÖF. Da das soziale Image der ÖVP durch die von der KÖF im Kampf gegen die Armut geleistete Sozialarbeit beträchtlich gewonnen hat, beantragt die KÖF die statutenmäßige Verankerung, umso mehr, als sich die ÖVP - ich sage es nicht sarkastisch - als soziale Integrationspartei versteht. Ich appelliere vielmehr, sie möge daher auch die Sozialinstitution KÖF integrieren.

Sie versteht sich auch als Partei des sozialen Fortschrittes - ich zitiere das Salzburger Programm -: Eine moderne Sozialpolitik muß außer der quantitativen Vorsorge auch einen qualitativen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des einzelnen leisten. Sie kann die Wirksamkeit als Hilfe zur Selbsthilfe wesentlich steigern. Die ÖVP verlangt von einer modernen Sozialpolitik, daß sie nicht stark an überkommenen Vorstellungen festhält, sondern daß sie sich an der Dynamik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stets neu orientiert, die Problemen wie der menschlichen Vereinsamung et cetera mit neuen sozialpolitischen Maßnahmen begegnet.

Es wäre zu lange, würde ich unseren gesamten Antrag vorlesen. Ich habe ihn bereits eingereicht. Entsprechende Unterschriften darf ich dann auch beifügen.

Nunmehr ein zweiter Vorschlag zur ÖVP-Reform. Es möge versucht werden, im Bundesparteiorganisationsstatut durchlaufend an Stelle der Formulierung "Teilorganisation beziehungsweise nahestehender Verband" die Formulierung "Interessenvertretung" einzusetzen. Dies mag vielleicht auch ein Denkanstoß zu einer fundamentalen ÖVP-Reform sein, daß der Begriff "Bünde" für immer verschwunden ist. (Beifall.)

Wir haben dann den Primat der Gesamtpartei. Man tritt der ÖVP bei, kriegt das ÖVP Mitgliedsbuch und trägt drinnen ein, welcher Interessenvertretung man angehört, wozu also auch der Akademikerbund als Interessenvertretung der Akademiker, Intellektuellen, Künstler gehört oder die KÖF als Interessenvertretung der sozial Schwachen, Unterprivilegierten, Behinderten et cetera. Daher auch mein Antrag, allen ÖVP-Organisationen - ich betone: allen -, auch den nahestehenden Verbänden, gegen die eine gewaltige Diskriminierung betrieben wird, ÖVP-Mitgliedsbücher auszustellen dort, wo es gewünscht wird. Denn wir, die nahestehenden Verbände, sind praktisch das Hoffnungs- und Einzugsgebiet für neue Mitglieder, die von außen her zu uns strömen, die wir überzeugen, motivieren, gewinnen können. Ich glaube, diese Partei hat sich bisher immer als offene Partei bezeichnet, war aber primär offen, um alle hinauszukatapultieren, die mitarbeiten wollten. (Beifall bei der KÖF.)

Und wenn heute ein Figl käme und würde eine neue Organisation gründen, würde er auch hinauskatapultiert, denn in der bündischen versteinerten archaischen Struktur ist für neue Verbände und ÖVP-Organisationen kein Platz.

Ich bitte daher, diesen Vorschlag der Interessenvertretung, dieser Bezeichnung einmal zu überlegen, denn auch wir, die KÖF, haben bisher eher durch starke Diskriminierung gelitten, wozu natürlich kommt, daß wir "nur Frauen", also sozusagen die Tschuschen der Volkspartei sind.

Nun ein vierter Vorschlag zur ÖVP-Reform ... (Zwischenrufe, Beifall, Pfiffe.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich würde bitten, Disziplin zu bewahren. Ich würde allerdings auch die Rednerin ersuchen, sich an die Redezeit zu halten. Es sind bereits zehn Minuten.

Dr. Elisabeth S c h m i t z (fortsetzend): Ja, sicher, ich sehe es ein. Nur haben einige Vorredner auch schon ein bißchen ihre Redezeit überschritten.

Vorsitzender Dr. B u s e k : Mangel an Disziplin kann kein Beispiel sein, vor allem nicht für eine Frau Dr. Schmitz.

Dr. Elisabeth S c h m i t z (abschließend): Ich gebe es aber auch gerne schriftlich. Ich darf es schriftlich übergeben. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke für das Verständnis.

Landtagsabgeordneter Arthold.

Landtagsabgeordneter Josef A r t h o l d (Wien): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Auch ich bedaure, daß wir im neuen Nationalrat mit weniger Mandaten vertreten sind als zuvor. Aber was mich betrübt und was mir Angst macht, ist die Art, wie wir heute Wahlanalyse betreiben. Sofort nach der Wahlniederlage haben sich einige beeilt, die Analyse durchzuführen, und zwar glaube ich, daß jene als erste die Wahlanalyse durchgeführt haben, die selbst einer solchen Analyse unterzogen hätten werden sollen. (Beifall.)

Ich glaube, daß der 6. Mai nicht eine Niederlage der Ära Taus und nicht eine Niederlage der Politik der letzten vier Jahre war. Diese Niederlage hat sich schon seit vielen Jahren angekündigt.

Ich darf heute die Frage stellen: Haben in all diesen Jahren die Partei und die Träger dieser Partei, die Teilorganisationen, ihre Aufgaben auch entsprechend erfüllt? Hat der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund in den letzten 15 Jahren übersehen, daß jene Arbeiter und Angestellten, die durch die gute Politik der ÖVP in den fünfziger und sechziger Jahren einen enormen sozialen Aufstieg genommen haben, plötzlich die Sozialistische Partei als wählbare Partei empfunden haben, weil der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund nicht mitbekommen hat, diese Leute an sich zu binden und zu halten. Warum sind uns diese Führungskräfte verlorengegangen?

Hat der Wirtschaftsbund in all diesen Jahren vergessen, daß in den sechziger Jahren, wo die große Umschichtung in der Wirtschaftspolitik war, die Kleingewerbetreibenden sich plötzlich

nicht mehr beim Wirtschaftsbund geborgen gefühlt haben, daß sie nicht mehr das Gefühl gehabt haben, dort entsprechend vertreten zu sein?

Bitte machen wir doch die Ohren und die Augen auf, wenn wir es nicht wahrhaben wollen, und gehen wir hinaus zu den Kleingewerbetreibenden, ob sie bei uns noch ihre Heimat finden.

Ich bin auch einer jener, die vom Land in die Großstadt gekommen sind. Der Bündeneid zwischen Bauernbund und Österreichischem Arbeiter- und Angestelltenbund hat es förmlich verhindert, daß diejenigen, die vom Land in die Großstadt gezogen sind, sich vom Bauernbund gelöst und zum Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund gewechselt sind. Wie viele solche Landflüchtige sind dieser Partei verlorengegangen! Nichts ist geschehen, aus reinem Bündeneid darf ich hier sagen. (Beifall.)

Die österreichische Frauenbewegung hat es verabsäumt, die berufstätige Frau in ihr Programm einzubinden. Es nützt nichts, wenn wir sagen, die Frau gehört in die Familie und als Mutter zu Hause an den Herd. Wir müssen einfach wahrhaben, daß heute Österreich jener Staat ist, wo es die meisten berufstätigen Frauen gibt. In der Frauenbewegung haben wir das nur sehr, sehr vage wahrgenommen.

Und der Jungen ÖVP darf ich heute sagen: Auch hier haben wir nicht immer die Probleme gesehen, die wir eigentlich sehen müßten. Wo ist bei den Hochschulwahlen die Junge ÖVP? Wo ist die ÖVP in den Betrieben, wenn es um die Jugendbetriebsräte geht?

Ich glaube, hier gibt es eine ganze Reihe von Dingen, die wir berücksichtigen werden, und hier sollten wir uns einer Selbstkritik unterziehen.

Und wo, bitte, sind jene Landesfürsten? Es ist auch eine Analyse notwendig, daß wir uns fragen: Warum ist es möglich, daß wir bei Landtagswahlen so herrliche Ergebnisse haben, die wir bei Bundeswahlen nie bringen können? Oder gilt hier etwa der Wahlspruch: Das Hemd ist uns näher als die Gesamtpartei? (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Herrn Abgeordneten Arthold.

Als nächster Landtagsabgeordneter Wöber.

Landtagsabgeordneter Dr. Heinz W ö b e r (Wien): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich müssen wir uns überlegen, warum wir die Wahl verloren haben. Aber es hat keinen Sinn, jetzt mit dem Finger zu zeigen und zu sagen, dieser oder jener war schuld.

Eines steht fest: Es ist uns insgesamt als Österreichische Volkspartei viel zuwenig gelungen, dem Wähler zu sagen, warum er die Österreichische Volkspartei wählen soll. Es ist den Sozialisten gelungen, ein Feindbild aufzubauen mit einem Slogan: "Taus - Götz. Nein danke."

Wir hatten 16 Alternativkonzepte, es fehlte eine klare Zusammenfassung. Welcher Funktionär konnte einen überzeugenden Überblick über die Aussagen geben? Die wenigsten! Und beim Wähler sind diese Aussagen schon gar nicht gelandet.

Wenn wir - wenn ich einen Vergleich bringen darf - Marktanteile verloren haben, so brauchen wir wohl eine bessere Werbung.

Aber es muß auch das Produkt, und unser Produkt ist die Politik, in Ordnung sein.

Wir präsentieren als Opposition diese Politik dem Wähler als eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Detailproblemen. Es fehlen uns die klaren Aussagen. Es fehlen uns die überzeugenden Antworten, warum man die Österreichische Volkspartei wählen soll.

Daher bin ich der Meinung, wir dürfen nicht nur sagen, das Salzburger Programm ist in Ordnung. Nein, wir müssen es auch populär machen, es auch in eine verständliche Form bringen, damit jeder Funktionär, jedes Mitglied weiß, warum er bei der ÖVP als einer Alternative zu den Sozialisten ist. (Beifall.)

Wir müssen uns auch mehr als bisher damit beschäftigen: Was denken die Menschen, was wollen sie, was sind ihre eigentlichen Probleme und Sorgen? Das muß durch ständigen persönlichen Kontakt mit unseren Mitbürgern geschehen, aber auch durch Befragungen und durch Meinungsforschung, die unsere Aussagen ganz einfach abtesten muß, wie es bei Markenartikeln ja auch in der Werbung geschieht.

Unsere Politik muß verständlich sein, frei von Widersprüchen. Wir müssen das Wesentliche erkennen und den Mut haben, es immer wieder zu wiederholen.

Und seien wir in unserem Stil lieber einmal unpopulär als unglaubwürdig, denn wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.

Wir können auch nicht heute dieser und morgen jener Interessengruppe nach dem Mund reden. Vertreten wir echte, ehrliche und verständliche Grundsätze, das wird man uns abnehmen.

Es ist auch besser, lieber einmal eine Unsicherheit als Partei zuzugeben, als permanent einen Kraftlackel zu spielen, der aber dann letztlich lächerlich wirkt. Zielgruppen der Österreichischen Volkspartei wie die leitenden Angestellten, die freien Berufe, aber auch die Jugend sind hier besonders hellhörig und kritisch.

Widerstehen wir auch der Versuchung, nun als Opposition abgelegte sozialistische Kleider auftragen zu wollen. Besinnen wir uns auf die große Idee der Volkspartei als Alternative zum Sozialismus, seien wir wieder die bessere und glaubwürdigere Volkspartei mit klaren und verständlichen Aussagen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Dr. Wöber für die Einhaltung der Redezeit. Frau Hebenstreit.

Eleonore H e b e n s t r e i t (ÖFB): Hoher Bundestag! Meine sehr geehrten Herren! Liebe Kolleginnen! Ich kann Ihnen eines versprechen: daß ich die Redezeit nicht überschreiten werde.

Ich möchte Stellung nehmen zum Bericht der 17er Kommission, zur Reform der Organisation, Punkt IV, 10 und 11: Mehr Frauen in die Politik.

Die Frauen sind in den Bünden unterrepräsentiert, das ist richtig. Frauen, die Hälfte der Bevölkerung, brauchen aber nicht die Bünde, um die bestehende Kluft zwischen den Frauen noch tiefer klaffen zu lassen. Die ledige Frau, die verheiratete Frau, die verwitwete Frau, die geschiedene Frau, mit Kind, ohne Kind, mit häuslicher oder außerhäuslicher Arbeit: Jede

dieser Frauen hat ihr Problem, ihre Sorgen, und jede glaubt mit Recht, mit gutem Recht, daß ihr Problem das gravierendste ist.

Wie ist es mit dem Verstehen unter uns Frauen bestellt? Um das Verstehen zu fördern, ist eine starke Frauenbewegung, eine Frauenorganisation in der ÖVP unerlässlich. (Beifall.)

Eine starke Frauenorganisation der Volkspartei wird diesem Anliegen gerecht. Und selbstverständlich wird jede Frau, die politisch tätig ist, aus einem anderen Bund kommt, gefördert und unterstützt. Dafür gibt es Beispiele. Doch die Frauen nur den Bünden zuzuordnen, würde die Frauen zusätzlich isolieren. Es erscheint die Absicht: Divide et impera!

Zur Feststellung der geringen politisch motivierenden Tätigkeit in der Frauenbewegung möchte ich festhalten: Die soziale Tätigkeit, die kulturelle und bildnerische Tätigkeit sind ja unbestritten politische Tätigkeiten und werden sehr wesentlich von Frauen getragen, die sich als Funktionärinnen der Volkspartei deklarieren. (Beifall.)

Ich bitte Sie, akzeptieren Sie in verstärktem Maß die Frau in der Politik als Partnerin. Auch, Herr Dr. Busek, wenn sie nicht aussieht wie eine Lady, nicht denkt wie ein Mann - sie arbeitet dafür wie ein Pferd! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Frau Hebenstreit.

Als nächster hat sich Stadtrat Dr. Jörg Mauthe zu Wort gemeldet.

Stadtrat Dr. Jörg M a u t h e (Wien): Meine Damen und Herren! Trotz aller aufmunternden Worte: Es gibt in dieser Versammlung viele, die mutlos sind, viele, die verwirrt sind von dem, was geschehen ist, und viele, die besorgt sind, weil sie vier oder fünf Jahre, die vor uns liegen, für eine kurze Zeit halten.

Lassen Sie mich sagen, daß vier oder fünf Jahre eine lange, sehr lange Zeit sind. In vier oder fünf Jahren dreht sich die Erde ein paar tausendmal. In vier Jahren kann der Mensch heiraten, Kinder kriegen, Häuser bauen, Bäume pflanzen, Kriege entfachen, Kriege durchfechten, verlieren und gewinnen, das Schicksal einer ganzen Generation verändern, auch eine Partei reformieren und nach einer Niederlage wieder zum Sieg führen.

In vier oder fünf Jahren kann sich alles verändern, und die Geschichte lehrt, daß politische Verhältnisse jederzeit veränderbar sind. Nicht durch Wunder - Wunder passieren manchmal, aber einkalkulieren kann man sie nicht -, sondern durch Einsicht, Zielbewußtsein, Anstrengung und Nachdenken.

Diese Volkspartei ist stark genug, eine solche Veränderung zu bewirken, wenn sie das tut, was in ihrem Namen beschlossen ist, nämlich glaubwürdige Volkspolitik betreibt. Politik nicht für bestimmte Klassen, Interessen, Stände und Gruppen. Ständische Politik kann man heute den Sozialisten überlassen. Volkspolitik heißt nicht, für etwas oder für jemanden Politik zu treiben. In diesem "für" steckt Arroganz. Volkspolitik heißt, mit dem Volk, mit den Bürgern Politik zu machen. In diesem entscheidenden Punkt kann sich die Volkspartei von den Sozialisten unterscheiden. (Beifall)

Ich meine freilich, daß nicht der Sozialist, sondern der Sozialismus unser Feind ist. Der österreichische Sozialist traditioneller Prägung, auch der junge, glaubt, er müsse Sozialist sein, weil es gerade schick ist, und erst recht der Wechselwähler, der einmal so und einmal anders wählt, sind nicht unsere Feinde, das sind vielleicht unsere politischen Gegner. Auch dieser Mensch ist unser Nachbar, unser Kollege, unser Mitmensch, auch er ist Teil unseres Volkes, auch er Objekt einer glaubwürdigen Volkspolitik, die sich um das ganze Volk kümmert.

Zu bekämpfen sind andere Feinde: Figuren und Strukturen, die auf dem Boden des absterbenden Marxismus und im Dunstkreis eines überschäumenden Austrosozialismus über jedes normale Maß hinausgewachsen sind.

Zu bekämpfen ist für uns der Zentralist, der in irgendeinem Büro sitzt, Macht sowie Machtpositionen sammelt und eifersüchtig bemüht ist, keinen, am wenigsten das Volk, daran teilhaben zu lassen.

Unser Feind wird auch jener fesche, clevere Großmanager sein, der Mann mit den kalten Augen und dem kalten Herzen, der manchmal auch als Minister auftritt, jener, der stets an den nächsten Augenblickserfolg, nie aber an dessen Konsequenzen denkt.

Unser Feind wird der kalte Technokrat sein, dem es wurscht ist, wen seine menschenfernen Planungen treffen, ob sie blühende Gärten, mühsam geschaffene Heime, ja ganze Stadtviertel zum Opfer fordern. Der Mann, der den unmenschlichen Standpunkt vertritt, daß Opfer dazu da sind, um erbracht zu werden.

Unser Feind, der Feind des Volkes, wird natürlich auch jener parasitäre Zyniker sein, der von der Gesellschaft profitiert, ohne an ihr teilzunehmen, egal, ob er in Jeans und Tennisschuhen oder im Nadelstreif und Maßschuhen an uns herantritt.

Unser Feind wird der Kulturbarbar sein, der Quantität über die Qualität setzt, der immer noch glaubt, daß alles schneller, lauter, stinkender und größer sein muß.

Im Kampf gegen diese Monster und bösen Geister wird sich eine Volkspartei, eine Partei nicht für das Volk, sondern des Volkes, in den nächsten vier Jahren zu beweisen haben. Hier ist das Feld, auf dem Siege möglich und notwendig sind.

Ich glaube, daß Alois Mock für diese Art der Strategie der richtige Mann ist. Der Mann ist glaubwürdig.

Wie immer die Dinge sonst laufen mögen, eines ist ganz sicher: Die nächsten großen Entscheidungen werden nicht zugunsten einer Organisation, nicht einmal - so meine ich - zugunsten der einen oder anderen Person fallen. Die politische Zukunft wird jener Partei gehören, die glaubwürdiger als die andere ist. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke, Jörg Mauthe.

Ich erteile Frau Kössler das Wort.

Dr. Gabriele K ö s s l e r (ÖFB): Als ich jetzt in der Mittagspause rund um die Stadthalle gegangen bin, habe ich zwar sehr viele Parkplatzkärtchen in den Autos gesehen, aber kaum ein Auto, das als ÖVP-Auto zu erkennen war, nirgendwo ein Pickerl, nirgendwo ein Merkmal. (Zustimmung.) Das mögen vielleicht Äußerlichkeiten sein, ich halte es aber leider für symptomatisch.

Wir identifizieren uns viel zuwenig mit dieser Partei. Und ich fürchte, wenn ich diese Debatte so beobachte, daß die Reform wieder an Äußerlichkeiten hängenbleiben wird. Wir sind eine Gesinnungsgemeinschaft, und die Reform einer Gesinnungsgemeinschaft bedeutet eine innere Reform. Eine Reform der Bunde-Struktur mag notwendig und gut sein, aber sie allein genügt nicht. Ich habe zu oft in der ganzen Diskussion gehört:

Die Partei muß ..., die ÖVP soll ... - Nicht die Partei, nicht die ÖVP soll und muß, sondern wir müssen! (Beifall.) So lange wir um ein Etwas an Partei herumstehen und warten, daß etwas passiert, wird leider nichts passieren.

Die Partei sind wir. Wir müssen wieder lernen, mit dem Wähler zu sprechen. Wir müssen ein neues Wir-Verhältnis zu dieser Partei lernen. Erst dann können wir wieder als Gemeinschaft, hinter der eine Idee steht, auftreten und dem Wähler das Gefühl vermitteln, daß er bei uns eine politische Heimat findet.

Ein wesentlicher Ansatz dazu wäre die angestrebte Urabstimmung. Lassen wir doch alle, die sich uns zugehörig fühlen, mitbestimmen, wie diese Partei in Zukunft aussehen soll. (Beifall.)

Mit diesem neuen Wir-Verhältnis meine ich ein Besinnen auf unser Programm. Wir haben ein gutes Programm, nur müssen wir es leben, wir müssen es mit unserem Handeln nach außen tragen.

Ich glaube, daß die Zukunft in einer besseren und glücklicheren Parteibasisarbeit liegt. Wir müssen den Kontakt zum Wähler finden, dann, glaube ich, haben wir auch die Reform geschafft.

Der Kontakt zum Wähler aber bedeutet, daß wir wieder ehrlich zuhören müssen, nicht im Vorbeigehen mit halbem Ohr, daß wir wieder die Sprache unserer Sympathisanten und unserer Wähler sprechen müssen, nicht ein unverständliches Polit-Chinesisch, daß wir eingehen müssen auf ihre Probleme und Sorgen als Mitmensch und nicht als großer darüber stehender

Politiker. Wenn wir uns wieder zum Wähler hinwenden und ein ehrliches Miteinander leben, eine einzige zielstrebige Gemeinschaft bilden, wird es nicht nur einen neuen Frühling, sondern auch eine neue Partei, unsere neue ÖVP geben. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke, Frau Kössler.

Chefredakteur Pisa.

Chefredakteur Karl P i s a (ÖWB): Ich zitiere nicht aus dem Papier von Josef Taus, aber ich zitiere:

Eine von diesem guten Geist erfüllte Partei wird sich von einer gruppenegoistischen Haltung einer Interessenvertretung auf eine werbende Haltung umstellen müssen, deren Ziel die Gewinnung der am Rande und der im gegnerischen Lager stehenden Wähler ist.

Das stammt aus einem Papier des Jahres 1959 mit 33 Vorschlägen für die Reform der Partei.

Meine lieben Parteifreunde! Ja zu einer Erneuerung. Ja auch zur Lösung des Problems der Straffung der Parteiorganisation. Ja zu Mock. Aber beginnen wir nicht damit, schon wieder in der Partei neue Feindbilder aufzubauen? - Wir haben einen Gegner, der mächtig genug ist, diesen Zweck zu erfüllen. (Zustimmung.) Ja zu einem einheitlichen Parteigebäude. Aber seien wir vorsichtig mit dem Wegsprengen des tragenden Erdgeschoßes, bevor wir es haben.

Im übrigen, was die Wähler des 6. Mai betrifft. Viele haben uns aus Gewohnheit gewählt. Manche schon mit starken inneren Vorbehalten. Viele aber auch in der echten Hoffnung: Jetzt ist eine Chance da, jetzt könnte diese Partei in Österreich wieder stärker Politik machen.

Bei allem Verständnis für die organisatorische Reform, lassen Sie sich eines gesagt sein: Diese Wähler wollen nicht wissen, wie wir in Zukunft in uns Politik machen wollen, sie wollen wissen, welche Politik wir machen wollen. (Zustimmung.)

Ich sehe auch die Gefahr, daß wir langsam eine Reform der Reform brauchen, weil selbst ich schon den Überblick zu verlieren beginne bei den vielen Beiträgen, Konzepten und Unterlagen. Daher eine Bitte: Es wird ja in der Partei nicht zuwenig gedacht. Es gibt ja in der Partei nicht zuwenig Konzepte. Was notwendig ist, ist die Einordnung in ein Ganzes, ist das Leiten dieses ungeheuren Materials und auch der wünschenswert großen Energie über die einzige Mühle einer Strategie, mit der man wieder Wahlen gewinnen kann. (Beifall.)

Einen Vorteil hat die Opposition: Sie darf sich die Themen aussuchen, über die sie redet. Wir sind nicht die Papageien der Regierung, die immer über das reden müssen, was die Regierung zur Sprache bringt.

Es gibt einen Weg in die Zukunft: Über die Dinge nachzudenken, die kommen und die die Regierung noch gar nicht erfaßt hat. Je größer die Probleme dieser Zukunft, umso besser für die Opposition. Und es gibt einen zweiten Weg: darüber nachzudenken, wo die Leute wirklich der Schuh drückt, wo die Regierung, die schon am zu hohen Roß sitzt, diese Probleme nicht löst. Je mehr Probleme die Menschen in diesem Lande haben, umso besser für uns.

Also: Überholen in der geistigen Zukunftsbewältigung, überholen in der Bürgernähe. Darin sehe ich das Konzept.

Nicht durch Kritik am Parteifreund, sondern am politischen Gegner. Nicht durch Gschäftlhuberei, sondern Schwerpunktbildung. Nicht durch ideologische Selbstverstümmelung mit den Contergan-Händchen "ich bin liberal" oder "christlich", aber sonst nichts, sondern im Gegenteil durch eine gewinnende Selbstdarstellung. (Zustimmung.)

Kreisky streckt ja seine Polypenarme schon ganz weit aus. Er hat die alten Genossen, die jungen Jusos, Otto von Habsburg, einen Adligen, der inzwischen wieder gegangen ist, die Liberalen und auch schon manchen Katholiken an sein Herz gedrückt.

Da müssen wir doch endlich lernen, nicht über unsere eigenen ideologischen Füße zu stolpern, sondern etwa im Sinne des Busek-Papiers das positiv zu interpretieren, was wir immer schon waren und in Zukunft auch sein werden: eine christliche und liberale, eine konservative und progressive Partei. - Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke dem alten treuen Kämpen Karl Pisa und bitte Rosemarie Bauer um das Wort.

Rosemarie B a u e r (ÖFB): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Begriffen Stellung nehmen, die im Bericht der 17er-Kommission als fehlende Signalwerte für unsere Partei deklariert wurden, Ich bitte bereits jetzt um Entschuldigung, daß Sie manches wahrscheinlich heute schon oft gehört haben, und ich möchte Sie ersuchen, meinen Beitrag als Verstärkereffekt zu werten.

Die Grundsatztreue und die Menschlichkeit sind es, die man unserer Partei und unserer politischen Tätigkeit abspricht. Es wird eine Hauptaufgabe für die Zukunft sein, unsere Grundsätze verständlich zu machen. Wenn wir mehr Teilnahme an unserem politischen Agieren seitens der Bevölkerung wollen, müssen unsere Wertvorstellungen und Grundsätze auch verständlich dargelegt werden. Ideologie ist oft nur am praktischen Beispiel verständlich. Daher sollten die unmittelbaren Kontaktpersonen mit den Wählern, das sind örtliche Funktionäre und Betriebsfunktionäre, Vertrauensleute, die laut Bericht der 17er-Kommission gebildet werden sollen, und Mundpropagandisten, ein Bildungsangebot vorfinden, das sie befähigt, aktuelle politische Aussagen klar und schnell nach unseren Wertvorstellungen zu erklären, ohne erst eine offizielle Stellungnahme der Partei einholen oder abwarten zu müssen. Dies gibt uns wesentlich mehr Schlagkraft. Gleichzeitig würde es natürlich eine ungeheure persönliche Aufwertung und eine Stärkung des Selbstvertrauens für unsere Funktionäre bedeuten.

Zur Stärkung der Partei wird es notwendig sein, daß die ÖVP zu aktuellen und akut auftretenden Problemen klar Stellung bezieht und daß bei allen Aussagen dazu, egal, ob von Mandataren oder Funktionären unserer Partei, dieses Thema in gleicher Weise und im gleichen Tenor belegt wird.

Es wird notwendig sein, daß wir hier eine klare Linie erkennen, die sich natürlich nach unseren Grundsätzen richtet. Manche Aussagen müssen immer wieder wiederholt werden, es muß sozusagen die Aussage der Partei getrommelt werden, weil sie so leicht untergeht und man so leicht vergißt, welches die Meinung unserer Partei, der ÖVP, ist.

Der zweite Punkt ist die Menschlichkeit. Die Wähler müssen von Mandataren, Funktionären und Mitarbeitern einer Partei, welche die Humanität in ihren Grundsätzen verankert hat, die Verwirklichung dieser Menschlichkeit auch in der Praxis erwarten und spüren können. Gerade hier liegt ein wesentlicher Punkt unserer Parteiarbeit. Ein wesentlicher Teil der Bevölkerung ist im emotionalen Bereich wesentlich leichter anzusprechen als im Sachbereich. Hier haben wir die Möglichkeit, den krassen Unterschied zwischen unseren Wertvorstellungen und der Machtpolitik des Marxismus zu demonstrieren. Dies gelingt uns aber nur durch verstärkten Kontakt mit dem Wähler. Wir müssen unsere Grundsätze nicht nur verständlich machen, wir müssen nach ihnen handeln, wir müssen sie aber auch vorleben. Erst dann werden wir wieder Vertrauen gewinnen und unser Ziel, wieder eine schlagkräftige, einheitliche, selbstbewußte und entschlossene Partei zu sein, verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Nächster Redner: Herr Dr. Aiginger.

Zuvor übergebe ich den Vorsitz an Stefan Knafl.

Univ.-Prof. Dr. Hannes A i g i n g e r (ÖAkB): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Österreichische Volkspartei besitzt im Salzburger Programm ein intellektuelles, inhaltlich gutes Programm. Die ÖVP hat für die letzte Wahl eine große Zahl ambitionierter Teilprogramme, hinter denen viel Arbeit steht und die von großem Nutzen für die tägliche Auseinandersetzung sind, ausgearbeitet. Im Bewußtsein des wahlentscheidenden Teiles der Bevölkerung, ja

nicht einmal bei den politisch interessierten Multiplikatoren sind diese Programme jedoch angelangt. Wir haben beim Transport über die Medien versagt. Ein Grund ist wahrscheinlich das Fehlen einer täglich österreichweit präsenten Presse, ein zweiter Grund, eine zweite Erklärung für das unbefriedigende Verhalten beim Transport durch die Medien; die Alternative ÖVP muß durch eine alternative Mannschaft, durch alternative Persönlichkeiten glaubhafter, direkter, handgreiflicher präsentiert werden.

Als politisch interessierte und engagierte Menschen wissen wir sicher, daß die heutige Medienlandschaft - Überschriften in Balkenlettern, Fernsehen - stark personalisierte Aktivitäten bezüglich des Aufmerksamkeitswertes bevorzugt. Unsere Partei wird nur sehr schwer die größere Disziplin oder den größeren marschierenden Kader aufbringen können. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß unsere Struktur die bessere Struktur für interessante Persönlichkeiten und Intellektuelle mit Willen zum persönlichen Engagement ist.

Durch das Herausstellen einer oder mehrerer Persönlichkeiten schaffen wir auch jedermann bekannte Anlaufstellen, Anlaufstellen für Diskussionen und Gedankenaustausch, aber auch Anlaufstellen für Rat und Hilfe, man nennt das heute gerne Service, die auch für das Nichtparteimitglied zur Verfügung stehen.

Zusammengefaßt: Diese Partei verfügt sicher über das größere Reservoir an politisch interessierten Persönlichkeiten, nach wie vor. Wir nützen aber bis jetzt diesen Vorsprung nicht aus. Wir müssen ihn realisieren, wenn wir wieder bestimmende Kraft geistig und politisch, in diesem Land werden wollen. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l : Das Wort hat Frau Tichy-Schreder.

Abgeordnete zum Nationalrat Ingrid T i c h y -

S c h r e d e r : Meine Damen und Herren! Ich persönlich halte nicht viel vom Gejammer und von Änderungen in rein strukturellen Dingen. Ich halte mehr von der Praxis. Ich möchte hier eines sagen: Hier ist die ÖVP stark. Wir sind eine starke Partei, nur sind wir uns dessen viel zuwenig bewußt. Wir müssen unsere Stärke besser einsetzen.

Wo sind wir stark? Wir sind stark im Erkennen der Probleme der Menschen. Wir wissen, wo sie ihre Ängste haben. Sie haben Angst vor der Zukunft, Angst vor dem Alleinsein, Angst vor der Armut.

Wo haben sie ihre Hoffnungen und Wünsche? Die Menschen wollen Sicherheit haben, Besitz haben, wer sein, selbständig sein.

Wir sind stark in der Findung von Problemlösungen. Denn wir haben das Salzburger Grundsatzprogramm. Wir haben die vier Pläne zur Lebensqualität erarbeitet. Wir waren die ersten, die das Wort Lebensqualität als immateriellen Wert erkannt haben. Das ist ein Wert, der nicht durch das Gesetz allein manifestiert wird, sondern der immer wieder mit anderen Menschen für andere Menschen erarbeitet werden muß, wo das Mensch-sein, für andere Menschen da sein, im Vordergrund steht.

Doch wo muß unsere Reform ansetzen? Wo müssen wir stärker werden? Wir dürfen nicht die Schuld bei einzelnen oder Gruppen suchen. Die Schuld liegt bei uns allen. Wir müssen aus unseren Fehlern lernen! Und wo können wir stärker werden?

Gestatten Sie mir einen Vergleich aus der Wirtschaft. Die Weltwirtschaft ist arbeitsteilig eingestellt. Unsere österreichische Wirtschaft ist von mittelständischer Struktur. Jeder hat sein Spezialgebiet, jeder ist auf seinem Gebiet Fachmann. Das ist auch das Modell für unsere ÖVP.

Wie soll es in der Praxis ausschauen? Zu Beginn habe ich Ihnen erzählt von den Problemen, die die einzelnen Menschen haben. Wo treten diese auf, wie kann man sie erfassen? Man kann sie in der Gemeinde, im Ort, im Bezirk erfassen, wo Menschen zueinander finden. Auch in Teilorganisationen kann man sie erfassen. Dort sollen die Probleme gelöst werden, die menschlichen Probleme. Gibt es Probleme, die nicht auf der menschlichen Ebene allein gelöst werden können, die durch Gesetze oder Verordnungen gelöst werden können, so sollen sie bitte weitergeleitet werden an die ÖVP-Zentrale. Und da habe ich einen Vorschlag: Ich plädiere für eine permanente Antragsprüfungskommission in der ÖVP-Zentrale, und zwar sollen Anträge von der Basis, von unseren Mitarbeitern dort eingebracht werden, dort behandelt werden und dann ins Parlament weitergeleitet werden.

Was bedeutet das bitte für unsere Partei? - Jeder Mitarbeiter, auf Gemeinde-, Länderebene, Organisationsebene, bekommt Macher-Appeal, das heißt, durch die Hilfe am Menschen genießt er das Vertrauen der Menschen, und in weiterer Folge heißt das natürlich, diese Frau, dieser Mann hat mir geholfen, diese Frau, dieser Mann ist von der ÖVP. Die ÖVP macht eine gute Politik. - Dieses Vorhaben kann gelingen, denn

erstens haben wir die Alternativen und zweitens haben wir eine Struktur in unserer Partei, wo alle Menschen vertreten sind.

Das ist mein Beitrag zur Reformdiskussion, und ich wünsche mir, daß diese Reformdiskussion in diese Richtung geht, denn ich glaube an die Menschen in unserer Partei. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l : Nächster Redner: Franz Fuchs.

Franz F u c h s (JVP): Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor knapp zwei Stunden hat der Bundessekretär der Jungen ÖVP, Günther Thaler, kritisiert, daß die Herren Minkowitsch und Sallinger mit ihrer Meinung in die Öffentlichkeit gegangen sind. Er hat nur vergessen, daß auch Herr Busek anscheinend nichts Besseres gewußt hat, als mit der Forderung nach dem Kopf des Generalsekretärs nicht nur in die Partei, sondern in die Öffentlichkeit zu gehen. Das schadet uns schon seit Jahren, daß verschiedene Funktionäre eben nicht wissen, wo man Beschlüsse herbeiführt. Und trotzdem sei mir auch eine Kritik an die Richtung unserer Bundesleitung gestattet. Was nämlich mit dieser Zeitschrift in der Küche der Bundesleitung der Jungen ÖVP gebraut wurde, ist, glaube ich, gelinde gesagt, eine Katastrophe (Beifall bei der Jungen ÖVP Tirol), und ich darf hier für die Landesorganisation der Jungen ÖVP Tirol festhalten, daß wir uns von solchen Pamphleten distanzieren. Ich persönlich erachte es aber auch für notwendig - falls es die Verantwortlichen nicht machen, ich mache es -: Ich entschuldige mich in aller Form dafür bei Josef Taus und bei der gesamten ÖVP. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! In einer beängstigenden Regelmäßigkeit treffen wir uns alle paar Jahre, um einen Bundesobmann

gehen zu sehen und einen neuen mit Jubel zu wählen. Und wenn ich mich recht erinnere, so hat damals in Linz Bundesparteioobmann Taus durch einen Computerfehler gar über 100 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Aber es dauert mit derselben beängstigenden Regelmäßigkeit meist nur wenige Wochen, bis wir wieder alle Hände voll zu tun haben, unseren Bundesparteioobmann gegenüber unseren eigenen Leuten zu verteidigen. Bei Taus ist es gegangen bis zur ersten Fernsehdiskussion; ich weiß nicht, ob die Kritiker bei dieser Diskussion vielleicht eine bessere Figur gemacht hätten. Und nachdem es bei der zweiten und vor allem bei der letzten Fernsehdiskussion besser war, sind halt anscheinend nur mehr die Zähne des Herrn Taus übriggeblieben, und unsere eigenen Funktionäre haben gesagt: Was wollen wir denn mit so einem Menschen?

Nun, es war die Nationalratswahl keine Wahl zum "Mister Bundeskanzler", sonst hätten wir sie ja gewinnen müssen. Deswegen glaube ich doch, daß wir die Schuldigen an dieser Entwicklung in den letzten Jahren woanders suchen müssen, nämlich in den Reihen jener Funktionäre, jener Mandatäre, die glauben, daß mit den Wahlen in die eigene Interessenvertretung und mit der Sicherung des eigenen Mandates die Parteiarbeit wieder für eine ganze Periode abgeschlossen ist. (Beifall.)

Am deutlichsten, glaube ich, sieht man es, wenn man schaut, wieviel Leute sich bei Gemeinderatswahlen für diese Partei interessieren, um wieviel weniger es schon bei Landtagswahlen sind, und was dann noch übrig bleibt bei Nationalratswahlen; am schlechtesten ist es bei der Bundespräsidentenwahl, da geht es nur um ein Mandat. Es wird daher auch die Aufgabe des neuen

Bundesparteiobermannes sein, hier den Hobel anzusetzen und diese Funktionäre dahin zurückzuführen, wo sie auch glauben, daß ihre Heimat ist: in die Volkspartei, nämlich zum Volk.

Zu den Reformvorschlägen des Dr. Taus in den letzten Wochen: Ich glaube, daß einige Teile dieser Reformvorschläge doch gewissen Herren in die falsche Kehle geraten sind, so in erster Linie die Forderung nach Zurückdrängung des bündischen Einflusses. Es mag vielleicht richtig sein, daß man da oder dort diskutieren kann. Dein Fehler, Dr. Taus, war vielleicht, daß du es genau jenen Leuten gesagt hast, die ja davon letztlich betroffen waren. Und ich habe doch dafür Verständnis, daß ein Umdenken in dieser Richtung einige Zeit beanspruchen würde. Nur verstehe ich persönlich die Konsequenz, daß, wenn man etwas im ersten Anlauf nicht schafft, man gleich die Flinte ins Korn wirft, bis heute nicht.

Ich habe allerdings auch kein Verständnis dafür, daß der Bundesparteivorstand den Vorschlag, die gesamten ÖVP-Teilorganisationen einmal in einem gemeinsamen Haus unterzubringen, lediglich wohlwollend prüfen wird. Wie schaut es denn derzeit aus?

Jede Teilorganisation hat ihr eigenes Sekretariat, ihre Angestellten, die zum Teil nicht ausgelastet sind und in Wahlzeiten dann hoffnungslos überbelastet sind. Hier, glaube ich, hat der Bundesparteiobermann eine große Aufgabe vor sich.

Abschließend: Ich weiß eigentlich nicht recht, ob man jetzt dem Dr. Mock gratulieren oder kondulieren soll. Es wird wahrscheinlich wieder nur wenige Monate dauern, bis wir auch unseren Dr. Mock in der Öffentlichkeit, in der Parteiöffent-

lichkeit, zu verteidigen haben. Ich bin aber davon überzeugt, wenn wir alle zusammenhalten und wenn wir, so wie es unser Landesparteiobermann am Wahlabend des 6. Mai gesagt hat, "die Ärmel aufkriecheln" und arbeiten, arbeiten und nicht nur diskutieren, dann wird es in Zukunft mehr Leute geben, die sagen: Ich bin stolz darauf, Mitglied dieser ÖVP zu sein! (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l : Nächster Redner: Frau Dr. Wicha.

Univ.-Ass. Dr. Barbara W i c h a (17er-Kommission): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie brauchen nicht zu befürchten, daß ich als Mitglied der 17er-Kommission Ihnen dieses Papier im einzelnen noch einmal vortrage oder Dinge wiederhole, die heute schon mehrfach ausgeführt worden sind. Ich möchte aber einen Punkt dabei herausgreifen, einen, der mir sehr wichtig erscheint, der nur in einem Halbsatz, in einem Einleitungssatz eigentlich, drinnensteht und der vielleicht mit eine Antwort auf die Diskussion ist, der über die Teilorganisationen, die Bünde, darüber, wie die Partei ausschauen soll, mit eine zentrale Aussage bildet. Es heißt hier:

"... bieten die Bünde somit als entscheidende Strukturfaktoren der ÖVP zuwenig, um eine Volkspartei bilden zu können, ... so sind sie organisatorisch erdrückend." - Keine Sorge, ich befasse mich nicht mit der Frage, ob sie organisatorisch erdrückend sind oder nicht, sondern nur damit, daß wir mit diesem Instrument allein es nicht geschafft haben, Volkspartei zu sein. Ich glaube, daß es stimmt, was mehrfach ausgedrückt wurde in Zeitungsartikeln, in Diskussionen unserer Freunde:

daß es nämlich den Bürger im wesentlichen überhaupt nicht interessiert, wie unser Statut im Detail ausschaut. Den Bürger interessiert, was er an Hilfeangeboten erhält, seine Probleme möglichst selbst bewältigen zu können in einer dezentralisierten Form, in einer Form, die er bestimmen kann und in der er mitentscheiden kann.

Das ist für mich ein zentrales Anliegen, daß aus dieser ÖVP sehr bewußt wieder eine Volkspartei im Sinne von Servicepartei werden muß. Ich glaube, daß dieser Bürger sehr wohl ein Recht darauf hat, zu wissen, ob diese Partei eine Linie vertreten kann und welche Linie sie vertritt. Das ist, glaube ich, für den Bürger ebenso legitimer Anspruch, zu erfahren, wie es sein legitimer Anspruch - vorsichtiger formuliert vielleicht, eine Bitte - wäre an die Chefs der Teilorganisationen, die heute und mehrfach kritisiert worden sind, von ihnen zu erfahren, was ihre Position ist, falls sie sich auf diese Niederungen einer allgemeinen Diskussion herablassen.
(Beifall.)

Wenn ich gesagt habe, daß es den Bürger im wesentlichen nicht so sehr interessiert, wie das Statut der Partei aussieht, so interessiert es ihn sehr wohl, wie die Organisation aussieht. Deswegen halte ich eine Diskussion über die Organisation für gerechtfertigt, weil sie erst der organisatorische Rahmen dafür sein kann.

Für mich eine zentrale Frage: Wie gelingt es uns in Zukunft mehr, deutlicher, glaubwürdiger unseren Gedanken der Partnerschaft wirklich in die Tat umzusetzen? Wie können für den einzelnen Anregungen von der Basis, von unten, aus den Gemeinden in die aktive Politik einfließen, damit der einzelne nicht darauf angewiesen ist, aus den Zeitungen zu erfahren, was seine eigene Parteispitze denkt und welche Politik sie gerade macht.

Die Teilnahme an Entscheidungen setzt allerdings voraus, daß man vorher informiert ist und daß vorher eine Diskussion stattfindet. In diesem einen Punkt möchte ich einem sehr verdienten Altpolitiker widersprechen, und zwar Präsident Maleta, der gemeint hat, mit dem heutigen Tag, mit dem Parteitag, müsse die Diskussion ein Ende haben. Ich glaube, das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wirklich brauchen.

Mit dem heutigen Parteitag, wenn sie nicht schon längst angefangen hätte, spätestens mit dem heutigen Parteitag hat diese Diskussion und hat die konkrete Arbeit zu beginnen. Der nächste Parteitag darf keine Ausrede sein, daß man dann wieder sagt, jetzt ist die Diskussion zu Ende. Es muß eine diskutierende und damit glaubwürdige Partei sein. (Beifall.)

Volkspartei heißt aber auch Mitgliederpartei. Wir gehen immer von der Fiktion aus, eine Mitgliederpartei zu sein, weil es immer wieder Gremien und Gruppen gibt, in denen die Mitglieder selbst komplett ausgeschaltet sind.

Daher nur in Stichworten die Hauptanliegen dazu: Es darf kein entscheidungsbefugtes Parteigremium geben, das nicht gewählt worden ist. (Beifall.)

Es dürfen keine politischen Entscheidungen, keine wichtigen Entscheidungen mehr fallen, die nicht von der Basis mitgetragen sind und die nicht auf der Grundlage einer umfassenden Diskussion abgestimmt worden sind.

In diesem Sinne würde ich meinen - ich habe, wie Sie wissen, kein Antragsrecht -, daß sich dieser Antrag der Jungen ÖVP weitgehend in dem einen Punkt mit unseren Aussagen im Papier der 17er Kommission deckt, das Ergebnis dieser Diskussionsphase, an die ich noch eine Hoffnung knüpfe, einer Urabstimmung zu unterziehen. Und es sollte in dem Antrag der Jungen ÖVP der eine Satz, der mir sehr wichtig scheint, weil irgendwo bereits wieder herumgenagt wird, in der Form drinnen gelassen werden: Das Ergebnis dieser Urabstimmung ist bindend. - Eine Meinungsbefragung ist keine Urabstimmung. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l : Ich danke Barbara Wicha.

Das Wort hat Dirnberger.

Seine Wortmeldung zurückgezogen hat Herr Dr. Günzl.

Alfred D i r n b e r g e r (JVP): Hoher Bundesparteitag! Eine zentrale Rolle in der Erneuerungsdiskussion der Österreichischen Volkspartei wird die Frage unserer Gewerkschaftsfraktion einnehmen. Wenn wir gerade hier von einem verwirrenden Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit sprechen können und sprechen müssen, so möchte ich in diesem Zusammenhang Kollegen Kohlmaier zitieren, der in einem sehr wohlwollenden Ton in der Zeitung des ÖAAB, in der "Freiheit", geschrieben hat: "Die im ÖAAB vertretenen Spitzengewerkschafter haben ernste Einwände gegen die ebenfalls geforderte Umwandlung der Fraktion Christlicher Gewerkschafter in eine ÖVP-Fraktion erhoben."

Hier scheint noch immer der Grundgedanke zu sein, daß man eine sogenannte saubere Trennung zwischen den parteipolitischen Aufgaben und den gewerkschaftlichen Aufgaben ziehen möchte. Wenn man meint, daß eine ÖVP-Gewerkschaftsfraktion von vornherein unglaubwürdig sei, so möchte ich gleich bei der Frage der Glaubwürdigkeit bleiben. Wenn wir hier eine logische Schlussfolgerung ziehen, dann müssen wir doch sagen: Wenn der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund als Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei in den Betrieben, daher auf der gewerkschaftlichen Ebene, nicht glaubwürdig ist, dann kann er ja überhaupt keine glaubwürdige Arbeitnehmervertretung sein. Voraussetzung für eine Glaubwürdigkeit ist vielmehr, daß die Funktionäre und Mandatäre des ÖAAB die gleiche Haltung einnehmen, wie sie sie unter der Etikette Fraktion Christlicher Gewerkschafter einnehmen.

Von der viel besprochenen und viel gepriesenen Personalunion ÖAAB und FCG halte ich sehr wenig. Ich glaube, diese Personalunion ist interessant intern, bei uns, in unseren Kreisen, aber nicht in der Öffentlichkeit.

Ziel in den Betrieben kann doch nicht sein, daß wir unseren Kollegen eine Überparteilichkeit unserer Betriebsräte, unserer Fraktion vortäuschen und den Kollegen immer wieder praktisch die Österreichische Volkspartei sozusagen nur als eine Wahlgemeinschaft präsentieren, wo sie sich nur am Wahltag zu engagieren hätten.

Die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter hat hier eine ganz andere, eine sehr klare Haltung eingenommen. Hier können wir doch auch die Frage stellen: Sind denn die Interessen der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter immer deckungsgleich mit jenen der sozialistischen Regierungspartei? Nein, sie sind es sicherlich nicht immer, aber doch bekennt sie sich ganz klar zur Sozialistischen Partei.

Liebe Parteifreunde! Wenn im September am Bundestag der Fraktion Christlicher Gewerkschafter ein neues Grundsatzzprogramm beschlossen wird und darin wieder einleitend von der Überparteilichkeit dieser Fraktion Christlicher Gewerkschafter die Rede ist, dann müssen wir sicherlich sehen, daß es starke Gegenströmungen gegen die Partei in dieser Fraktion Christlicher Gewerkschafter von einem ganz bestimmten Flügel aus gibt.

Ich glaube aber, doch eines sagen zu können: Der Preis der dort eingeschlagenen Konfliktvermeidungsstrategie kann

doch nicht sein, daß wir uns selbst auf Gewerkschaftsebene aufgeben.

In diesem Sinne müssen wir natürlich die Haltung unseres Fraktionsvorsitzenden Gassner sehen, in diesen Licht müssen wir sehen, daß es hier starke Gegenströmungen gibt. Ich glaube aber trotzdem, sagen zu müssen, daß wir nicht nach der Methode vorgehen können, weiterhin zu glauben, daß uns jemand wählt, wenn er sich nicht einmal zu uns bekennt. Das ist ein grundsätzlicher Irrtum, dem wir bis jetzt unterlegen sind.

Und wenn ich die Haltung Gassners noch irgendwie verstehen kann aufgrund dieser internen Gegenströmungen in der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, so ist mir schlicht und einfach die Haltung unseres ÖAAB-Obmannes Kohlmaier unverständlich. Wenn Kohlmaier als ÖAAB-Obmann auch die Meinung vertritt, daß wir in der Gewerkschaft sozusagen unter dem neutralistischen Titel FCG figurieren sollen, dann kann ich das ganz einfach nicht verstehen.

Wir sollten also diese 1951 eingeleitete Fehlentwicklung, die nicht zuletzt durch Altenburger zustande gekommen ist, ein für allemal dadurch beseitigen, daß wir uns klar als ÖVP-Fraktion deklarieren.

Vorrang in all diesen Fragen werden nicht die Statuten oder die vermögensrechtlichen Probleme haben. Wir müssen ganz einfach das neutralistische FCG wegbekommen, wir müssen den Leuten klar sagen, wer wir sind. Ich glaube, wir haben hier ein ganz breites Feld der Präsentationsmöglichkeiten bis jetzt versäumt. Das können wir uns in Zukunft in einer Gesellschaft

von 84 Prozent Arbeitnehmern nicht mehr leisten. Sagen wir daher offen, wer wir sind. Sagen wir es immer, auch in den Betrieben! (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l : Ich danke Kollegen Dirnberger. Das Wort hat Helmut Wunderl.

Mag. Helmut W u n d e r l : Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Darf ich mich vorneweg recht herzlich bedanken, daß Sie bis jetzt ausgehalten haben, denn Sie scheinen es mit der Parteireform ernst zu nehmen.

Wenn man draußen ein wenig herumhört, so kommt zu dem einen oder anderen Vorschlag, der hier gemacht wurde, die Aussage: Ja, was bringt's denn eigentlich? Diese Frage: Was bringt's denn eigentlich, die eine oder andere Position in der Organisation zu reformieren, glaube ich, ist nicht ganz unberechtigt.

Aber was hilft es wirklich, wenn wir die Organisation komplett umkrempeln? Was hilft es, wenn wir meinetwegen ein Superbürgerservice aufbauen oder selbst einen Leistungspaß einführen, der uns helfen würde, eine bessere Arbeit an der Basis herbeizuführen? Was hilft es, wenn wir über Grundsätze diskutieren und diese Grundsätze nicht verwirklichen?

Solange wir mit dem Begriff Solidarismus nur einen Buchstaben oder ein Wort im Salzburger Programm haben oder solange sich die ÖVP laut Salzburger Programm wohl zur innerparteilichen Demokratie bekennt, diese aber von den Funktionären nicht exekutiert wird, wird die Frage "Was bringt's denn?" sicherlich berechtigt sein.

Oft ist es ja heute so in politischen Gremien: Wenn einer den Mund aufmacht, unter Umständen gar nicht gefragt wird und dann noch Kritik übt, muß er denn da nicht rechnen, daß am nächsten Tag irgendeine vorgesetzte Stelle einen Anruf bekommt und ihm dadurch Schwierigkeiten erwachsen?

Ist das die Solidarität und die Kameradschaft, die wir immer so predigen in der Österreichischen Volkspartei?

Dabei ist die offene Diskussion laut Programm nicht nur gefordert, sondern eigentlich die Stärke der Österreichischen Volkspartei. Solange wir aber von Solidarität und Kameradschaft nur reden, aber Holzfällerwerkzeuge zum wesentlichen innerparteilichen Requisit gehören, bleiben alle Reformversuche kosmetische Operationen.

Erneuern müssen wir uns, wie wir es heute schon gehört haben, von innen heraus. Daher meine Bitte: Praktizieren wir auch das, was wir auf unsere Fahnen geschrieben haben!

In diesem Zusammenhang einige Äußerungen von Parteimitgliedern, die man erhält, wenn man sie bittet, auch in der Öffentlichkeit für die Partei einzutreten: "Das kann ich nicht machen, ich habe ein Geschäft, und die anderen kaufen auch bei mir." Oder: "Es tut mir leid, ich könnte in meinem Betrieb Schwierigkeiten bekommen!" "Was, meine Tochter soll zur Jungen ÖVP gehen? Einer in der Familie bei der ÖVP genügt." Ein Ausspruch eines ÖVP-Gemeinderates. Oder: "Mein Sohn soll eine Funktion übernehmen? Der soll lieber studieren." Ausspruch eines langjährigen Gemeindeparteiobmannes und Bürgermeisters.

Leider ist der Anteil derer, die sich ganz einfach nicht zur ÖVP deklarieren wollen, auch wenn sie Mitglieder sind, sehr, sehr groß. Gerade vorhin haben wir gehört, die FCG betont ihre Unabhängigkeit von der ÖVP, statt als ÖVP-Gewerkschaft aufzutreten. In der Arbeiterkammer treten wir als ÖAAB, statt als ÖVP-Gewerkschaft auf. Und selbst der niederösterreichische Bauernbund, der in letzter Zeit so vehement versucht, Oppositionspolitik zu betreiben, diskutiert ernsthaft, bei einer großangelegten Konfrontation mit der Bundesregierung auf den Chef der ÖVP verzichten zu können.

Wenn es uns nicht gelingt, diesen Geist oder diesen Ungeist, der in der ÖVP herrscht, wegzubringen, dann brauchen wir wirklich keine Reformen.

Daher meine Bitte an Sie, an uns alle: Wir müssen uns von innen her reformieren. Wir dürfen nicht nur über Struktur- und Grundwerte reden, sondern wir müssen unsere Grundwerte und unsere Ideale auch praktizieren. Denn nur, wenn wir das vor-exerzieren, nur dann wird man uns wieder glauben, ja man wird uns vielleicht wieder wählen und zu guter Letzt sich vielleicht auch wieder mit uns als Österreichische Volkspartei identifizieren. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l: Danke, Herr Wunderl.

Das Wort hat Steinbauer.

Zurückgezogen hat Richard Schmitz. (Beifall)

Abgeordneter zum Nationalrat Heribert S t e i n b a u e r:

(BSpr.) Meine lieben Parteifreunde! Ich habe gezögert, mich überhaupt zu Wort zu melden, und es wird ja auch schon bejubelt, wenn man nicht diskutiert. Aber ich glaube, wir können nicht von Parteireform reden, wenn uns bereits die erste Diskussion zu fad, zu mühsam und zu anstrengend wird. (Zustimmung.)

Ich meine, wir dürfen auch nicht glauben, daß diese Diskussion bis zum Parteitag 1980 abgeschlossen ist und daß dann alles wieder erledigt wird. So nach dem Motto: Ich weiß, der Mock wird es schon weiterschleppen! - Die Parteireform ist eine Diskussion bis zum März 1980 und eine Arbeit für die nächsten Jahre. Arbeit - sage ich -, nicht Diskussion!

Ich glaube, wir sollten auch in der Diskussion einige Korrekturen anbringen. Es ist sehr einfach hierher zu gehen und irgendeinen Parteifreund anzuschütten. Aber ich glaube, das ist nicht der Stil einer guten Diskussion. Wir sollten auch den Sozialisten nicht die Freude machen, von "Chefs" und "unten" zu reden. Wir sind eine Volkspartei aller und dafür sollen wir alle einstehen. (Beifall.) Wir sollten auch nicht - und darum bitte ich ganz konkret den Kollegen Piaty, wenn er nach mir hier spricht - von einer halben Partei dort und einer halben Partei da reden. Es gibt nur eine Volkspartei. Und Piaty soll das hier sagen. (Neuerlicher Beifall.)

Ein letztes, das in den ganzen Wortmeldungen gar nicht hochgekommen ist: Es sollte selbstverständlich sein, daß der Antrag der Jungen Volkspartei, eine Urabstimmung abzuführen, angenommen wird. Bekennen wir uns doch dazu, daß jedes Mitglied über die Volkspartei zu entscheiden hat. (Beifall.) Anders werden wir die Sozialisten auch nicht schlagen, wenn nicht jedes Mitglied anfängt, sich zur Volkspartei zu bekennen. Wir sollten hier und jetzt sagen: Jedes Mitglied hat das Mitspracherecht zu dieser Parteireform. Wir machen eine Urabstimmung. - Dafür wollte ich mich aussprechen. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l: Danke, Kollege Steinbauer.

Das Wort hat Julian Eiter.

Julian E i t e r (Bauernbund, Tirol): Hoher Parteitag! Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist schon vieles gesagt worden, und ich werde mein Referat dementsprechend verkürzen. (Zustimmung.)

Ich möchte über zwei Punkte sprechen.

Wir haben in Österreich zwei Großparteien: Eine Partei mit dem Marxistischen Weltbild und der Maske darüber - das ist die Regierungspartei. Und die zweite als Opposition, die ÖVP mit ihren Bünden und dem noch nicht ganz entwickelten christlichen Weltbild. Darüber möchte ich einiges sagen.

Der andere Punkt betrifft die Bünde. Die Bünde sollen um Gottes willen erhalten bleiben. Was die Bünde anlangt, sage ich Ihnen: Würden die Bünde aufgelöst, wäre dies das Ende der Partei. Zehntausende Funktionäre würde man vor den Kopf stoßen und beleidigen. Die Bünde gehören nur anders gelenkt, dann hat keine andere Partei eine Chance, vom Volk die Mehrheit

zu erhalten. Schauen Sie hinein in das Naturgesetz Gottes. Sie werden sehen, daß wir so manches ändern und verbessern müssen, damit wir wieder eine glaubwürdige Partei sind.

Bitte verzeihen Sie mir, wenn ich zur Verbesserung der Bünde einige harte Worte spreche. Die Bünde müssen über ihren eigenen Schatten springen und folgendes tun:

Der Wirtschaftsbund muß endlich die Forderung aufstellen, daß die Steuern nicht mehr vom Unternehmer, sondern vom Staat errechnet werden und daß der Unternehmer die Steuern termingerecht abführt. Dann kommt auf diesem Gebiet endlich Gerechtigkeit, und Beschuldigungen wie zum Beispiel Steuerhinterzieher etc. fallen weg. Das jetzige System bringt für die ÖVP nur Nachteile.

Der ÖAAB ist ein ganz hartes Problem und hat große Aufgaben. Er darf nicht zum Steigbügelhalter für die Wirtschaft und den Bauernbund abgestempelt werden. Kreisky spricht immer vom Gleichheitsgrundgesetz in der österreichischen Bundesverfassung. Die Schleiferpropaganda der Sozialisten heißt Umverteilung des Volksvermögens. Mehr brauche ich Ihnen nicht zu sagen, Sie alle wissen, wie ich das meine. Auch die ÖVP hat hier einen Weg, der von großer Wichtigkeit ist. Die soziale Marktwirtschaft wollen die Sozialisten nicht, sie nennen sie sozialistische Marktwirtschaft, und das ist für unsere Begriffe falsch. Wenn die soziale Marktwirtschaft richtig funktioniert, braucht Österreich keine Schuldenwirtschaft mehr zu führen. Das soll heißen, daß die Wirtschaft billigere Betriebskredite zur Verfügung hat, eine gut versorgende Landwirtschaft vorhanden ist und jeder Arbeitnehmer, wenn er fleißig ist, in der

Lage ist, ein Eigenheim zu erwerben. Auch die Rentner und Pensionisten sind dann gesichert. Es kann nicht jeder Bürger Besitzer eines Waldes oder einer Fabrik sein. Sehen Sie, das wollen die Sozialisten nicht. Sie reden von einer sozialistischen und nicht von einer sozialen Marktwirtschaft. Es ist Aufgabe des ÖAAB in Zusammenarbeit mit den anderen Bündeln, das richtig zu verwerten.

Auch der Bauernbund muß eine andere Haltung einnehmen. Das ganze Problem Agrargemeinden ist zu viel getrennt worden. Die Besitzverhältnisse sollen grundbücherlich verankert sein, aber die Verwaltung soll mehr dem Gemeinderat übertragen werden, da die Gemeinde in der Infrastruktur die Investitionen tätigen muß. Dann hören die Streitigkeiten in den Gemeinden auf. Auch in den ländlichen Gebieten muß sich der Arbeitnehmer zu Hause fühlen wie in der Stadt.

Kreisky redet immer vom Gleichheitsgrundgesetz. Als österreichischer Staatsbürger muß ich kaufen können, was ich will. Dies ist jedoch in Österreich nicht der Fall. Meine Damen und Herren, das macht Schule in der Bevölkerung.

Ich habe über zehn Jahre in Zürich gewohnt und kenne dort die Demokratie sehr gut. Tirol hat die älteste Demokratie in Österreich. In der Schweiz kann sich der Staatsbürger erwerben was er will, nur muß er dann die Verpflichtungen übernehmen. Wenn es ein Grundstück ist, das er verbauen will, muß er sich an die Verbauungspläne halten. So soll es in einer direkten Demokratie sein.

Ich sage Ihnen: Wenn sich der Bauernbund auf diesem Gebiet nicht beweglicher zeigt, werden die Agrargemeinden durch

die Gemeindenovellierung, die die Sozialisten in ihrem Programm haben, in zehn Jahren alle verstaatlicht. Das sagen ich Ihnen 1000prozentig! Sehen Sie nur in die Gedankengänge des Bruno Kreisky hinein, dann kommen Sie selbst darauf. Auch der eigene Wirkungskreis der Gemeinden im Bauwesen ist ein Problem. Die Länder sollten mehr mitreden, dann würden viele Streitigkeiten in den Gemeinden vermieden werden.

Herr Dr. Mock, lieber Freund! Wir kennen uns schon viele Jahre. Da du das schwierige Amt des Bundesparteiobmannes übernimmst, bitte ich dich um folgendes: Stelle die Weichen jetzt - wir brauchen keine große Reform, wir haben ein Salzburger Programm und eine andere Lenkung der Bünde - für den ideologischen Kampf auf allen Linien, damit wir eine glaubwürdige Partei werden und bei der nächsten Wahl in der Lage sind, das Volk richtig aufzuklären sowie zu überzeugen. Unser schönes Vaterland Österreich kann auf lange Sicht nur leben, wenn eine Partei mit einem christlichen Weltbild an der Spitze steht. Das ist die Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l: Ich danke Parteiobmann Julian Eiter aus Wenns in Tirol.

Das Wort hat Dr. Norbert Zeger. (Unruhe.) Aber, meine Damen und Herren Parteitagsdelegierte, zur Diskussion gehört nicht nur einer, der einen Diskussionsbeitrag leistet, sondern auch der zweite Teil, nämlich die Delegierten, die zuhören. Ich bitte also um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Weiters darf ich Ihnen mitteilen, daß sich die Obmänner der Teilorganisationen zu Wort gemeldet haben.

Bitte, Herr Dr. Zeger.

Dr. Norbert Z e g e r (W): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Josef Taus hat uns in seinem Bericht den Schlüssel zu einer wirkungsvollen Parteireform in die Hand gegeben, als er von "langgeübten Gewohnheiten" sprach. Langgeübte Gewohnheiten, von denen es nunmehr endgültig Abschied zu nehmen gilt. Langgeübte Gewohnheiten, die nicht den Ideen der Parteigründer von 1945 entsprechen, sondern vielmehr Ausdruck der Tatsache sind, daß wir, was Struktur und Erscheinungsbild der Partei in der Öffentlichkeit anlangt, die Entwicklung verschlafen haben und damit zum Anachronismus geworden sind. Es ist ein Anachronismus, wenn wir als ÖVP für die Leute nicht mehr als die Summe ständischer Interessenvertretung sind, eine Partei, deren Funktionäre wichtigtuerisch von einer Sitzung zur anderen eilen und dadurch keine Zeit haben, unseren Wählern ohne Hintergedanken von Mensch zu Mensch gegenüberzutreten. So, meine Damen und Herren, würden wir nicht wieder die gestaltende Kraft in Österreich werden!

Deshalb muss, wie uns Bundesparteiobmann Alois Mock sagte, erstes Ziel der Reform eine neue Gesinnung sein und ein neues Verständnis dessen, was die Politik ausmacht, nämlich Dienst am Bürger, Arbeit für die Gemeinschaft und nicht das Ergattern von Funktionen. (Zustimmung.) Ich meine, daß unsere Wähler und unsere Basis hier bereits viel weiter sind als wir in der Partei.

Wir glauben, daß diese Reform, bei der es um die Zukunft der christ-demokratischen Gesinnungsgemeinschaft in Österreich

schlechthin geht, um die Partei eines Figl, Kunschak und Raab, zu wichtig ist, um sie dem Parteiestablishment allein zu überlassen. Deshalb unsere Forderung nach Urabstimmung.

Wir sind Josef Taus dankbar, daß er dieser Partei, wie er selbst sagte, den Reformbazillus hinterlassen hat. Wir werden daher im Interesse unserer ÖVP diese Partei zu ihrem eigenen Vorteil in die Reform zwingen. Eine Reform in dem Sinne, wie sie unser neuer Bundesparteiohmann Alois Mock bereits heute vor diesem Parteitag skizziert hat. (Beifall.) Eine Reform, bei der die Organisationsfragen zwar nur Beiwerk sind, aber doch Ausdruck unseres Änderungswillens hin zum Positiven.

Deshalb zum Abschluss ein konkreter Vorschlag: Unser Bundesparteiohmann hat ein Anrecht darauf, im höchsten Gremium, mag es nun Präsidium oder Vorstand heißen, von zwei Stellvertretern umgeben zu sein, die ebenso wie er ausdrücklich vom Vertrauen des Bundesparteitages getragen sind und sich nur den Interessen der Gesamtpartei - nur diesen! - verpflichtet fühlen. (Beifall.)

Wenn man sich grundsätzlich zur Beibehaltung der Teilorganisationen bekennt und wenn man meint, sie sollten der verlängerte Arm der ÖVP sein, um Zielgruppen besser anzusprechen, dann, glaube ich, feststellen zu können: Man tut weder den Teilorganisationen noch der Gesamtpartei etwas Gutes, wenn man den Obmännern der Teilorganisationen die weitere Funktion eines Parteiohmann-Stellvertreters zumutet. Diese Funktionen sind meines Erachtens in sich unvereinbar, wenn man den Primat der Partei wirklich ernst nimmt.

Wir glauben, daß mit diesem Vorschlag sowohl unserem Bundesparteiohmann als auch einem neuen Selbstverständnis der Teilorganisationen gedient ist. Deshalb unser Ersuchen für die kommende Reformdiskussion. Unser Ziel muß sein, dem neuen Bundesparteiohmann alle Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, im Interesse von uns allen arbeiten zu können, im Interesse der gesamten Volkspartei. (Beifall.)

Vorsitzender K n a f l: Danke, Dr. Zeger.

Ich erteile das Wort an Präsident Sallinger.

Ich übergebe den Vorsitz an meinen Kollegen Dr. Sauerzopf.

Präsident Ing. Rudolf S a l l i n g e r (ÖWB): Hoher Parteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf Sie um Verständnis bitten, daß wir als Bundesobmänner etwas später reden, weil wir doch die Beiträge, die Sie zur Reform haben, auch hören wollen, um darüber dann zu diskutieren.

Die Wirtschaft will und die Wirtschaft braucht eine starke Österreichische Volkspartei, weil sie ja dort ihr Fundament und ihre Basis hat, und ich glaube, wir haben die Loyalität gegenüber jedem Parteiohmann auch bewiesen. Die Wirtschaft wird das auch in Zukunft tun, und wir tun das für den neuen Parteiohmann Dr. Mock genauso und tun das gerne, weil wir wissen, daß er die soziale Marktwirtschaft vertritt, weil wir wissen, daß wir bei ihm gerade für den Mittelstand wirkliches Verständnis finden. Wir müssen für diese kleinen und mittleren Betriebe, wir müssen für alle diese Basis

schaffen, wir müssen ihnen eine Heimat geben, die sie bis jetzt nicht ganz gehabt haben.

Wir vom Wirtschaftsbund haben uns immer sehr bemüht, weil das für uns eine Herzensangelegenheit ist, und ich glaube, daß wir uns auch weiter bemühen müssen. Wir haben den Vorrang der Partei auch praktiziert. Ich darf Sie vielleicht auf etwas hinweisen: Gerade in der letzten Zeit haben alle diese Teilorganisationen, ob es um den Urlaub ging, ob es um die Atomfrage ging, ob es um die Arbeiterabfertigung ging, wo wirklich unsere kleinen Leute zum Handkuß kommen, wo wir ihnen helfen müssen, und was gerade in den nächsten Tagen und Wochen ein Herzstück unserer Vertretung sein wird - diese kleinen Leute brauchen uns, diese kleinen Leute halten die Arbeitsplätze und haben sie auch bisher gehalten - den Vorrang der Gesamtpartei nicht aus den Augen verloren. Von den 1,9 Millionen Arbeitnehmern in Österreich sind bei den Klein- und Mittelbetrieben zirka 1,6 Millionen beschäftigt. Dort ist ihr Hort, dort ist die Heimat dieser Leute. Und da wenden wir uns an den Parteiobmann.

Und wir sind für Mock auch deshalb, weil wir glauben, daß er zum ersten den Vorrang der Partei praktizieren muß, den Vorrang insoferne, daß in dieser Volkspartei jetzt viele Gruppen drinnen sind, die verschiedene Ansichten haben und die geeinigt werden müssen. Wir glauben, daß er ein Parteiobmann für alle ist, und deshalb sind wir für ihn. (Beifall.)

Und lassen Sie mich an alle die Bitte richten, daß wir, weil gerade wieder eine Legislaturperiode anfängt, unser Mittelstandsgesetz durchbringen, daß wir es als eines der ersten auf das Programm im Parlament setzen, weil der Mittelstand ja alle umfaßt: ob es die Unternehmer sind, die Arbeiter, die Angestellten, die Manager, die Bauern, die freien Berufe, die gehören alle dazu. Es ist ein großes Unternehmen, das wir da beginnen für die Österreichische Volkspartei. Wir haben eine Umfrage gemacht, und über 70 Prozent der Österreicher haben sich für diesen Mittelstand entschieden.

Und noch etwas: Es ist heute ein Haus angeregt worden. Das Haus ist nicht eine Erfindung der letzten Jahre, es ist schon früher so gemacht worden. Sie haben heute gesagt, die Bündeobmänner gehen in ihre Büros. Ich habe das zum Anlaß genommen zu sagen: Versuchen wir ein Haus zu schaffen, das die Heimat der Bündeobmänner ist, welche auch Stellvertreter des Bundesparteiobmannes sind. Sie sollen nicht weggehen, sie sollen daran gebunden werden. Wir werden sehr bemüht sein, ein solches Haus zu schaffen. (Beifall.) Salzburg hat es ja schon so praktiziert, und ich glaube, wir werden uns sicher darüber Gedanken machen müssen.

Es ist heute so viel vom Zusammenhalten, von Treue geredet worden, von der Einheit der Partei: Fangen wir mit dieser Einheit an, aber nicht nur in der Kritik. Vor 14 Tagen oder drei Wochen sind wir zehn Stunden im Vogelsangheim

gesessen und haben zehn oder zwölf Punkte aufgestellt. Wenn Sie sich diese Punkte anschauen: In manchem Detail liegt sicher eine Schwierigkeit. Versuchen wir ein Sandkastenspiel zu machen, diese Punkte zu verwirklichen, damit dieses Papier nicht Papier bleibt, sondern Leben bekommt. Versuchen wir, daß das nicht nur eine Zustimmung bis zur Stadtgrenze, sondern für alle Bundesländer, für die ganze Volkspartei ist, helfen wir alle zusammen. Nicht reden, praktizieren wir es!

Und ich darf im Namen des Wirtschaftsbundes sagen: Wir werden dazu beitragen, daß dieses Papier Leben bekommt, zum Erfolg für die ganze Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf: Am Wort ist Herr Dr. Piaty.

LAbg. Dr. Richard P i a t y (Stmk.): Hoher Bundespartei-tag! Der Wähler trifft seine Wertung, seine Entscheidung in sehr komplexen Begriffen, aber es sind drei Punkte, glaube ich, die vielleicht die wesentlichsten Elemente darstellen.

Das eine ist die Frage nach einem Programm. Meine sehr Geehrten! Ich habe heute oft gehört, wir haben ein Programm, das Salzburger Programm, wir brauchen darüber nicht zu diskutieren. Ich glaube, daß dieses Salzburger Programm nicht nur nicht bekannt ist, weitgehend auch in Funktionärskreisen nicht, sondern daß es keine echte Alternative zum Sozialismus darstellt. Ich zitiere heute Herrn Dieter Lenhardt von der "Presse" und empfehle allen jenen, die das im Detail lesen wollen, dort nachzulesen. Ich wiederhole nur: Dieses Programm ist im wesentlichen umfangreich, unverbindlich, es bezieht Positionen, die es dann

im weiteren wieder relativiert.

Meine sehr Verehrten! Das ist ein Programm der Mitte. Das heißt, in Farbe ausgedrückt, es ist nicht schwarz, es ist nicht weiß, es bewegt sich in einem unverbindlichen Grauton. Es ist nicht heiß und es ist nicht kalt, und jene, die die Heilige Schrift kennen, wissen, was mit denen geschieht, die lau sind: sie werden wieder ausgespieen.

Ich glaube, das Wesentlichste wäre - ein kleiner Therapievorschlag - : acht, neun, zehn Leitlinien, Leitsätze, kurz und prägnant. Sie gehören in jedes Parteimitgliedsbuch. Und innerhalb dieser Markierungsposition sollte sich die tägliche Arbeit bewegen. Und dann soll diese Partei - weil heute hier andere Töne angeklungen sind - einen großen Freiheitsraum der Diskussion und der Ausdrucksmöglichkeiten geben. Denn was uns heute fehlt, meine sehr Geehrten: Man sagt zwar sehr leicht, wir haben eine konservative Wurzel, wir haben eine liberale Wurzel, wir haben eine christliche Wurzel. Wo sind aber bitte die großen programmatischen Aussagen, wo sind die, die das formulieren, was wirklich konservativ heißt, wo sind die, die wirklich formulieren, was liberal heißt, und damit nicht einen blassen Indifferentismus meinen, und wo sind bitte die bewußten Christen, die das politische Bild des gegenwärtigen modernen Christen zu artikulieren und zu formulieren in der Lage sind? (Beifall.)

Gebt ihnen bitte einen Freiheitsraum, dann werden wir jene Komplementärbildung in unserer Partei haben, die sie

braucht zu dem Bündesystem, das ja primär nur ökonomisch orientiert ist. Was wir brauchen, ist ein fruchtbares Spannungsfeld an geistigen Meinungen, und in diesem Spannungsfeld wird jene Energie und Dynamik erwachsen, die dieser Partei erst Zukunft gibt.

Das zweite: die Politik. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Alltagspolitik entscheidet die Glaubwürdigkeit einer Partei, das hat schon jemand gesagt. Und da schaut es nicht sehr gut aus. Denn was haben wir bitte an echten, überzeugenden Alternativen den Sozialisten entgegengesetzt? Arbeitsplatzsicherung mit Schuldenbildung und Schuldenanhäufung? Meine sehr Geehrten, im Bund haben wir das bekämpft! Aber sehen Sie doch hinaus in die Länder, dort machen wir dasselbe.

Oder: Wie unglaublich ist unsere Position in der Energiepolitik. Ich habe heute mit großem Vergnügen, ich muß sagen, fast mit Erstaunen gehört, daß Herr Dr. Taus, unser Bundesparteiobmann, sich zu einem Wirtschaftswachstum bekannt hat. Ich frage bitte: Warum haben wir diese Leitlinien und Überlegungen nicht etwa in der Atompolitik eingehalten? (Beifall.) Dort haben wir nach meiner Auffassung nicht nur keine Wähler gewonnen, sondern wir haben eines verspielt: nämlich zu bestätigen, daß wir eine Partei sind, die das Staatsinteresse und die Wohlfahrt des Volkes über die der Partei stellt. (Neuerlicher Beifall.)

Die tägliche Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist das Instrument der Bewußtseinsbildung, dessen

man sich neben der programmatischen Aussage bedient. Und diese Bewußtseinsbildung ist seit Jahren, um nicht zu sagen seit über einem Jahrzehnt, vielleicht zwei Jahrzehnte, ausschließlich in Einbahnstraßen sozialistischer Denkkategorien gegangen worden.

Was haben wir da alles beigetragen, um die Mentalität einer Hol- und Nimmgesellschaft herbeizuführen? Wir haben dazu mitgeholfen, jenen geistigen sozialistischen Unterbau zu schaffen, wo der Wähler dann sozusagen den Überbau als Bestätigung gibt.

Wir müssen uns täglich bewähren, nicht nur im Bund, sondern ganz besonders in den Ländern und in den Gemeinden, denn was nützt das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, wenn Wirtschaftstreibende, die Bürgermeister wurden, nichts anderes betreiben in ihrem Bereich als Kommunalisierung, und wenn Länder immer mehr und mehr Agenden an sich ziehen und glauben, sie müssen alles das tun, was der Bürger eigentlich selbstverantwortlich machen könnte und machen müßte.

Und das dritte: die Personen. Hier besteht der Eindruck, der Fundus ist erschöpft. Der Fundus scheint erschöpft zu sein, meine sehr Verehrten! Und hier ein konkreter Vorschlag: Einbau des Rotationsprinzips in die Statuten. Nach zwei oder drei Funktionsperioden müßte man einen Kreislauf der Regeneration eröffnen. Es müssen ja auch andere nachrücken können. (Beifall.) Denn nichts ist so schlecht wie die Pragmatisierung des Politikers. Das ist die Fehlentwicklung bei uns. (Lebhafter Beifall.)

Und ein kurzes Wort zu einer Sache, die vielleicht heute angegangen wurde: Im Leben gibt es Augenblicke, wo man sagen kann: Sowohl - als auch. Es gibt aber auch Augenblicke, wo es ein Entweder - Oder gibt. Und ich bin ein ÖVP-Mann der ersten Stunde des Jahres 1945, wo ich in der Jugendführung war. Ich habe den Eindruck, daß wir jetzt in einer Stunde stehen, die die letzte Chance für unsere Partei ist, mit ihrer großartigen Tradition und mit ihrem großartigen Auftrag. Und eines seien Sie auch gewiß: Eine Partei ist bitte kein Selbstzweck. Sie ist ein Instrument der politischen Willensbildung, der politischen Willensvorstellung eines gewissen Wählerkreises, der geistige und ökonomische Gemeinsamkeiten hat. Und das sind die 2 Millionen Wähler, die wählen ja um dieser Vorstellung willen. Und wir als Partei haben die verdamnte Pflicht, ein Instrument der Durchsetzung des politischen Willens zu sein. Und wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir alle - und das ist nicht der Herr Obmann allein, sondern das geht hinunter die hierarchischen Stufen unterhalb des Obmannes bis zum Ortsgruppenleiter - die Situation erkennen, wenn wir unsere Pflicht erfüllen, wenn wir alles, was der Reformwilligkeit entgegensteht, überwinden, dann brauchen Sie bitte keine Angst zu haben, dann ist das Entweder - Oder nicht die Fragestellung, dann ist das Entweder in unserer Partei gegeben. Und wenn Sie das nicht tun, dann können Sie heute x-mal die Einheit der Partei beschwören, dann wird geschichtsnotwendig eine Entwicklung kommen, die im Oder endet. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Das Wort hat Johannes Hahn.

Johannes H a h n (JVP): Liebe Delegierte! Ich wollte eigentlich zu einem anderen Thema sprechen, und zwar zum Thema Leistungspaß, aber das können Sie an sich ja in den Vorschlägen der JVP zum Punkt 2,8 lesen. Vielmehr geht es mir darum, daß ich im Laufe der Diskussion den Eindruck gehabt habe, daß diese Diskussion um die Reform der österreichischen Volkspartei abgewürgt werden soll. Ich glaube aber, daß die Reform notwendig ist, damit diese unsere Volkspartei wieder die stärkste politische Kraft in unserem Lande wird. Jeder muß an sich arbeiten, im privaten Bereich, im Beruf. Wie notwendig ist es dann erst, liebe Freunde, daß diese ÖVP an sich arbeitet im Wege einer Reformdiskussion mit konkreten Ergebnissen. (Beifall.)

Es sind hier im Saal schon Plakate aufgehängt worden mit dem Bild unseres neuen Bundesparteiobmannes und mit dem Satz, der da lautet: Mehr Menschen sollen zu Wort kommen, und ihr Wort soll mehr gelten. Das heißt nichts anderes, als daß auch unser Parteiobmann eine Urabstimmung wünscht, eine Urabstimmung unter allen Mitgliedern dieser ÖVP. (Beifall.)

Und ich kann ihn verstehen, unseren Parteiobmann, denn es kann nichts schöner sein, als eine Partei zu führen nach den Vorstellungen und Wünschen der gesamten Parteibasis. Ich hoffe, liebe Delegierte, daß der schwache Applaus, der einigen meiner engagierten Vorredner zuteil wurde, wenn sie über die Urabstimmung sprachen, wenn sie diese forderten, nichts mit einer etwaigen Ablehnung zu tun hat, und ich möchte Sie

nochmals bitten, diesem Antrag der Jungen ÖVP auf Urabstimmung zuzustimmen. (Beifall.)

Wir haben in unserem Antrag den zweiten Absatz zurückgezogen, der da lautet, das Ergebnis dieser Urabstimmung ist für den nächsten Bundesparteitag bindend, weil wir eingesehen haben, daß das statutarisch nicht ganz machbar ist. Aber, liebe Freunde, das ändert nichts an der moralischen Verpflichtung dieses Parteitages im März 1980 oder wann immer er stattfinden wird im nächsten Frühjahr, die Ergebnisse dieser Urabstimmung soferne sie heute beschlossen wird, anzuerkennen und die Änderungen in unserer Partei entsprechend durchzuführen. (Beifall.)

Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus namens der Jungen ÖVP Wien deponieren, daß wir eine Reform weder ins Auge gefaßt, noch in Erwägung gezogen haben, noch sie prüfen, sondern daß wir sie schlicht und einfach verlangen, mit konkreten Ergebnissen, die dann aber auch eingehalten werden, nicht daß mit irgendwelchen halbherzigen Husch-Pfusch-Kinkerlitzchen jeder seine eigene Suppe weiterkochen kann, und das nach Möglichkeit mal sechs. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Josef Gstaltmeyr bitte.

Josef G s t a l t m e y r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Im Salzburger Programm haben wir unter dem Kapitel 2, "Die Partei der fortschrittlichen Mitte", meines Erachtens einen interessanten Satz stehen. Ich darf zitieren: "Die ÖVP fordert von allen ihren Mitarbeitern, Funktionären und Mandataren ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein. Sie müssen die Grundsätze und Ziele der Partei sachlich und uneigennützig vertreten."

Ich glaube, in diesem Satz steht mehr als eine Parteireform. Denn eines muß jedem einzelnen von uns bewußt sein: Teilorganisation hin, Teilorganisation her, weniger Macht an die Landesparteileitung, mehr Macht an die Bundesparteileitung, das alles sind nur Begleitmaßnahmen, über die man diskutieren kann, wo man bei jedem einzelnen Punkt ein Für und ein Wider findet. Aber es nützen die gravierendsten Veränderungen überhaupt nichts, wenn wir an uns selbst nicht die Reform beginnen, wenn nicht jeder einzelne von uns, ob Mandatar, Funktionär oder

einfaches Mitglied, sich bereit erklärt, sich selbst zu reformieren, und zwar zu reformieren nach den Grundsätzen des Salzburger Programms.

Ist nicht da und dort das Verantwortungsbewußtsein einzelner Funktionäre verlorengegangen? Ist nicht aus so manchem Funktionär, der selbstbewußt war, ein selbstherrlicher Funktionär geworden? Wo ist das Verantwortungsbewußtsein jener Spitzenfunktionäre unserer Partei, die von der Basisarbeit meilenweit entfernt sind?

Das einzige Konkrete, das wir der Bevölkerung bieten können, sind doch nur die in unserem Salzburger Programm formulierten Grundsätze und Wertvorstellungen. Und für uns Christen dürfen diese Wertvorstellungen nicht leere Phrasen und schöne Worte sein, sondern sie sollten für uns eine moralische Verpflichtung sein, nach diesen Grundsätzen zu leben und diese unsere Wertvorstellungen den Mitmenschen zu übermitteln.

In diesem Zusammenhang ist meines Erachtens noch eines notwendig: der Mut zur Verantwortung. In den letzten Jahren ist es uns leider nicht immer gelungen, konkrete Vorstellungen durchzuziehen. Wir haben immer wieder versucht, den einen oder anderen Bevölkerungsteil nicht zu vergrämen.

Die SPÖ hat das ganz anders gemacht. Es gibt doch kaum eine Bevölkerungsgruppe, der in den letzten Jahren von der sozialistischen Regierung nicht das Geld aus der Tasche gezogen wurde. Wir haben in bestimmten grundsätzlichen Bereichen nichts Konkretes; ich würde es als Wischi-Waschi-Politik bezeichnen. Wir selbst haben doch vor Jahren den Slogan geprägt:

Politik muß ehrlich sein. Der Wähler muß sich darauf verlassen können, wenn ein Politiker etwas sagt, daß er es auch nach den Wahlen einhält beziehungsweise versucht, nach diesen Grundsätzen das Leben zu gestalten.

Versuchen wir daher nach unseren Grundsätzen, nach unseren Wertvorstellungen zu leben. Versuchen wir, den Menschen zu beweisen, daß es sich lohnt, mit uns und für unsere Gesinnungsgemeinschaft zu leben.

Versuchen wir, den Mitmenschen unsere Wertvorstellungen vorzuleben, damit sie sehen, daß wir in einer glücklichen und zufriedenen Gesinnungsgemeinschaft sind.

Der bekannte Filmschauspieler und Regisseur Orson Welles hat gegenüber Marlene Dietrich die überaus interessante Erkenntnis geäußert, nur wer selbst glücklich und zufrieden sei, könne einen anderen glücklich und zufrieden machen.

Ich glaube, es ist notwendig, daß wir in unserer Partei diese Zufriedenheit und dieses Glück finden, damit wir nachher ein leichtes Spiel haben, dieses Glück und diese Zufriedenheit auf die Mehrheit dieses Staates zu übertragen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Am Wort ist Präsident Minkowitsch.

Präsident Roland M i n k o w i t s c h (BPL): Liebe Parteitagsdelegierte! Ich nehme hier das Wort als einer, der, aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, sich selbstverständlich und freiwillig sofort in den Dienst der Österreichischen Volkspartei und des Bauernbundes gestellt hat, der jetzt länger

als dreißig Jahre als Funktionär tätig gewesen ist mit dem einen Ziel: daß unsere Ideen, die wir in der Österreichischen Volkspartei verankert haben, bestimmende Kraft in diesem Lande bleiben mögen, und auch Rückschläge, wie wir sie im Jahre 1970 erleiden mußten, einzustecken in dem Bewußtsein, daß es nie nur bergauf gehen kann.

Ich hatte hier seit mehr als zwanzig Jahren die Ehre, fast auf jedem Parteitag das Wort zu nehmen. Es bedurfte keiner Aufforderung von irgend jemandem, daß ich hier das Wort ergreife, weil ich es immer so gehalten habe, daß ich in den zuständigen Gremien und überall dort, wo es den Betreffenden angegangen ist, das gesagt habe, was ich mir gedacht habe. Ich habe mir keine Busenfreunde und keine Journalisten gehalten, die in der Presse etwas ausdrücken sollten, was jemandem ins Gesicht hinein zu sagen man sich selbst nicht getraut hat. (Beifall.)

Ich spreche auch nicht aus einer Nische der Demokratie heraus, denn als Bauernbundpräsident habe ich dafür Sorge getragen, daß das Statut so erweitert wurde, daß ein weitaus größerer Kreis den Bauernbundpräsidenten wählt. Und die Funktionäre, die das tun, repräsentieren 400.000 Mitglieder.

Ich spreche hier auch als einer, der bei Vorwahlen mit Abstand in seinem Viertel in der Spitzengruppe gewesen ist und der also schon direktes Vertrauen erworben hat.

Ich spreche zum Primat der Partei, und ich spreche darüber, daß man den Mut haben muß, auch schweigen zu können. Es ist ja so, daß man heute versucht sein könnte, aus einem Akt der Ehrennotwehr heraus zu reden.

Ich glaube, wir alle sind glücklich darüber, daß Dr. Alois Mock sich in dieser schwierigen Situation bereit erklärt hat, die schwierige Obmannstelle in der Österreichischen Volkspartei zu übernehmen. Und deshalb werde ich, was den persönlichen Bereich anlangt, auch weiter schweigen. Ich möchte nur ankündigen, daß ich gerne bereit bin, in einem dafür zusammenzutrommelnden Kreis auch über Interna zu sprechen.

Nächster Punkt: Ich glaube, daß alle hier von dem Willen beseelt sind, daß unsere Österreichische Volkspartei, unsere große Gesinnungsgemeinschaft, diese wahrhaft fortschrittliche Organisation mit ihren Ideen in der Lage ist, den Weg ins nächste Jahrtausend gestalten zu können. Ich hätte nur gerne, daß man auch mir unterstellt, daß ich von diesem Willen getragen bin. (Beifall.)

Man kann über Wege je nach Erfahrung und je nach Temperament durchaus verschiedener Meinung sein, dazu haben wir Gott sei Dank eine Demokratie. Ich halte etwas von Erneuerung. Aber eine Erneuerung nur um der Erneuerung willen, ohne daß sie etwas Besseres bringt, halte ich für einen Blödsinn und nicht für einen Fortschritt. (Neuerlicher Beifall.)

Und jetzt noch etwas: Jeder, der das Glück hatte - wobei ich meinen Dank an den scheidenden Bundesparteiobmann Dr. Taus genauso zum Ausdruck gebracht haben möchte -, mit Dr. Alois Mock zusammenarbeiten zu können, dessen Fähigkeiten von Busek in einer Monplusultra-Formulierung hier bereits geschildert wurden, wird mir eines bestätigen können: Von Mal zu Mal muß man diesen Dr. Alois Mock lieber haben, weil er ein Mensch

und ein guter Kamerad ist. Und das ist die primäre Voraussetzung, daß es mit unserer Partei wieder aufwärts geht.

(Beifall.)

Ich selbst war es - ich plaudere nicht gern diverse Sachen aus anderen Gremien aus -, der Mock sehr gebeten hat, der aus Loyalität zu Dr. Taus sich nie bereit erklären wollte, dieses Amt zu übernehmen, bis auch er gesehen hat, daß es nicht anders gehen würde, sich dazu bereitzufinden.

Und ich war es auch, der am 17. Juni als erster in dieser Klausur die Bitte an Dr. Mock ausgesprochen hat, er möge in seiner guten Kameradenart dieses schwierige Amt übernehmen.

Wer zu Mock ja sagt, und das tue ich aus tiefstem Herzen, der sagt auch zu einer Erneuerung dieser Partei ja, zu einer Erneuerung mit Hirn und mit Herz. Dafür ist Mock der beste Garant. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Am Wort ist
Magister Schneeberger.

Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (JVP): Hoher Bundesparteitag! Geschätzte Damen und Herren! Es ist schwer, nach der flammenden Rede des Herrn Präsidenten Minkowitsch das Wort zu ergreifen. Trotzdem freut es mich ganz besonders, daß ich das Glück habe, nach ihm zu sprechen. Es freut mich deswegen, weil der Teil, den ich zur heutigen Diskussion beitragen möchte, seine Person mit impliziert.

Der Ruf nach dem Primat, nach dem Vorrang der Partei ist auch für uns junge Leute in dieser Österreichischen Volkspartei nichts Neues. Wir haben bereits Reformen miterlebt, wo auch dieser Ruf nach Statutenreform zugrunde lag.

Neu ist für uns die dramatische, nicht zu verniedlichende Situation, in der wir heute stehen. Und wir laufen wieder Gefahr, in dieser Situation in einer Statutenreform das Allheilmittel zu sehen.

Für mich ist der Vorrang der Partei kein organisatorisches Problem wie für viele, die sich heute hier zu Wort gemeldet haben. Für mich ist das ein grundsätzlich geistig-politisches Problem, aber auch ein Persönlichkeitsproblem, denn die Handlungsfähigkeit dieser Österreichischen Volkspartei, damit aber auch die Dynamik dieser Partei kann nur getragen werden von der Einheit des Denkens. Diese Einheit des Denkens kann man nicht erzwingen, schon gar nicht mit Statutenreformen, schon gar nicht mit Parteitagebschlüssen, diese Einheit des Denkens kann nur von innen kommen.

Nun, geschätzte Bundobmänner, ein Wort zu Ihnen.

Ich glaube, daß der Wunsch, der von der breiten Basis getragen ist, dieser Wunsch nach Einheit des Denkens gerade von Ihnen sehr viel, ich würde sogar behaupten schier Übermenschliches verlangt. Warum? - Sie waren es, die in den letzten Jahren, ja in den letzten Jahrzehnten in Einzelaktionen sicherlich in gutem Glauben und sicherlich zu guten Leistungen führend diese unsere Partei, diesen Ihren Bund geführt haben. Und jetzt verlangen wir eben dieses fast Unmögliche oder vielleicht Übermenschliche, dem Primat der Partei Vorrang zu geben. Es ist schwer, Macht abzugeben. Das ist mir klar. Ich glaube, gerade wir in der ÖVP haben 1970 am deutlichsten verspürt, wie schwer es ist, Macht abzugeben.

Doch richte ich als kleiner Funktionär dieser Partei an Sie die Bitte, eben diese Übermenschliche Kraft, diesen Charakter an den Tag zu legen und vielleicht einmal nicht am Steuer, sondern im Fonds des Wagens unserer Österreichischen Volkspartei zu sitzen, damit wir wirklich als einheitliche Österreichische Volkspartei motiviert in die Zukunft fahren. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf: Bitte, Matthias Tschirf.

Matthias Tschirf (JVP): Hoher Bundesparteitag! Die erste Bemerkung ist sicherlich sehr populär, und das ist auch alles, was ich mir aufgeschrieben habe.

In den letzten Wochen und Monaten ist oft darüber gesprochen worden, daß die Österreichische Volkspartei eine Integrationspartei sein soll. Eine Integrationspartei bedeutet, daß sie von demokratischen Prinzipien durchdrungen sein muß.

Der Antrag der Jungen Volkspartei, der Ihnen vorliegt, geht auf jenes Prinzip zurück, das bereits im Salzburger Programm als Partizipation umschrieben ist. Es geht darum, daß endlich die Entscheidungen, die diese Partei fällt, wirklich von der gesamten Partei getragen werden. Nicht von einer kleinen Gruppe, nicht vom sogenannten Parteiestablishment, sondern von allen, auch von den kleinen Funktionären, wie ich es einer bin.

Ich kann Ihnen daher diesen Antrag, der gleichlautend ist wie jener, den wir als Junge ÖVP Landstraße in unserer Bezirksparteileitung gestellt haben und der dort einstimmig durchgegangen ist, nur ans Herz legen und Sie bitten, ihm auch Ihre Zustimmung zu geben. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Dr. Ettmayer. Bitte.

Dr. Wendelin E t t m a y e r (ÖAAB): Hoher Bundesparteitag! Es freut mich, daß heute einige neue Aspekte insbesondere zu unserem Tagungsthema "miteinander" aufgezeigt wurden. Ich habe mit Interesse den Ausführungen meines Freundes Bernd Schilcher gelauscht, der die Frage aufgeworfen hat, wer denn in der Vergangenheit eigentlich die Parteiobmänner gestürzt hätte. Ich hoffe, Bernd, es wird von dir bald einmal eine

theoretische Abhandlung geschrieben und die Rolle deiner Gruppe, deines Landes dabei nicht ganz übersehen werden. (Zustimmung.) Ich sage das durchaus in einem freundschaftlichen Bekenntnis deshalb, weil wir ja mit Walter Heinzinger einen Steirer als Generalsekretär gehabt haben und es nicht so ist, daß sich Mock diesen Generalsekretär aus dem Grund geholt hat, um sich möglichst bald an die steirische Luft zu gewöhnen. Im Gegenteil: Wir wollten die Zusammenarbeit in der Praxis beweisen, haben das auch getan und werden es sicherlich auch in Zukunft tun.

Noch ein zweiter Punkt zum Thema "Zusammenarbeit in der Praxis". Es hat hier einige Zwischenrufe gegeben, als Hans Gassner davon gesprochen hat, daß er für eine selbständige FCG eintritt. Hoher Bundesparteitag! Man soll und muß darüber diskutieren, welchen Status die FCG haben kann. Ich möchte aber vor allem jenen, die dafür sind, daß die FCG sehr viel für die ÖVP tut, sagen: Geht in die FCG, werdet Mitglieder der FCG und schaut, daß ihr dann von innen her eine möglichst starke Zusammenarbeit mit der ÖVP erreicht! Es hat nämlich keinen Sinn, draußen zu stehen und zu kritisieren. (Zustimmung.)

Vielleicht noch eines: Es ist zweifellos gut, daß jetzt einmal kritische Stellen aufgebrochen werden, daß kritische Stimmen zu Wort kommen. Die kommende Diskussion darf aber kein Wettlauf dahin gehend sein, wer denn die meisten kritischen Stellen in der ÖVP findet, sondern es

muß ein Wettlauf dahin gehend sein, wer die meisten Wege findet, um die kritischen Stellen der Vergangenheit zu überwinden. Ich glaube, das ist wichtig! (Beifall.)

Dazu noch ein klares Wort. Es ist erfreulich, daß insbesondere unsere Freunde von den Medien bzw. von der Presse mit so viel Engagement die Diskussion in der ÖVP verfolgen. Aber von denselben Leuten, die mit Recht - ich sage ganz bewußt: mit Recht - verlangen, daß wir in der ÖVP solidarischer sind und besser zusammenhalten, wird gleichzeitig und bei jeder Gelegenheit gefordert: Den müßt ihr abschießen, den müßt ihr ablösen, und da gehört ein neuer Mann hin.

Meine Damen und Herren! Das ist die Quadratur des Kreises. So geht es nicht! Man kann nicht auf der einen Seite von uns verlangen, daß wir solidarischer sind, und auf der anderen Seite fordern, daß wir Leute abschießen. Für uns - das darf ich gleich auch noch dazu sagen - ist das nicht die Quadratur des Kreises. Denn für uns gibt es nur eines: Solidarität heute und Solidarität in der Zukunft! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Am Wort ist Herbert Kohlmaier.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Herbert K o h l-
m a i e r (BPL): Liebe Parteifreunde! Am letzten Bundes-
tag des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes in
Innsbruck im April 1978, wo Dr. Mock zum Bundesobmann und ich

zum Geschäftsführenden Bundesobmann gewählt wurden, haben wir an die Stirnwand des Saales das Motto "Wir tragen Verantwortung" angebracht. Ich halte diesen Begriff der Verantwortung für den wichtigsten für die gesamte Partei, aber auch für den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund.

Liebe Parteifreunde! Ihr alle kennt die Angriffe der Sozialisten gegen diesen Arbeiter- und Angestelltenbund. Klubobmann Fischer hat uns mehrmals unter dem Jubel seiner Partei mit den Kommunisten verglichen. Im letzten Arbeiterkammerwahlkampf wurde uns vorgehalten, wir seien die Gelben, wir seien unternehmerhörig, und gleichzeitig hören wir immer wieder, wir seien die Linksüberholer.

Verehrte Freunde, der ÖAAB ist das alles nicht! Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund ist eine christlich-demokratische Arbeitnehmerorganisation mit einer großen Tradition und einem eigenen Programm, dem Wiener Programm, wo der Versuch unternommen wird, die christliche Soziallehre in Arbeitnehmerpolitik zu formulieren.

Wir haben die Verantwortung für die Gesamtpartei immer so verstanden, daß wir nicht eine Arbeitnehmerpartei wollen - das soll die Österreichische Volkspartei nicht werden - , sondern im Gegensatz zum Klassenparteimodell der Sozialisten wollen wir, daß diese Österreichische Volkspartei eine soziale Integrationspartei ist, in der alle ihre politische Heimat finden können. Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende, Freiberufler, Landwirte eben in einer sozialen Integrationspartei, einer gemeinsamen Österreichischen Volkspartei, für die wir uns verantwortlich fühlen. (Beifall.) Ich weiß, daß das Modell

einer sozialen Integrationspartei viel schwieriger ist als das einer Klassenpartei.

Nur darf die Verantwortung, die wir für unsere gemeinsame Partei tragen wollen, keine einseitige sein. Wir haben uns im ÖAAB in den letzten Jahren - ich möchte das mit ehrlichem Gewissen sagen - um Loyalität, Mitarbeit, Verantwortung für die gesamte Österreichische Volkspartei bemüht. Wir sind, verehrte Parteifreunde, jede Woche am Donnerstag, wenn der Bundesparteivorstand in der Kärntner Straße tagte, gemeinsam um einen Tisch gesessen und haben uns bemüht, diese Loyalität und Zusammenarbeit in der täglichen politischen Bewältigung der Probleme zu beweisen. An diesem gemeinsamen Tisch, wo wir nachgedacht und uns viele Fragen gemeinsam abgerungen haben, haben wir im letzten Jahr oft gehört, daß diese Volkspartei bei der Wahl vom 6. Mai eine echte Chance hat, wir haben aber eigentlich nie gehört, daß wir als Folge einer Fehlkonstruktion um diesen Tisch versammelt sind. Das nur zu dem Problemkreis "gemeinsame Verantwortung".

Von den Diskussionsrednern wurde mehrmals die Frage aufgeworfen, wie die Teilorganisationen, wie insbesondere die Bünde, zum Vorhaben der Parteireform stehen.

Lassen Sie mich hier vor diesem Parteitag noch einmal mit aller Klarheit sagen: Es gibt von uns nicht nur ein bedingungsloses Ja zu dieser Parteierneuerung, sondern es gibt von uns auch die Bereitschaft, an dieser Parteierneuerung als Arbeiter- und Angestelltenbund unseren Beitrag zu leisten, mitzuwirken und uns allen Ergebnissen dieser Parteierneuerung

voll unterzuordnen. Hoher Bundesparteitag, das möchte ich hier deponieren. (Beifall.) Ich möchte auch klarstellen, daß das, was die 17er Kommission, deren Mitglieder heute mehrmals zu Worte kamen, erzeugt hat, für uns ein durchaus taugliches Instrument in allen Bereichen ist. Ich nehme hier keinen Punkt besonders aus. Vor allem möchte ich betonen, das schließt ebenso das Vorhaben ein, die Parteiobmann-Stellvertreter in Zukunft durch den Bundesparteitag zu wählen. Auch das wird von uns voll akzeptiert. (Neuerlicher Beifall.)

Verehrte Parteifreunde! Ich darf noch etwas für uns in diesem Arbeiter- und Angestelltenbund beanspruchen. Wir sind immer traditionell Kämpfer für mehr Demokratie gewesen und wir befinden uns derzeit wieder in einer sehr harten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner um die Demokratie in den Arbeiterkammern. Unsere Tiroler und steirischen Freunde werden hier eine Auseinandersetzung führen müssen, die uns noch lange beschäftigen wird und die wir alle gemeinsam tragen wollen. Ich wollte sogar, wir hätten manchmal noch mehr Bundesgenossen bei unserem Bemühen um mehr Demokratie oder dort, wo wir gegen Gefahren für die Demokratie auftreten. Ich verweise etwa darauf, daß wir es waren, die einen Gewerkschaftsbundpräsidenten Benya zur Ordnung rufen mußten, wegen Äußerungen, die ich für außerordentlich demokratieschädlich und demokratiegefährdend gehalten habe, wegen des Aussprechens jener Drohung, die viele bürgerliche Wähler - wenn ich das so sagen darf - eingeschüchtert hat.

Ein letztes Wort zum neuen Bundesparteioobmann. Ich kenne Dr. Mock seit vielen Jahren. Und ich möchte hier etwas vor aller Öffentlichkeit festhalten: Er ist der einzige Parteifunktionär, von dem ich in allen diesen Jahren, seitdem ich ihn kenne, niemals ein böses oder abfälliges Wort über einen anderen gehört habe. (Beifall.) Deswegen bin ich froh, daß Dr. Mock Bundesparteioobmann wird! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Franz Stocker.

BR Franz Stocker (NÖ): Hoher Bundesparteitag! Im Rahmen der jetzt in Gang gesetzten Diskussion, die nun doch schon einige Zeit dauert, wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht, bei denen man manchmal persönlich den Eindruck bekommt, daß diejenigen, die diese Vorschläge bringen, oft die Zusammenhänge gar nicht so richtig erkennen und auch oft außerhalb jener Organisation agieren, für die sie Vorschläge erstatten. So wurde auch die Frage FCG und Österreichische Volkspartei als Reformvorschlag in der Form diskutiert, daß die ÖVP eine eigene Gewerkschaftsfraktion bilden soll.

Als ein Funktionär, der sowohl in der Gewerkschaft als auch in der Österreichischen Volkspartei verankert ist, sei es mir gestattet, dazu einige persönliche Bemerkungen zu machen. Es wurde vor langer Zeit zwischen ÖAAB und FCG eine klare Aufgabentrennung durchgeführt. Wenn man sich die Entwicklung ansieht, kann man ruhig behaupten, zum Vorteil für beide Organisationen, obwohl Unzulänglichkeiten immer wieder vorkommen, obwohl man sicher immer wieder darüber

reden kann, wie das eine oder das andere verbessert wird.

Wäre man boshaft, könnte man aus diesem Reformvorschlag ableiten, daß die ÖVP mit ihrer inneren Reform offensichtlich noch nicht genug zu tun hat, um nicht auch noch Bereiche miteinzubeziehen, die nicht dazugehören. Denn die Fraktion Christlicher Gewerkschafter ist keine Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei, aber sehr wohl Bestandteil des überparteilichen Gewerkschaftsbundes. Wenn man die Frage einer eigenen Fraktion, einer ÖVP-Fraktion im ÖGB diskutiert, dann kommt man automatisch auch auf das Thema der Glaubwürdigkeit, die heute schon öfter erwähnt wurde.

Wir dürfen eines nicht vergessen: daß es lange Zeit hindurch für uns immer als Nachteil empfunden wurde, daß die Österreichische Volkspartei von ihrer Spitze her kein klares Bekenntnis zum Gewerkschaftsbund abgelegt hat. Ich darf darauf hinweisen, daß Dr. Taus der erste Bundesparteiobmann war, der selbst Gewerkschaftsmitglied ist und der auch hier zum Ausdruck gebracht hat, die ÖVP legt Wert darauf, daß ihre Mitglieder, soweit sie den Arbeitnehmern zuzuzählen sind, auch im ÖGB mitarbeiten.

Und wenn man daher diese Frage diskutiert, dann wäre doch anzunehmen, daß man, wenn man wirklich daran denkt, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in eine ÖVP-Fraktion umzuwandeln, doch vorerst einmal einen entsprechenden Kontakt mit den leitenden Funktionären der FCG herstellt und

diese Frage vorbespricht, bevor man solche Vorschläge in die Öffentlichkeit bringt. (Beifall.)

Und was das Beispiel der Sozialisten anlangt, möchte ich auf eines hinweisen: Es stimmt, daß die Gewerkschaftsfraktion der Sozialisten sehr stark parteilich ausgerichtet ist. Wenn wir zur Auffassung gelangen, daß die ÖVP eine eigene Gewerkschaftsfraktion bilden soll, dann müßte das allerdings auch bedeuten, daß die Gewerkschafter in der ÖVP ein gleiches Gewicht innerhalb der Partei haben, wie es derzeit die sozialistischen Gewerkschafter in der Sozialistischen Partei haben. (Beifall.)

Abschließend noch einige allgemeine Bemerkungen. Wenn man die Diskussion verfolgt, bekommt man irgendwie Sorge darüber, wie das jetzt weitergehen soll. Diese Vielzahl von Vorschlägen, die gemacht wurden, könnte nämlich sehr leicht dazu führen, daß, wenn man bei der Organisationsreform über das Ziel hinausschießt, man eine Vielzahl von bisherigen Mitarbeitern verärgert und frustriert. Wenn man es nicht tut, dann könnte es passieren, daß in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben wird, jetzt habt ihr soviel diskutiert und soviel Vorschläge in die Öffentlichkeit gebracht und sowenig davon realisiert! Es wird daher notwendig sein, im weiteren Verlauf dieser Reformdiskussion auch diese Aspekte zu beachten. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Nächster Redner:
Dr. Erhard Busek.

Vizebürgermeister Dr. Erhard B u s e k : Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Soweit bis jetzt absehbar, ist meine Wortmeldung am Endpunkt der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich glaube aber, das entscheidende ist, daß wir in diesem Zeitpunkt festhalten, daß es keinen Endpunkt der Diskussion, sondern bestenfalls einen Punkt in der Tagesentwicklung selber darstellt. (Beifall.)

Ich habe mich vor allem deswegen zu Wort gemeldet, weil nach dem Hervorreizen der teilorganisatorischen Obmänner (Heiterkeit) vielleicht auch der Eindruck entstehen könnte, daß die Landesparteiobmänner am Präsidium nichts zu sagen haben. Meine Freunde am Präsidium haben mich gebeten zu sagen, daß es vielleicht ein Mangel in der technischen Organisation ist, daß wir nicht alle die Möglichkeit haben, gleichermaßen hier Stellung zu nehmen, und so nehmen Sie meine Wortmeldung als eine von neun, aber für alle gesagt.

Ich glaube, daß wir in dem Zeitpunkt der Diskussion, an dem wir stehen, eine Verpflichtung übernehmen, nämlich nicht den Begriff der Reform zu Tode zu malträtieren, das haben wir in der Geschichte der Volkspartei schon gehabt, sondern das eher als ein Gespräch über den weiteren Weg unserer Partei verstanden zu haben. Denn ein politischer Weg ist immer zu diskutieren, immer neu zu bestimmen, immer an neuen Gegebenheiten zu orientieren, aber auch immer wieder daran zu messen, an welchen Prinzipien er gestaltet wurde.

Und gegen eines möchte ich mich ausdrücklich verwahren: zu meinen, daß dieser Parteitag eine Ventilfunktion gehabt hat. Wir haben nicht Überdruck, sondern Triebkraft in die Zukunft, und das hat er deutlich gezeigt. (Beifall.)

Ich glaube, daß wir mit dieser Diskussion aber auch dem neuen Bundesparteiobermann eine "Morgengabe" zu machen haben, obwohl es schon Abend ist - du verzeihst den hinkenden Vergleich - , "Morgengabe" in dem Sinn, daß wir diese Diskussion als eine Aufforderung verstehen. Das muß deswegen festgehalten werden, weil die Gefahr dieser Diskussion wohl die ist, daß hier sehr viele ihren Standpunkt deponiert haben, daß aber die Gewißheit und die Garantie, daß darüber weitergeredet wird, noch lange nicht gegeben ist. Dieses Deponieren kann nicht verstanden werden im Sinne der Deponie, denn was auf einer Deponie geschieht, ist uns bekannt: das dort Abgelegte verrottet. Und das darf in der Diskussion um die Zukunft unserer Partei keinesfalls geschehen.

Es kann auch keine Pflichtübung gewesen sein, sondern der Beginn eines Gespräches, und ich darf alle Delegierten bitten, die sich zu diesem Bundesparteitag vereint haben, genauso wie die Gäste, dieses Gespräch von sich aus weiterzuführen, nicht zu warten, bis vom sogenannten "Oben" die Impulse kommen, sondern diesen Impuls in sich selber weiterzutragen, mit Ihren Freunden, mit denen Sie ein Gespräch führen, darum zu ringen, wie der weitere Weg der Politik ist, um welche Probleme es geht und wie sie gestaltet werden können.

Diese Verpflichtung haben Sie als Delegierte, und wir, die wir in der einen oder anderen Form eine Funktion in der Partei haben, haben Ihnen in diesem Gespräch zu danken für die Hinweise, die Sie uns gegeben haben, für manche Ermunterung, aber auch für manche Kritik, ich möchte es vielleicht nennen: für die eine oder andere "Tätschn", die wir erhalten haben. Sie hat uns sicher gut getan, unter Einschluß meiner Person. (Beifall.)

Ich glaube, daß diese brüderliche Zurechtweisung, wie ich sie nennen möchte, etwas ist, was zur Selbstverständlichkeit in dieser Partei gehören muß, wo niemand verletzt wird und niemand verletzen will, sondern es einfach notwendig ist, aus der Gemeinsamkeit heraus, in einem Gespräch festzustellen, wo geirrt wurde und wo wir miteinander einen neuen Weg finden können, das zu tun, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Ich glaube aber, daß wir noch eine weitere Verpflichtung haben: An dieser Stelle allen jenen zu danken, die als Mitarbeiter dieser Partei, sei es als Mitglieder oder als Helfer bei dieser Wahl, in ihrem Glauben und Vertrauen zu dieser Partei gezeigt haben, daß die eine oder andere Verwirrung, die wir gehabt haben, nur etwas ist, was uns temporär anfällt, aber eine große Gemeinschaft auch bereit ist, mit uns einen Weg zu einer besseren Zukunft für unser Österreich zu gehen. (Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, daß ich noch zu einer Wortmeldung Stellung nehme, von der ich froh bin, daß sie stattgefunden hat: Es war mein alter Freund Richard Piaty, wobei ich die Etikettierung "alter Freund" nicht so meine, wie sie gemeiniglich in solchen Verhältnissen verstanden wird. Ich bin ihm dankbar, daß er das, was als Diskussion außerhalb stattgefunden hat, auch hier gebracht hat, und ich bin überzeugt, daß wir solche Diskussionen aushalten. Ich möchte seinen Diskussionsbeitrag als ein Beispiel dafür nehmen, daß bei allem Willen zur Einigkeit, zum "Zsammhalten" und zur Sprachregelung ein Satz nicht gelten darf: daß man nämlich "Zsammhalten" mit "Halts es zsamm!" verwechselt. Das wäre der falsche Weg! (Beifall.)

Ich glaube aber, daß wir zum zweiten aus dieser Wortmeldung lernen können, daß es nicht um eine Parteireform, sondern vor allem um eine Politikreform geht, wobei ich für die Verwendung des Wortes "Reform" hier um Entschuldigung bitte. Dieses Umdenken oder die Frage nach den Inhalten, die er gestellt hat, ist nicht nur eine Aufforderung an Programme, seien sie gedruckt, seien sie von der Spitze vertreten, sondern eine Aufforderung an uns alle, immer wieder bei allen unseren Handlungen die Inhalte zu überprüfen. Es könnte gar nicht so schwer sein, die Frage von Piaty zu beantworten, was christlich ist, wenn man Politik nicht teilt und

sagt, das ist Standesvertretung, das ist Lokalvertretung. Ich könnte mir vorstellen, daß es radikale Elemente des Christlichen zum Beispiel in der Standesvertretung einer Ärztekammer gibt - denn Gesundheit ist Bemühung um den Nächsten, und da läßt sich einiges machen - , daß es radikale Elemente des Liberalen gibt, nicht nur bei der Ärztekammer, sondern im Bereich der Sozialpolitik, im Bereich der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, um zu verstehen, daß der Wunsch nach dem Staat nicht die Lösung aller Möglichkeiten ist. Ich könnte mir vorstellen, daß die Ausfüllung der vielleicht hohl gewordenen Begriffe wie progressiv oder konservativ im Einbekenntnis dessen, was wirklich radikal von der Wurzel her gemeint ist, durchaus möglich ist.

Ich glaube, wir sollten alle diese Haltungen mit Beispielen belegen, mit praktischen Beispielen. Ich beneide meine Freunde mit Mehrheiten in den Ländern, denn sie haben die Möglichkeit, am praktischen Beispiel in ihrer Politik herzuzeigen, wie sie unser Programm verstehen. Ich glaube, daß wir dort, wo wir in der Minderheit sind, mit dem, was wir selber tun können, demonstrieren, wie unsere Haltung zu verstehen ist.

Es wird in der nächsten Zeit sehr viel von Energie die Rede sein, und wir sollten uns diesem Thema nicht nur technokratisch nähern, indem wir meinen, daß die eine Lösung besser oder die andere weniger gut ist, daß die

eine Lösung zuwenig erspare oder dort eigentlich die Versäumnisse der Regierung seien. Ich glaube, daß zum Beispiel einmal ein freiwilliges "Pickerl", eine Art Konsumaskese an einem Tag in der Woche, ein praktisches Beispiel wäre, wo der, der kann, zeigt, daß man auch selber etwas tun kann, um einen Notstand aufzuzeigen und Probleme selber zu lösen, als praktisches persönliches Beispiel. (Beifall.)

Ich glaube, daß dieses Herzeigen der Inhalte dann die beste Durchführung des Salzburger Programms, die beste Durchführung unserer Grundsätze darstellt, daß die Entwicklung unserer Organisation zu den Anlässen der Politik, zu den konkreten Problemen hin die eigentliche Entwicklung unserer Organisation darstellt.

Ein zweites Wort noch - ich glaube, daß es das Problem verdient, das Piaty genannt hat - : Er hat geklagt, daß wir zuwenig Fundus an Personen hätten. Liebe Freunde, dann fordere ich euch alle auf, daß wir gemeinsam den Mut haben, neuen Talenten auch den Weg zu ebnen. Denn zu klagen, daß wir sie da und dort nicht haben, und nichts dazu zu tun, daß sie auch durchkommen können, das wäre sicher der falsche Weg. (Beifall.)

Das müssen wir uns alle ins Stammbuch schreiben, da haben wir alle Möglichkeiten, denn wir alle sitzen in Gremien, wo aufgestellt wird und wo meistens die Trägheit verhindert, daß in ordentlicher Beurteilung von er-

brachter Leistung entweder Mandate bleiben oder geändert werden, wo es notwendig ist. Diese Courage werden wir ganz sicher brauchen, um eine leistungsfähigere Partei darzustellen. (Beifall.)

Lassen Sie mich mit einem Appell und mit einer Einladung schließen, mit einem Appell, daß wir neben allem Bekenntnis zu sachlichen Lösungen und zu einer ordentlichen Organisation uns auch vornehmen müssen, der Phantasie Raum zu geben und die Phantasie zu haben, zu träumen, wo die neuen Möglichkeiten liegen, zu träumen, wo wir die Gelegenheiten haben, eine bessere Welt für die Menschen in unserem Lande und überhaupt in unserer gesamten Verantwortung zu bauen. Denn ohne Traum wird der Wille zur Realisierung nicht die Perspektive haben. Aber nicht ein Traum, der uns aus der Wirklichkeit führt, sondern der uns die ersten Schritte hinleitet, in einer größeren Vision dann den Weg zu gehen, den wir uns vorstellen.

Und eine Einladung, der Gedanke, den Michael Graff geäußert hat, von einem "Volksparteitag" erscheint mir als eine sehr gute Idee, weniger vielleicht wegen plebisziärer Gefüge, sondern wegen der Gelegenheit, als eine große Gemeinschaft zusammenzukommen. Ich lade Sie ein, in Form eines Volksparteitages vielleicht zu einem Wiener Stadtfest den nächsten Parteitag in der Innenstadt zu machen, als eine Gemeinschaft, die ernsthaft beschließt, die sich aber dann für eine Zeit nimmt: als Freunde zu einem Fest zusammenzukommen. Denn eine Gemeinschaft besteht nicht nur

darin, in einem Saal beieinander zu sein, Reden zu halten, sondern dann auch Freundschaft in Festesfreude zu haben. Und das soll ein Parteitag auch sein! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f: Meine Damen und Herren! Die Rednerliste ist erschöpft. Nach 52 Diskussionsrednern kommen wir nun zur Abstimmung der Anträge.

Es liegt ein Antrag der Jungen Volkspartei in einer modifizierten Form vor hinsichtlich der Urabstimmung. Dieser Antrag bedarf der einfachen Stimmenmehrheit.

Wünscht jemand dazu das Wort? - Dies ist nicht der Fall. Ich bitte daher jene Delegierten, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Gegenprobe? - Ich stelle die Mehrheit für diesen Antrag fest. Der Antrag ist somit angenommen. (Beifall.)

Die Antragsprüfungskommission hat empfohlen, alle Vorschläge und Materialien zur Parteireform der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung zu übergeben und diese aufzufordern, am nächsten Parteitag, also am ordentlichen Bundesparteitag 1980, in entsprechender Weise über das Ergebnis der Parteiorganisation zu berichten.

Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Wünscht jemand dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher jene Delegierten, die zustimmen, die Delegiertenkarte zu heben. - Gegenprobe? - Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erschöpft.

Ich darf den Vorsitz Landeshauptmann Haslauer übergeben.

Vorlesender Dr. Wilhelm G. L. a u c k: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach dieser eindrucksvollen, ausführlichen Diskussion, für die ich allen Bedauern, aber vor allem auch allen Zuhörern aus ganzen Herzen danke, bitte ich nunmehr unseren neuen Bundesparteivorsitzmann Dr. Alois Ruck um sein Schlussreferat.

3. Rede des neugewählten Bundesparteivorsitzmannes

Bundesparteivorsitzmann Dr. Alois Ruck (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Ich glaube, es war eine großartige Diskussion, die wir jetzt abgeführt haben. Verständlicherweise drängt mancher, der von einem entfernteren Bundesland gekommen ist, zum Flugzeug, zum Zug oder zu einem sonstigen Transportmittel.

Ich bitte euch aber doch um Verständnis, wenn ich nicht nur einige Schlussworte spreche, sondern euch an diesem wichtigen Bundesparteitag auch einige politische Überlegungen vorstelle. Ich glaube, der Anlaß verdient es, daß wir uns mit wichtigen politischen Fragen sehr ernst auch in Form des Schlusswortes auseinandersetzen. Ich werde euch daher auch noch etwas geistlich strapazieren.

Liebe Freunde! Die Wochen nach dem 6. Mai waren von viel Unruhe, enttäuschenden Ereignissen, mißverständlichen Stellungnahmen, von manchem Aufbegehren und heftiger Kritik gekennzeichnet. Diese Situation an sich hat auch manchen treuen Freund und Mitarbeiter der Österreichischen Volkspartei weiter tief getroffen, enttäuscht und gelegentlich auch entmutigt.

Ich habe hier nicht mehr zu beschönigen, zu glätten, zu schmälern. Ich würde aber doch einen Appell setzen: diese Debatte, diese Diskussion, auch diese Diskussion, die heute hier auf dem Parteitag stattgefunden hat, auch die kritischen Äußerungen und Kommentare sind für mich ein Zeichen der Vitalität der österreichischen Volkspartei. (Beifall.)

Liebe Freunde! Diese große politische Partei nimmt Wahlniederlagen nicht durch die Ohren. Sie reagiert mit einem klaren Willen nach einem neuen Weg und nach einer neuen Zukunft.

Ich weiß, wie das auf Landesparteitagen gelegentlich ist: man hat den Eindruck, einen Diskussionsbeitrag zu leisten, er wird vielleicht irgendwo protokolliert und, wie dann mancher sagt, schubladiert. Ihr müßt versichert sein - jeder, der hier das Wort ergriffen hat -, daß wir diese Beiträge in der Diskussion, jeden Beitrag sehr ernst nehmen.

Die 17er-Kommission hat uns bisher mit ihrer Arbeit schon in wertvollster Weise geholfen. Wir werden auch das Protokoll dieses Landesparteitages, vor allem die Diskussionsbeiträge, zur Verfügung stellen, und ich bitte die 17er-Kommission, daß sie es in ihrer weiteren Arbeit verwertet.

Liebe Freunde! Ich bin von einem Überzeugt: Wir müssen uns die Frage: Wie können wir besser und mehr für Österreich arbeiten? sehr kritisch stellen. Wie können wir mehr für unsere Heimat tun? Und wie können wir besser und mehr für die Menschen

Nicht weniger erfordert es auch eine ständige Frage in unserer politischen Arbeit.

Arbeit stellt sich nicht nur die Frage: Wie lauten unsere Grundsätze? sondern es erhebt sich auch die Frage: Wie soll die Struktur, die Organisation unserer Partei aussehen, damit wir das Maximum für dieses Land leisten können?

Ich habe vorher gesagt, daß dieses Aufbegehren, diese kritische Situation, die Diskussion für mich ein Zeichen der Vitalität sind. Für mich, liebe Freunde, ist diese Diskussion und die Erneuerungsphase auch ein Zeichen der Liberalität dieser Partei. Noch nie hat eine politische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg in der Zweiten Republik so offen und so selbstkritisch die Frage gestellt: Welche Wege sollen wir einschlagen? Was sind die Probleme, mit denen wir uns befassen sollen, um Fragen, Sorgen der Menschen dieses Landes zu lösen und als Partei zu neuen Ufern zu kommen? (Beifall.)

Wir machen es nicht nur mit Liberalität, sondern auch mit Demokratie. Ich bin daher den Delegierten dankbar für die Zustimmung zum Antrag auf Durchführung der Urabstimmung. (Beifall.)

Aber, liebe Freunde, ich möchte noch ein drittes Element erwähnen. Die Führung der Diskussion auf diesem Parteitag, und das hat auch für die nächsten Monate zu gelten, zeugt auch von der Disziplin dieser Partei. Das ist keine angeordnete Disziplin, sondern Selbstdisziplin, die aus dem Bekenntnis zur Einheit dieser Partei und aus dem Bekenntnis zu unserem politischen Glauben entspringt. Diese Disziplin bedeutet, in der

Wenn wir die Politik des Landes zu achten, sie bedeutet, die beschlossene Politik zu vertreten, bedeutet, das gemeinsame Grundsatzzentrum von 1972 als Richtschnur unseres politischen Handelns zu sehen. Ein Grundsatzzentrum, liebe Freunde, mit der wir auch heute das Gedenken an unseren toten Bundesparteiobmann Karl Schleiner verbinden sollen.

Diese Disziplin bedeutet auch, nicht alles zu zerreden, schlecht zu machen oder selbst auf Kosten anderer zu gewinnen.

So wollen wir die Diskussion der kommenden Monate mit Vitalität und Überzeugungskraft, mit Toleranz und Liberalität führen und in demokratischer Disziplin das gemeinsam tragen, was am nächsten Bundesparteitag im März 1980 beschlossen wird. Ziel dieser Reformdiskussion muß es sein, uns mit den grundsatzpolitischen Vorstellungen des Salzburger Programms stärker als bisher vertreten zu machen und unsere Tagespolitik danach zu prägen.

Ziel muß es sein, unsere innere Struktur zu straffen, um unsere Politik und Organisation wirksamer und glaubwürdiger in den Dienst für Österreich zu stellen.

Bei dieser Reform gibt es zwei klare Fixpunkte: das Salzburger Programm als Ausdruck unseres grundsatzpolitischen Willens und die Einheit der Partei. Daran dürfen wir nicht rütteln, und daran wird niemand rütteln, liebe Freunde! (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Wenn ich mich bei euch nochmals für den großen Vertrauensvorschuß bedanke, dann möchte ich folgendes

Wenn wir die Solidarität draußen verlangen, von den Ortsparteiobmännern und Kammerräten und Betriebsräten und Ortsbauernräten, von allen, die irgendwo stehen, dann müssen wir in der Zentrale Solidarität beispielhaft vorleben. (Zustimmung.)

Daß es Österreich heute in seiner Funktion gibt, als ein selbständiges, unabhängiges und wirtschaftlich lebensfähiges Land mit den Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates, das von allen seinen Bewohnern bejaht und geliebt wird, das ist ein bleibendes Verdienst, das uns Mut machen soll, ein bleibendes Verdienst der Österreichischen Volkspartei. Ich habe vorhin Männer genannt - ich sollte hier auch andere nennen: Bundeskanzler Alfons Gorbach, Bundeskanzler Josef Klaus. Gerade weil er heute hier ist, möchte ich ihm dafür danken, daß er mir schon seinerzeit in jungen Jahren durch einen großen Vertrauensvorschuß auch die Chance von Regierungserfahrung gegeben hat. Ich möchte auch den anderen danken: Maleta, Prader, Withalm, Piffl-Perčević, der mir in großartiger Weise die Übernahme des Amts als Unterrichtsminister seinerzeit ermöglicht hat. Alles das macht mir Mut und soll uns allen Mut machen.

Liebe Freunde! Wir haben eine Zukunft zu bewältigen - mit den geistigen Traditionen der personalen Freiheit und der Selbstbestimmung des Menschen, der Solidarität und der Nächstenliebe, des Gestaltungsauftrages zur Vermenschlichung der Lebensverhältnisse. Um das zu verwirklichen, müssen wir zuerst an uns selbst arbeiten. Wir müs-

sen geistige Arbeit, wir müssen moralische Arbeit, wir müssen Kärnerarbeit leisten, um dieses Zukunftsbild erfolgreich zu entwickeln und zu verwirklichen.

Ich möchte hier noch ein Wort, das mir besonders am Herzen liegt, sagen - es ist heute schon einmal erwähnt worden, ich glaube, man soll es wiederholen - : Es ist das besondere Verdienst von Josef Taus, diese Erneuerungsphase der Österreichischen Volkspartei eingeleitet zu haben. Es ist darüber hinaus Bestandteil der Geschichte dieser Partei, daß du, lieber Freund, vier Jahre an der Spitze der Österreichischen Volkspartei mit beispiellosem Einsatz und in selbstlosester Weise gekämpft hast, wofür wir dir und deiner Familie nicht nur heute danken, sondern auch in Zukunft Dank wissen. (Den hierauf einsetzenden lebhaften und langanhaltenden Beifall nimmt Dr. Taus dankend entgegen.)

Wir werden auch in Zukunft - du hast es uns heute gesagt - weder auf deine Erfahrung noch auf dein Wissen und schon gar nicht auf deine Einsatzbereitschaft verzichten.

Natürlich, liebe Freunde, wie das so in der Politik ist: Es hat in den letzten Wochen und es wird auch in Zukunft kritische, diskriminierende Kommentare zum Obmannwechsel an der Spitze der ÖVP geben. Wir werden aber unsere Bindung zu dir nicht nach den Kommentaren in der medialen Öffentlichkeit, sondern nach deinen persönlichen Leistungen und nach deinem persönlichen Einsatz für dieses Land und für unsere politische Bewegung bestimmen. (Beifall.) Für uns, lieber Freund, wird auch in Zukunft die Überschrift an der Stirnwand dieses Saales gelten "miteinan-

der" - so werden wir weitergehen.

Nun, liebe Freunde, ich habe vorhin schon in der Einleitung gesagt: Was wichtig ist, ist keine falsche Euphorie, sind keine Illusionen. Was wichtig ist, ist eine nüchterne Beurteilung des Ist-Zustandes.

Die Volkspartei hat nur zweimal in Ausnahmesituationen seit 1945 die absolute Mehrheit errungen. Ja 1979 mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß auch nach zweimaligen absoluten Mehrheiten ein dritter Wahlsieg des Bundeskanzlers möglich war. Es wäre völlig falsch zu glauben, daß ausgerechnet beim nächsten Mal eine Pendelbewegung einsetzen würde, nur weil eine höhere Gerechtigkeit dafür sorgt, daß auch wir wieder einmal zum Zuge kommen. Es wäre völlig falsch und auch ein trauriges Zeichen unserer Selbsteinschätzung, würden wir uns allein von der immer häufiger diskutierten Ablöse des Herrn Bundeskanzlers eine automatische Korrektur bisheriger Wahlergebnisse erwarten. Es wäre auch völlig falsch, sich allein vom Anwachsen der für die Regierung unlösbaren Probleme einen Wechsel der Wählergunst zu erhoffen, wenn wir nicht aus der schwierigen Situation der Opposition dem Wähler glaubhaft machen können, daß wir seine Probleme besser lösen. Nein, meine lieben Parteifreunde!

Ändern wird sich erst etwas, wenn auch wir bereit sind, uns zu ändern. Das möchte ich als Botschaft von

diesem Bundesparteitag mitgeben. (Beifall.) Das festzustellen, was wir zu ändern haben, wird auch noch die Aufgabe einer gründlichen Diskussion sein.

Aber ich will hier und heute mit meiner persönlichen Meinung nicht hinter dem Berg halten. Wir nennen uns zwar gerne eine Gesinnungsgemeinschaft, aber wir leben Gesinnung viel zu wenig vor: weder in unserem Verhalten zueinander noch in der Vertretung unserer Grundsätze nach außen.

Wir bekennen uns zwar immer wieder zum Leistungsprinzip, aber wir vergessen zu oft darauf, daß jeder an dem Platz, an den ihn das Vertrauen der Wähler oder der Mitglieder gestellt hat, nachweisbare Leistungen zu erbringen hat. Es bedarf heute wie im Jahre 1945 Menschen, die für die Politik und nicht primär von der Politik leben, wie dies Max Weber einmal unterschieden hat. (Beifall.)

Wir üben als kontrollierende Opposition mit Recht Kritik an den Mängeln sozialistischer Politik. Aber wir tun zuwenig, um Politik aus unserem Geiste sichtbar zu machen, und das muß vor allem auch dort geschehen, wo wir den Mehrheitsauftrag haben. Das sollte durch neue Ideen geschehen, die andere noch nicht haben, indem wir Routine durch Ideenreichtum und geschlossene Zirkel durch offene Klubs ersetzen.

Wir neigen überhaupt allzu leicht dazu, uns mit uns selbst als mit den Problemen dieses Landes zu be-

schäftigen. Ich habe heute wiederholt betont, wie notwendig die ernsthafte, selbstkritische Diskussion der nächsten Monate ist. Aber auch hier muß ich eines ganz offen sagen: Letztlich werden uns die Menschen dieses Landes nicht wegen unseres Parteistatuts wählen, sondern ihre Entscheidung darnach richten, was wir für Österreich und für seine Menschen tun. (Beifall.) Sie werden unsere Leistungen, unser Engagement, unser Mitgefühl, unser Herz für dieses Land und seine Menschen bewerten. Ich bin davon überzeugt, daß wir in Zukunft bessere Zensuren erhalten werden, wenn wir aus unseren Fehlern lernen, so schmerzhaft dies auch sein mag. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn wir auf dem nächsten Bundesparteitag feststellen müßten, es sei nicht schmerzhaft gewesen. Diese illusionslose Beurteilung ändert nichts an der Notwendigkeit einer starken Österreichischen Volkspartei. Unsere Chance liegt darin, daß dieses Land eine starke Österreichische Volkspartei braucht, damit die Demokratie in diesem Lande angesichts einer gewachsenen absoluten sozialistischen Mehrheit funktioniert.

Denn, liebe Freunde, Sie alle haben es gesehen: Gerade in den letzten eineinhalb Jahren hat die Sozialistische Partei immer wieder gezeigt, daß sie bereit ist, die Grenzen ihrer Macht immer dann zu überschreiten, wenn es die Sicherung ihres politischen Besitzstandes erfor-

dert. Solange eine Partei wie die SPÖ mit knapp über 50 Prozent der Wählerstimmen Gesetze beschließt, die bis zu 100 000 Arbeitnehmer vom Wahlrecht zu den Arbeiterkammern ausschließen, ist das häufig gebrauchte Wort "Sozialismus ist vollendete Demokratie" nur Hohn auf die tatsächliche politische Praxis. (Zustimmung.)

Das ist nur ein praktisches Beispiel, liebe Freunde. Aber als dieses Gesetz am 11. Oktober 1978 mit der sozialistischen Mehrheit beschlossen wurde, hatten wir ein sozialistisches Gesetz mehr, hatten wir etwas mehr Sozialismus, aber weniger Demokratie, weil 100 000 Menschen das Wahlrecht zu ihrer Interessenvertretung verloren haben. Ich appelliere hier auch an jene Sozialdemokraten, die gegen solchen Mißbrauch der Macht intern und - ich muß es anerkennen - auch öffentlich Stellung genommen haben, als Demokraten mitzuwirken, daß es keiner Partei, auch nicht einer mit der absoluten Mehrheit, möglich ist, die Grenzen ihrer Macht zu mißbrauchen, die durch unser demokratisches Selbstverständnis und die Bundesverfassung gezogen sind. Wir müssen diese Dinge sehr klar und sehr hart herausstellen, nicht weil wir Lagermentalitäten, weil wir Verbitterung zwischen den Parteien schaffen wollen, sondern weil es die Aufgabe einer kontrollierenden Opposition ist, ständig und jederzeit den Freiheitsraum eines jeden einzelnen Staatsbürgers zu verteidigen. (Beifall.)

Ich möchte etwas unterstreichen, was Freund Jörg Mauthe hier gesagt hat. Ein Sozialist ist für mich kein persönlicher Feind, kein Feind, den ich bekämpfe. Ein überzeugter Sozialist hat Anrecht auf Respekt vor seiner Überzeugung, auch von mir. Was ich bekämpfe, ist der Sozialismus. Hier stehen wir in Wettbewerb. Ihr könnt versichert sein, daß von dieser Partei überall dort Zustimmung erfolgt, wo von dieser Regierung Vorschläge kommen, die echt im Interesse unserer Menschen sind, und daß überall dort konsequente Oppositionspolitik betrieben wird, wo man versucht, sozialistische Gesellschaftspolitik zu verwirklichen. (Beifall.)

Liebe Freunde! So wie eine starke Österreichische Volkspartei eine Chance, ja eine Notwendigkeit für unsere Demokratie ist, ist eine starke Österreichische Volkspartei auch eine Chance für die berufstätige Frau, weil wir für sie, mit ihr und ihren Vertretern mehr Teilzeitarbeitsplätze, mit einer gleitenden Pensionierung, mit einer Anrechnung der ersten drei Jahre für die Erziehung der Kinder, weil wir größere Chancengleichheit für die eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens schaffen wollen.

Eine starke Österreichische Volkspartei ist eine größere Chance für die Stärkung der Familie, weil wir uns nicht nur für die materielle Unterstützung, gerade aber auch für die ideelle Aufwertung und Anerkennung der Familie einsetzen, weil wir um die Bedeutung der stabilen Familie für die Geborgenheit des Kindes und seine späteren

Lebenschancen wissen.

Eine starke Österreichische Volkspartei ist eine Notwendigkeit, um durch entsprechende Politik die Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit unternehmerisch tätiger Menschen zu schaffen. Dieses Land kann auf keinen Fall auf den dynamischen wettbewerbsbewußten Unternehmer verzichten, dessen Einsatz und Erneuerungsbereitschaft ideell und wirtschaftspolitisch anerkannt werden muß.

Eine starke Österreichische Volkspartei ist eine Chance für die Arbeiter und Angestellten, die oft Unselbständige genannt werden, weil wir durch individuelle Eigentumsbildung und Mitbestimmung, durch wachsende Fortbildungsmöglichkeiten eine Gesellschaft anstreben, in der sich das Wort "unselbständig" eines Tages für jeden Bürger erübrigt. (Beifall.)

Eine starke Österreichische Volkspartei muß Stütze und wird Stütze sowie politische Heimat für unsere Landwirte und Bauern bleiben, weil wir nur durch sie und nur durch ihre Arbeit in einer unsicheren internationalen Umwelt die Eigenversorgung dieses Landes mit Nahrungsmitteln und den ländlichen Raum als Erholungslandschaft sicherstellen können. Und gerade in diesen Tagen, da bäuerliche Anliegen neuerdings auf provokantes Unverständnis der sozialistischen Alleinregierung treffen, möchte ich allen Freunden in diesem Bereich die volle Solidarität des neuen Bundesparteiobermannes und der Gesamtpartei versichern. (Beifall.)

Eine starke Volkspartei muß Stütze für die Angehörigen der freien Berufe sein. Liebe Freunde! In einer immer komplizierteren Umwelt, angesichts einer immer komplizierteren Verwaltung, mächtigerer Apparate, ist nun einmal die Hilfe des Wirtschaftstreuhanders, des Rechtsanwaltes, des Zivilingenieurs, des freien Arztes eine wesentliche Voraussetzung der Unabhängigkeit des Bürgers gegenüber Bürokratismus und Staatsallmacht.

Und eine starke Volkspartei ist eine Chance für die schwachen Gruppen dieser Gesellschaft, die geistig und körperlich Behinderten, aber auch die vom Strukturwandel besonders betroffenen Gewerbetreibenden und Bauern, die kinderreichen Familien. Denn wir wollen eine Sozialpolitik nicht nach dem Klassenprinzip und mit der Gießkanne, sondern nach dem echten Bedürfnis des einzelnen Bürgers und der einzelnen Gruppe praktizieren.

Liebe Freunde! Alles das wird geprägt aus unseren wertpolitischen Vorstellungen. Wir sprechen die Gruppen nicht an, wir sprechen die Menschen nicht an, ob sie zu einem großen oder zu einem kleinen Wählerpotential gehören, sondern wir müssen bei unserer Arbeit noch viel stärker von unseren grundsatzpolitischen Wertvorstellungen geprägt werden. Ich möchte in einer Partei, wo sicherlich viel zuviel Pragmatisierung Platz gegriffen hat, nicht ins andere Extrem ausweichen. Es gibt in jeder Partei Pragmatiker, die sich sehr wenig um Grundsatzposi-

tionen kümmern, nur, liebe Freunde, langfristig bestimmen jene die Politik, die von überzeugenden Ideen und Wertvorstellungen ausgehen. (Beifall.)

Ich möchte hinzufügen, ohne etwas abzuwerten: Auch die Geschichte wurde primär nicht durch Organisationen, sondern durch Ideen nach vorwärts bewegt, und daher ist auch die Frage, wodurch sich unsere Grundsatzpositionen von sozialistischen unterscheiden, so wichtig. Und wenn der bekannte Austromarxist Max Adler in seiner Abhandlung über den freien Willen zum Menschenbild Stellung bezieht, so kommt er zum Schluß - letztlich unter Verneinung der Willensfreiheit - , daß sich die Notwendigkeit des geschichtlichen Geschehens gar nicht anders vollziehen kann, als daß der Mensch jeweils immer das will, was zwangsweise und notwendigerweise ohnehin geschehen muß. Das heißt, er kommt nur zu einem sehr geringen Ausmaß an freiem Willen, an Selbstbestimmung, an Eigenverantwortung. Die Produktionsverhältnisse, die Organisation des Staates, der Gesellschaft, seien bestimmend dafür, wie sich der Mensch verhält, wofür er verantwortlich gemacht werden kann. - Das ist das eine prägende Menschenbild.

Die klarste Darstellung für mich, für mein Menschenbild, und ich glaube, für unser Menschenbild, findet sich bei Johannes XXIII., wo es heißt, jeder Mensch ist seinem Wesen nach Person, er hat eine Natur, die mit Vernunft und Willenskraft ausgestattet ist. Er hat daher an sich Rechte und Pflichten, die unmittelbar und gleich aus seiner Natur

hervorgehen, weil sie allgemeingültig und unverletzlich sind, können sie auch in keiner Weise veräußert werden.

Wenn ich von unserem Menschenbild ausgehe, liebe Freunde, wonach die menschliche Person einen freien Willen und persönliche Verantwortung hat, wonach der Mensch natürliche Rechte und Pflichten besitzt, die ihm niemand, kein Staat, keine Partei, keine Interessenvertretung, wegnehmen kann, komme ich in vielen praktischen Fragen zu einer anderen Politik als eben ein überzeugter Sozialist.

Natürlich muß ich den Bezug, wie richtig gesagt wurde, zur Praxis herstellen. Wenn es daher nach unserer Auffassung ein natürliches Elternrecht ebenso übrigens wie eine natürliche Elternpflicht gibt, so bestimmen eben die Eltern zu allererst, solange der Mensch nicht zur Eigenverantwortung befähigt ist, den Lebensweg und den Bildungsweg des Kindes und nicht der Staat und die Gesellschaft. (Beifall.)

Liebe Freunde! Man könnte viele Beispiele anführen, es würde zeitlich zu weit führen, aber ich komme durchaus nicht zu einer Aussage wie in einem sozialistischen Dokument, dem 2. deutschen Familienbericht, wo es heißt, die Erziehung der Kinder ist Aufgabe des Gemeinwesens, sprich des Staates, und diese Aufgabe ist vorübergehend der Schule, den Eltern übertragen. Wenn das so ist, dann hat dieses Gemeinwesen, der Staat, auch jederzeit das Recht, diese Aufgabe wieder an sich zu ziehen.

Und es ist jetzt interessant: Je konsequenter sozialistische Politik gemacht wird, umso mehr nimmt der Staat,

das Gemeinwesen, die Gesellschaft dieses Recht in Anspruch. Aber wenn einmal alles zur Pflicht wird, wenn die pflichtige Kinderkrippe vom pflichtigen Kindergarten bis zum pflichtigen Altersheim reicht, geht die menschliche Freiheit kaputt. (Beifall.)

Keine Lagermentalität, Respekt vor dem politischen Gegner, aber zeigen wir in der Praxis auch, wo wir einen anderen Weg gehen. Unser Menschenbild nach dem Salzburger Programm führt uns eben zu einer bewußt geförderten eigentumsfreundlichen Politik, zu einer Politik der partnerschaftlichen Gestaltung des Betriebsgeschehens, ohne Funktionärseinfluß von außen, zu einem hohen Stellenwert elterlicher Autorität, ihrer Rechte und Pflichten, zu einer bewußten Stärkung jener dezentralen Einheiten des Gemeinwesens, wie Gemeinde, Betriebe, künstlerische und sportliche Vereine, wo dem einzelnen Bürger möglichst viel Mitgestaltungs- und Eigenverantwortungsmöglichkeiten gegeben sind.

Ich sage Ihnen offen: Vielfalt und Pluralismus sind meiner Auffassung nach besser und schöner als Uniformität! (Beifall.)

Wenn wir konsequenterweise diese gesellschaftspolitischen Grundsätze auf die konkrete Situation des Menschen anwenden, so bedeutet dies, wir müssen nicht nur als Partei, jeder unter euch, wir alle, vor allem jenen Menschen helfen, die in unmittelbarer Notlage sind, wir müssen jenen Menschen

helfen, die an Vereinsamung, Verbitterung und Hoffnungslosigkeit leiden. Wir müssen unseren älteren Mitmenschen helfen, ihnen das Gefühl nehmen, daß sie nicht mehr dazugehören. Auch wir werden einmal älter werden. Wir müssen praktische und konkrete Hilfe für alleinstehende Behinderte, für alleinstehende Mütter zur Verfügung stellen. Wir müssen die Armut sehen, wo sie wirklich ist, vor allem die Armut an Hoffnung und Selbstvertrauen, die weitverbreiteter ist, als wir uns das gelegentlich vorstellen, auch und gerade unter dem Mantel des materiellen Wohlstandes.

Liebe Freunde! Was gibt älteren Menschen mehr Hilfe, mehr Selbstvertrauen als aktive Solidarität durch die junge Generation? Das ist auch ein besonderer Appell zur menschlichen Solidarität an die Junge Generation der Volkspartei. (Beifall.)

Und das bedeutet Hilfsbereitschaft und Geduld, vor allem wenn man Temperament hat, eine schwierige Aufgabe überall dort, wo beim Staatsbürger Unsicherheit vor dem Gesetzeswust, vor der Obrigkeit und ihrer Macht gegeben ist, und überall dort gerade, wo wir auch in verschiedenen Funktionen als Vertreter staatlicher Macht auftreten.

Und dies bedeutet Gesprächsbereitschaft über Fragen nach dem Sinn über Leben und Tod, die für so viele Menschen mit Angst, auch mit Hoffnung verbunden sind. Heute zeigen selbst Philosophen wie Steinbuch und Horkheimer, selbst solche Philosophen, die einmal anders geschrieben und gedacht haben, große Skepsis und Pessimismus gegenüber

einem blinden, materiell orientierten Fortschrittsglauben. Was sie heute mit Worten sagen, registriert sehr oft emotional der einzelne Mensch in seinem Alleinsein und in seiner Sorge.

Ich denke hier vor allem auch an die berühmte Rede von Ionesco bei den Salzburger Festspielen im Jahre 1972, wo er unter anderem sagte:

Verlangt die Explosion der Begierde wirklich nach Zügelung? Mündet Freiheit in Sklaverei? Wo gibt es einen Ausweg? Wenn das Leben schlecht ist, wenn sich die Menschen hassen, wenn man weder sich selbst noch den Nächsten liebt, wenn alles unerträglich ist, die Wissenschaften und die Kulturen auf die wichtigsten Fragen keine Antworten mehr wissen, wenn sie nichts mehr verbessern können und uns an den Rand des Abgrundes gleiten lassen, dann wird der Mensch in der Politik Antwort auf seine Fragen suchen.

Liebe Freunde! Selbst wenn für viele Fragen für mich und für den religiösen Menschen Antworten aus seinen weltanschaulichen Wertvorstellungen kommen, so zeigen diese Werte von der großen Verantwortung und Herausforderung für den in der Politik tätigen Bürger. Die Illusion des gesellschaftlich total machbaren Glücks in der größtmöglichen Zahl, vor allem im sozialistischen Raum beheimatet, ist zerstoben, und nur allzuoft zeigt sich das in der Fragestellung nach dem Sinn von Leben und Tod, die durch materiellen Fortschritt allein nicht mehr beantwortbar ist. Hier ergibt sich eine neue Grenze der Menschlichkeit, nicht das Haben ist wichtig, sondern das Sein gewinnt an Bedeutung. Und die

so deutlich sichtbar gewordenen Grenzen der materiellen Welt, die wir weiterentwickeln wollen, aber deren Grenzen wir anerkennen wollen, verweisen uns darauf, den Sinn des Lebens viel mehr in der geistig-seelischen Dimension unseres Daseins zu suchen, im kulturellen, vor allem aber im geistigen und moralischen Fortschritt unserer Gesellschaft. (Beifall.)

Menschliches Verstehen, liebe Freunde, die einfachen Dinge des Lebens, menschliches Verstehen, Rücksichtnahme gegen andere, Toleranz gegenüber einer anderen Meinung, Hilfsbereitschaft, Übernahme aktiver persönlicher Verantwortung, Selbstkontrolle, Sinn für Ästhetik und persönliches Ethos bedeuten kulturellen Fortschritt, vor allem dann, wenn sie dem Mitmenschen und auch dem eigenen Leben mehr Sinnhaftigkeit geben. Und überall dort, wo Egoismus, Brutalität, Konsumbesessenheit, Zerstörung der Privatsphäre gegeben ist, ist für mich kultureller Rückschritt gegeben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein Wort zur Kunst sagen. Das kann natürlich für einen Politiker gelegentlich auch ein Risiko bedeuten, aber ich glaube, es gehört zur geistigen Standortbestimmung einer Partei.

Der Künstler zeigt oft mit Intuition und Analyse große gesellschaftliche Trends auf. Auch er erfüllt damit eine wegweisende Funktion, indem er der Gesellschaft einen Spiegel vorhält und Zukünftiges zeigt. Dazu braucht er geistige Freiheit und materielle Sicherheit, vor allem

aber auch den Dialog mit der Gesellschaft. Wir wollen diese geistige Freiheit schützen und wir wollen den Dialog mit den künstlerischen Menschen suchen. Durch diesen ständigen Dialog werden wir auch in diesem Bereich die wahren Propheten von den falschen zu unterscheiden lernen, die es auch auf diesem Gebiet nur allzu häufig gibt. (Beifall.)

Kunst muß nicht gefallen. Nichts ist unwahrer als eine billige, selbstgefällige Kunst. Aber daran sehen wir eben auch, daß es eine Kunst gibt, die dem Mächtigen bereitwillig nach dem Munde redet. Wir müssen daher unterscheiden zwischen jener privilegierten künstlerischen Prominenz, die den Ton der Klatschspalten und Wahlinserate angibt, und einer wirklichen künstlerischen Elite, die ihre Aufgabe, ihre Arbeit ernst nimmt, die Gesellschaft nicht foppen und auf den Leim führen will, sondern die in einen ernsthaften und wahrhaften Dialog mit uns über die menschliche Zukunft eintritt. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich halte auch nichts von einer klassenkämpferischen Polemik gegen die sogenannte Hochkultur. Wir wissen aber, daß sie durch eine tiefgreifende Förderung der Volkskunst und der Volkskultur ergänzt werden muß.

Unser Ziel ist nicht ein Volk von Konzertabonnenten, sondern ein Volk von musisch begabten und ausgebildeten Menschen, die Kunst nicht nur konsumieren, sondern ihre eigene Gestaltungskraft entwickeln. (Beifall.)

Fördern wir überall, in den Städten, in den Märkten, in den Dörfern das Singen, das Musizieren, das Formen, das Schnitzen, jede Form künstlerischer Betätigung, die so vielen Menschen Reichtum und so viel Freizeit Sinnhaftigkeit gibt.

Ein wesentlicher Teil des kulturellen Fortschritts wird durch die Bildungspolitik bestimmt. Aufgabe der Bildungspolitik ist es, durch Persönlichkeitsbildung - ich stelle das bewußt an die erste Stelle - und Wissensvermittlung dem Menschen zu einem sinnerfüllten Leben zu verhelfen, damit er

mit Erfolg und positiver Einstellung die Herausforderung des Lebens bewältigen kann.

Wir halten daher nichts von einer uniformierten Einheitsbeziehungsweise Gesamtschule, die die Verschiedenartigkeit der persönlichen Begabungen nicht respektiert. (Beifall.)

Eine differenzierte Welt und eine differenzierte Gesellschaft braucht auch ein differenziertes Schulsystem. Und wenn sogar ein anerkannter sozialistischer Pädagoge wie der sozialistische Abgeordnete Maderna seiner eigenen Partei rät, diese komplexhafte Orientierung auf eine bestimmte schulorganisatorische Form aufzugeben, dann haben wir mit anderen gesellschaftspolitischen Grundsätzen überhaupt keinen Anlaß, uns durch den Unterrichtsminister oder die heutige Regierungsmehrheit unter Druck setzen zu lassen. (Beifall.)

Ich möchte hier auch einige Worte zu einem wichtigen Bereich der Gesellschaftspolitik, zur Wirtschaftspolitik, sagen. Auch in der Wirtschaftspolitik wird der Mensch mit seinen Sorgen und Nöten im Mittelpunkt stehen, nicht Zuteilungs- und Verteilungskommissionen.

Von den verschiedenen theoretischen und praktisch erprobten Systemen einer Wirtschaftsordnung hat bis jetzt das Modell der sozialen Marktwirtschaft die Grundfrage alles Wirtschaftens, was, wo, für wen produziert werden soll, am besten gelöst. (Beifall.) Der sozialen Marktwirtschaft ist es gelungen, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden. Und überall dort, wo das

nicht geschehen ist, liebe Freunde, hat man eben dieses Modell zu wenig beachtet.

Die soziale Marktwirtschaft hat dieses Ziel nicht zuletzt deswegen am besten erreicht, weil diese Wirtschaftsordnung auch die beste ökonomische Voraussetzung für unsere demokratische Verfassung ist, weil diese Wirtschaftsordnung die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, der Konsumwahl sowie die Freiheit der Investitionsentscheidungen am besten garantiert, weil diese Wirtschaftsordnung die sparsamste Verwendung von Rohstoffen und Kapital gewährleistet, weil diese Wirtschaftsordnung, konsequent angewandt, ein höchstmögliches Maß an Verteilungsgerechtigkeit garantiert, weil diese Wirtschaftsordnung, konsequent angewandt, im Vergleich zu anderen Konzepten Einkommen und Arbeitsplätze am wirkungsvollsten sichert. (Beifall.)

Die Schwerpunkte einer solchen Wirtschaftspolitik müssen zweifellos in der Struktur- und Industriepolitik, in der Budget- und Steuerpolitik, in einer konsequenten Eigentumspolitik und in der Energiepolitik liegen.

Da ich hier die Investitionspolitik erwähnt habe, möchte ich eines sehr klar sagen: Nach unserer Auffassung wird über Investitionen immer noch am besten in einem Betrieb und nicht am Grünen Tisch in einem Ministerium entschieden. (Beifall.) Nach unserer Auffassung entscheiden noch immer am sorgsamsten jene über Investitionen, die wissen, daß eine Fehlinvestition ihre eigenen Arbeitsplätze, ihren eigenen Kapitaleinsatz gefährdet.

Wie ist denn das in der Praxis, liebe Freunde? All die Gelder, die immer wieder als großzügige Investitionsförderungsmaßnahmen in Form von Kreditsubventionen an die Unternehmen zurückgegeben werden, wurden uns vorher als ständig steigende Steuern, Abgaben und Gebühren entzogen. Dieser Weg führt letztlich dazu, daß die Unternehmen zu Bittstellern bei der Subventionsvergabe werden und daß dieser Lenkungsprozeß durch die Umverteilungsspanne der Bürokratie mit gewaltigen volkswirtschaftlichen Verlusten verbunden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich möchte hier namens der Österreichischen Volkspartei sagen: Wann immer wir die politischen Möglichkeiten dazu erhalten werden, werden wir dieses heutige System ändern. (Beifall.)

Reiche Arbeit liegt im Bereich der Steuer- und Budgetpolitik vor uns. Was wir wollen, sind bessere öffentliche Leistungen bei gleichem Preis, ohne daß weitere Belastungen von vornherein Platz greifen müssen.

Es ist völlig falsch zu behaupten, wie das auch unserem früheren Bundesparteiobermann immer entgegengehalten wurde: Ein Steuerstopp würde die Staatsfinanzen in noch größere Unordnung stürzen.

In unserem wirtschaftspolitischen Konzept benötigen wir weniger Steuern, weil wir weniger verschwenden werden und weil wir weniger lenken wollen. Denn trotz ständig steigender Belastungen in den letzten Jahren hat das Angebot an öffentlichen Leistungen nicht im gleichen Ausmaß zugenommen. Hier

werden wir politisch eines Tages einen anderen Weg gehen.

Wenn wir von der Qualität der achtziger Jahre sprechen, liebe Freunde, dann müssen wir auch die Qualität und die Kosten der österreichischen Bundesverwaltung wesentlich verbessern. Wann immer wir die Möglichkeit erhalten, werden wir gemeinsam mit den Kollegen im öffentlichen Dienst die öffentliche Verwaltung bürgernäher und durchschaubarer machen.

Wenn ich von der Kompliziertheit des Steuerrechtes gesprochen habe, liebe Freunde, wenn in letzter Zeit so viel vom Zugang zum Recht gesprochen wurde, so möchte ich vor allem auch auf die Unverständlichkeit und Unübersichtlichkeit der österreichischen Steuergesetzgebung verweisen. (Beifall.)

Die zunehmende Kompliziertheit steuerrechtlicher Vorschriften führt dazu, daß nur noch der Besserinformierte alle Begünstigungen und Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen kann. Es entsteht so eine verhängnisvolle Verknüpfung von niedrigem Einkommen und erhöhter steuerlicher Belastung. Wann immer wir die politische Möglichkeit erhalten, werden wir die unverständliche Sprache der Steuergesetzgebung beseitigen. (Beifall.)

Ich möchte unterstreichen, was heute auch Dr. Taus gesagt hat: Die Eigentumspolitik ist ein wesentlicher Baustein unserer sozialen Marktwirtschaft und unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Diese Idee persönliche Freiheit - Demokratie wird längerfristig nur überleben, wenn viele überzeugt sind, daß das Eigentum vieler an Produktionsmitteln besser ist als die Konzentration des Vermögens beim Staat oder in irgendwelchen Fonds. So wie die soziale Idee des Wohnungseigentums verwirklicht werden konnte und wir damit einem Grundbedürfnis des Menschen ent-

sprochen haben, wird sich auch letztlich, wenn wir die entsprechende Ausdauer und Hartnäckigkeit haben, die breite Streuung von Eigentum noch stärker durchsetzen und den sozialen Charakter unserer Gesellschaft noch untermauern. Viele Eigentümer auf dem Markt sind Garanten für Fortschritt und Innovation. Viele Eigentümer, viele Menschen mit Unabhängigkeit bedeuten in der Demokratie auch wachsende Kontrolle politischer Macht.

Zu diesem Thema, liebe Freunde, gehört auch die Aufgabe der Sicherung der Energieversorgung. Dies ist nicht zuletzt nach der Entscheidung des Volkes im vergangenen Jahr eine der wesentlichsten Aufgaben der österreichischen Politik, eine der wesentlichsten Aufgaben zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Bewahrung unseres heutigen Lebensstandards.

Die Energiepolitik ist ein besonderer Prüfstein auch für diese Regierung, ob sie gewillt ist, die Wirklichkeit ohne Schönfärberei darzustellen und entsprechend zu handeln. Denn in der Politik kann nicht der Grundsatz gelten: Was angenehm ist, ist richtig! Die grundsätzliche Pflicht der politischen Parteien liegt eben auch darin, unangenehme Entscheidungen zu treffen und diese dann auch konsequent zu vertreten.

Wir verlangen daher von der Regierung, ihre Verantwortung in der Energiepolitik wahrzunehmen und nicht weiterhin aus Angst vor Unpopularität die notwendigen Schritte zu unterlassen.

Liebe Freunde! Auch wenn wir selbst in einem umfassenden Energiekonzept Ideen aufgezeigt, Vorschläge konkreter Art gemacht haben, als kontrollierende Opposition werden wir die absolute Mehrheit der Sozialisten im Parlament aus dieser schwierigen, aus dieser speziellen Verantwortung für unser Land nicht entlassen. (Beifall.)

Noch eine Feststellung, bevor ich zum Schluß komme. Bei aller Nüchternheit, die bei wirtschaftspolitischen Themen angebracht und was ein Grund dafür ist, warum ich heute gesagt habe, daß wir auch in Zukunft Dr. Taus in dieser Partei benötigen, bei aller Nüchternheit und Realismus müssen wir aber auch die Courage haben, uns einmal die Fragen zu stellen:

Ist es nicht erschütternd, daß bei steigendem materiellen Wohlstand die Fähigkeit der Lebensbewältigung abnimmt und die zunehmende Komplexität unseres Gesellschaftssystems immer mehr Menschen an Alltagsproblemen scheitern läßt? Welchen Nutzen aber auch welche negative Konsequenzen bringt die Einführung neuer Verfahrensweisen und Technologien mit sich? Kann das Bedürfnis nach menschlicher Zuneigung, das ich heute schon einmal betont habe, nach persönlicher Zuwendung und Pflege allein durch materielle Mittel, Gesetze, Bescheide, Antragsformulare, Verordnungen und Erlagscheine ausreichend befriedigt werden? Hängt die Qualität des Lebens nicht nur von der Höhe des Einkommens, vom geschickten Taktieren bei Lohnverhandlungen, sondern vor allem auch von der Qualität des Arbeitslebens ab, nämlich sinnvolle Tätigkeiten zu verrichten, befriedigende Arbeitsbedingungen vorzufinden, Freude am Beruf, ja, Freunde, auch Freude an der Arbeit zu vermitteln? (Zustimmung.)

Wir müssen die Courage haben, bei aller Konzentration auf die Tagesprobleme auch an die Fragen, die eine qualita-

tive Wende oft vermuten lassen, zu denken und uns - nicht allein als Partei, sondern mit aktiver Mithilfe aller Bürger dieses Landes - offen mit ihnen zu beschäftigen, wobei wir dem kritischen Dialog nicht ausweichen. Das waren nur einige, mir wesentlich erscheinende politische und grundsatzpolitische Fragen.

Liebe Freunde! Wir dürfen sicherlich nicht vergessen, was am 6. Mai passiert ist. Wir haben durch einen Schock lernen müssen, daß uns die Österreicher aus welchen Gründen immer nicht die Führungsrolle in der österreichischen Politik anvertrauen wollten. Das ist ein Grund zur Besinnung. Wir haben uns heute entschlossen, diesen Weg der Diskussion, der freien Aussprache innerhalb unserer politischen Partei und mit den Menschen außerhalb zu gehen. Es geht nicht in erster Linie darum zu ergründen, mit welcher Propaganda, mit welcher politischen Taktik, auf Grund welcher äußeren Umstände oder Gefinkelt-heit wir wieder möglichst rasch in eine Regierung kommen. Eine bestimmte Politik für die Menschen dieses Landes konsequent zu verfolgen, konsequent und glaubwürdig zu praktizieren, das müssen wir machen. Auf die Politik, zu der wir uns entschlossen haben, und auf die Menschen müssen wir sehen, dann werden wir rasch wieder mehr Verantwortung in diesem Lande bekommen. (Beifall.) Zusammen haben wir uns um die Feldzeichen unserer Grundsätze, unserer zukunftsstüchtigen Ideen, vor allem auch unserer persönlichen Glaubwürdigkeit und unseres Handelns als

Volkspartei geschart. Liebe Freunde, viele von euch haben doch die Erfahrung gemacht: Fast nichts kann die persönliche Glaubwürdigkeit eines Politikers ersetzen. Nehmen wir auch das mit hinaus von diesem Bundesparteitag. Vieles von dem, was wir uns heute als Ziel gesetzt haben, ist nur in Vergessenheit geraten und verschüttet worden. Wir müssen es uns nur wieder bewußt machen und es vorzuleben lernen.

Sicherlich, die Mehrheit in der Demokratie ist kein Wahrheitsbeweis, aber als Urteil letzter Instanz zu respektieren. Die Österreicher haben mit ihrem Urteil nicht behauptet, daß wir in Zukunft nicht recht haben könnten, sie haben uns nur gesagt und deutlich zu verstehen gegeben, daß wir es ihnen bisher nicht recht gemacht haben. Also haben sich nicht die Wähler, sondern wir haben uns zu ändern. (Zustimmung.) Liebe Freunde, ich weiß, daß das leicht gesagt und in eine Parteitagsrede leicht eingebaut ist. Das ist hart zu tragen, wenn man es spürt. Wir werden es spüren müssen. Je stärker die Solidarität und Gesinnung, die heute hier so oft genannt worden sind, umso leichter werden wir auch manche Verletzung ertragen, weil wir wissen, daß sie unserem gemeinsamen Ziel, einer stärkeren und glaubwürdigeren Volkspartei im Dienste dieses Landes, dient.

Ich verspreche hier keine raschen und leichten Erfolge. Ich bin durchaus in dem Bewußtsein an die Spitze dieser Par-

tei getreten, daß uns ein langer und schwieriger Marsch bevorsteht, daß wir viele Hindernisse, nicht zuletzt solche, die in uns liegen, meine Freunde, zu überwinden haben werden. Daß es uns der politische Gegner nicht leicht machen wird, ist selbstverständlich, das nehme ich ihm nicht krumm. Nur wir müssen es uns aus einer größeren und gewachseneren Solidarität leichter machen, unseren Zielen näherzukommen.

Da wir aber gemeinsam diesen Weg gehen wollen, sage ich Ihnen offen, was ich von mir selbst verlange: vollen persönlichen Einsatz, Bescheidenheit, die Politik als Dienst am Volk versteht, Offenheit für neue Ideen und bedingungslose Kameradschaft. Und das müssen wir von uns allen verlangen: vollen persönlichen Einsatz, Bescheidenheit, die Politik als Dienst am Volk versteht, Offenheit für neue Ideen und bedingungslose Kameradschaft. (Anhaltender Beifall.)

Liebe Freunde! Dann bin ich überzeugt - und ich weiß, daß viele hier sind, die ebenso wie ich überzeugt sind; das macht mich stärker, das macht uns alle stärker - , daß wir auch wieder das Vertrauen einer Mehrheit von Österreichern erringen werden, wenn nicht morgen, dann übermorgen. Das soll übrigens nicht unser letztes Motiv sein. Unsere Ambition muß sein, daß wir im Wettstreit der Ideen für Österreich und seine Menschen nicht die Zweiten bleiben, daß wir in der Arbeit für dieses Land, unsere Heimat, denen nachzueifern haben, die am Beginn der Zweiten Republik die Ersten waren.

Der politische Weg unserer Volkspartei muß von folgenden Worten geprägt werden: Stehenbleiben in der Politik auch nach einem 6. Mai - das wäre der Tod. Irgendeine andere Partei oder Grundsätze nachzuahmen - das wäre schon eine Art Knechtschaft. Eigener Einsatz, eigene Ausbildung, eigene Ideen und eigene Entwicklung - das ist Leben, Freiheit und eine neue Zukunft! (Langanhaltender Beifall und Hoch-Rufe. - Bundesparteioobmann Dr. Mock dankt allen und weist immer wieder, während sich die Präsidiumsmitglieder erheben und sich zur Demonstration der Einigkeit die Hände reichen, auf das an der Stirnwand des Saales angebrachte Motto "miteinander" hin.)

Es folgt

7. Bundeshymne

Bundesparteioobmann Dr. Alois M o c k : Der 21. ao. Bundesparteitag ist geschlossen. Ich wünsche allen eine gute Heimreise, schöne sowie erholsame Ferien und eine erfolgreiche Arbeit bis zu unserem nächsten Bundesparteitag. - Herzlichen Dank! (Beifall und Bravo-Rufe.)

Schluß der Beratungen: 18 Uhr 40 Minuten